

N i e d e r s c h r i f t

**der 48. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
30.10.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:01 Uhr bis 20:41 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

		Teilnahme
Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	14:25 - 21:06 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	ab 14:15 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	14:41 - 19:56 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	ab 14:25 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	bis 19:46 Uhr
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	ab 14:27 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	15:28 - 19:40 Uhr
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	ab 17:35 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE	14:00 - 19:48 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	ab 14:02 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	bis 19:39 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	14:22 - 20:18 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	14:00 - 16:22 Uhr & ab 18:24 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE	
Herr Robert Bonan	parteilos	bis 21:34 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	bis 17:39 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	bis 21:34 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	ab 15:25 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	bis 21:35 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Frau Beate Fleischer	FDP	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	bis 19:29 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Martin Bauersfeld	MitBÜRGER für Halle	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 19:25 Uhr
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 21:35 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 21:35 Uhr

Herr Gerhard Pitsch
Herr Olaf Sieber

NPD
parteilos

Herr Egbert Geier
Herr Uwe Stäglin
Frau Dr. Judith Marquardt
Herr Tobias Kogge
Herr Wolfram Neumann
Frau Sabine Ernst
Herr Oliver Paulsen
Frau Anja Schneider
Herr Marco Schreyer
Frau Susanne Wildner

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordnete
Beigeordneter
Beigeordneter
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft
Herr Dr. Mohamed Yousif

parteilos
DIE LINKE

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 48. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Marcel Kieslich zur Bebauung Hufeisensee

Zum Thema Bebauung Hufeisensee fragte **Herr Kieslich** an:

1. Was wird an Gebäuden durch den Bebauungsplan möglich sein?
 - Welche Gebäude können dort gebaut werden?
 - Stimmt es, dass dort ein Golfhotel entstehen soll und wenn ja, wie groß soll das werden?
2. Wie geht die Stadt konkret mit diesen Risiken der Deponie Kanena um und wie sichert sie sich dagegen ab?
 - Gibt es entsprechende Gutachten und wenn ja, wo kann man diese einsehen?
3. Welche Alternative zur Nutzung hat die Verwaltung bei der Planung des Areals auf dem Hufeisensee noch berücksichtigt?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass ein Golfhotel Teil der Bebauung sein wird, konnte aber die genaue Größe nicht darstellen.

Bezüglich der Deponie informierte **Herr Stäglin**, dass bei auftretenden Gefahren die Stadt Halle als Gefahrenabwehrbehörde tätig wird. Es werden jedoch entsprechend vertragliche Vereinbarungen mit dem Golfplatzbetreibern geschlossen. Diese kann man aber erst abschließen, wenn die Zielsetzung insgesamt bestätigt ist.

Bezüglich einer alternativen Freizeitnutzung erinnerte **Herr Stäglin**, dass der Hufeisensee bspw. als Standort für das Stadion in Frage kam. Bereits vor mehr als zehn Jahren gab es bereits Ideen den Standort freizeitmäßig zu nutzen und zu entwickeln.

Man habe nunmehr die Situation, dass es neben dem Investor für die Golfanlage verschiedene Interessenten für die Nutzung gibt. Es kann so die Wassersportszene sowie eine ausgewiesene Badestelle zusammengeknüpft werden.

In Bebauungsplänen wird stets eine Alternative beschrieben, in diesem Fall ist dies eine ungeordnete Situation, teilweise informelle Nutzungen sowie Wildwuchs. Eine alternative Nutzung im Sinne von alternativen Investoren gab es nicht. Die Stadt selbst wäre nicht in der Lage diese Dimension Flächennutzung zu stemmen.

Herr Kieslich fragte nach, ob der Vertrag bezüglich der Vereinbarungen mit dem Investor zur Absicherung der Deponie offen gelegt werde.

Herr Stäglin, sagte dazu, dass der Vertrag Thema einer nicht öffentlichen Sitzung im Stadtrat sein wird. Wenn dieses in die Offenlage kommt haben die Bürger die Möglichkeit Einwendungen zum Bebauungsplanverfahren einzureichen. Die Verwaltung hat dann die Aufgabe, die eingebrachte Thematik abzuwägen.

Dies ist aufgrund einer Anfrage im Stadtrat nicht möglich, sondern muss separat eingereicht werden.

Herr Ulrich Leich zur Bebauung Hufeisensee

Herr Leich von der Stadtjägerschaft Halle legte einen Fragenkomplex zum Plan des Golfplatzes am Hufeisensee vor.

1. Weshalb wird kein Bürgerentscheid vor der Beplanung und Bebauung des Hufeisensees mit Sportanlagen durchgeführt?

Das ganze Areal um den Hufeisensee soll mit Sport- und Freizeitanlagen überplant und bebaut werden. Dabei soll das größte Objekt, der Golfplatz, mit 27 Löchern sein. In der unmittelbar und mittelbar benachbarten Bevölkerung besteht große Ablehnung gegenüber diesem Projekt, wie die Bürgerversammlung im November 2012 gezeigt hat. Hier wird über die Köpfe der Bevölkerung bestimmt.

2. Warum soll Halle zusätzlich Lärm ertragen?

Nachtflüge, die ausgebaute Delitzscher Straße, die Osttangente und der neue Rangierbahnhof verursachen bereits jetzt erheblichen Lärm.

3. Warum soll der einzige Ruhepol für streng geschützte und zu schützende Tiere am Hufeisensee zerstört werden?

Aus dem Zeitungsartikel vom vergangenen Montag in der MZ ist zu erkennen, wie dünn und wenig nachhaltig die Decke des Investors ist. Wenn das Projekt nicht sofort umgesetzt wird, lohnt es nicht mehr. Es muss aber auch in schlechten Zeiten laufen, wenn es nachhaltig und auf Dauer angelegt sein soll.

Im Umland Leipzig existieren bereits unzählige, auch größere Golfplätze und Marinas, in der Braunkohlenseenplatte. Alle kämpfen um das Überleben. Der Saunadom in Seeburg hatte auch keinen Bestand. Wer so naiv ist, zu glauben, dass ausgerechnet an der Bahnstrecke 90 Arbeitsplätze entstehen.

4. Wurde die Seriosität und Finanzkraft des Investors geprüft?
5. Weshalb soll die mühsam nach der Wende in zwanzig Jahren einzigartig gewachsene Natur am Hufeisensee der Vernichtung preisgegeben werden, um dann in einer weiteren Investruine zu enden?
6. Haben die von der Jägerschaft Halle ermittelten nach EU-Recht streng und besonders zu schützenden Tierbestände überhaupt Eingang in die Planung gefunden oder werden die Tiere bloß „umgesiedelt“ und vergrämt?
7. Weshalb findet kein ernsthaftes Gespräch mit der Jägerschaft Halle als anerkanntem Naturschutzverein nach Bundesnaturschutzgesetz bzw. Umweltrechtsbehelfsgesetz statt?
8. Was wird mit dem Biber, der sich dort angesiedelt hat?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte, dass der Bürgerentscheid eine politische Entscheidung ist. In der heutigen Sitzung wird hierzu ein Antrag behandelt

Es gehe um ein Bebauungsplanverfahren und die Änderung des Flächennutzungsplanes. Das Bebauungsplanverfahren durchlaufe nach Baugesetzbuch einen klaren und im

Vergleich zu vielen Planungsvorhaben klar strukturiert und transparent für die Bürger aufgebauten Prozess, wo es Möglichkeiten gäbe, inhaltliche Themen einzubringen. Und ob zum Schluss eine politische Mehrheit für den Bebauungsplan gefunden werde, sei eine Entscheidung des Stadtrates.

Und bezogen auf eine frühzeitige Einbeziehung der Bürger wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass Stellungnahmen in das Verfahren eingebracht werden können, die von der Verwaltung dann zu bearbeiten und abzuwägen sind.

Und auch die Frage der Vegetation und der Tierbestände sei ein Thema, was in Umweltberichten einen großen Stellenwert einnimmt. Da gäbe es für die verschiedenen festgestellten Arten Vorschläge, wie damit umgegangen werden soll.

Auch der Investor sei bereit, bestimmte Bereiche zu schonen und die Planung entsprechend anzupassen.

Abschließend verwies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf, dass es nicht nur eindeutige Ablehnungen in der Bürgerschaft zum Projekt Hufeisensee gäbe, sondern auch die Resonanz von Bürgern groß sei, die die Planung für sinnvoll halten.

Herr Rodney Thomas zum Künstlerhaus 188

Bezugnehmend auf die Baumaßnahmen im Böllberger Weg und den vorgesehenen Abriss des Künstlerhauses 188 fragte **Herr Thomas** an, weshalb vom Planungsamt behauptet werde, dass der Bundesfördermittelgeber nicht flexibel sei und warum man die Haltestelle Kurt-Tucholsky-Straße vom früheren Torstraßenbau in den Böllberger Weg einschieben wolle?

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass er die Frage der Zuordnung der Haltestelle schon in der Informationsveranstaltung dahingehend beantwortet habe, dass in Rückkopplung zwischen dem Fördermittelgeber und der HAVAG als Fördermittelempfänger das Projekt Torstraße nochmal in Straße und Haltestelle aufgeteilt worden ist.

Und bezogen auf den Böllberger Weg 188 machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass dafür die Entscheidung des Stadtrates in der heutigen Sitzung wichtig sei.

Er informierte weiter darüber, dass es bei einer Abstimmung mit Fördermittelvertretern am heutigen Tag die Positionierung des Bundes zum Thema Stadtbahnprogramm gegeben habe und das Programm so aufgebaut sei, dass der Bund einen großen Teil und je nach Einzelmaßnahme das Land dazu finanzieren wird.

Eine Einzelmaßnahme dabei sei der Böllberger Weg/nördlicher Abschnitt, was den gesamten Abschnitt betreffe. Und es gäbe eine klare Aussage des Bundes als Fördermittelgeber, dass der komplette Böllberger Weg als Maßnahme unter der Bedingung der Vorzugsvariante gefördert werde.

Sollten Abschnitte aus dem Programm herausgenommen werden, dann werde keine Finanzierung im Stadtplanprogramm durch den Bund erfolgen und es sei keine Finanzierungssicherheit gegeben.

Herr Beigeordneter Stäglin habe dazu die Aussage des Bundes aus mündlichen Gesprächen, was aber auch gegenüber dem Land in schriftlicher Form getroffen wurde.

Auf die Nachfrage von **Herrn Thomas** zum Kostenvergleich für das Projekt Böllberger Weg stellte **Herr Beigeordneter Stäglin** klar, dass der Bund in Bezug auf die Förderung im Stadtbahnprogramm erwarte, dass die Vorzugsvariante gebaut wird.

Und die Frage der Zuordnung der Haltestelle habe sich im Prozess zwischen Fördermittelgeber und HAVAG ergeben, da nach Prüfung der Torstraße durch den Bund, dieser die Finanzierung nur am jetzt vorgeschlagenen Standort fördern werde. Deswegen laufe diese Maßnahme im Stadtbahnprogramm und durch die EFRE-Förderung für die HAVAG werde die Umsetzung der Maßnahme ermöglicht.

Frau Sabine Wessjohann zur Bebauung in Dölau

Zum Bebauungsplan Nr. 162 fragte **Frau Wessjohann** weshalb die Stadt nicht selbst ihren Aufgaben nachkommt und dort eigenständig plant, sondern eine externe Planung durch die GWG durchführen zu lässt, die sich im Übrigen gegen die sehr gut begründeten Interessen der Bürger richtet.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte, dass es vergangenen Montag eine Bürgerversammlung dazu gegeben hat.

Die Stadt hat dazu einen Aufstellungsbeschluss verfasst, welcher so auch vom Stadtrat bestätigt wurde. Dieser enthielt einen Vorschlag des Vorhabenträgers.

Für die frühzeitige Beteiligung wurden durch die GWG zwei Varianten erarbeitet. Im Verfahrensablauf ist es dabei nicht unüblich, dass geprüft wird inwieweit diese Planungen Grundlage des B-Planes werden können.

Derzeitig befinden sich die Planungen in der frühzeitigen Beteiligung. Ohne vorherige statistische Auswertung der Beteiligung sowie der Bürgerveranstaltung lässt sich bereits jetzt feststellen, dass gemeinsam mit dem Vorhabenträger erheblich an dem Entwurf gearbeitet werden muss, um zu einer überzeugenden Lösung zu gelangen.

Frau Wessjohann fragte nach, weshalb man sich hierbei nur auf die GWG konzentriere.

Herr Stäglin sagte, dass es sich hierbei um einen Vorhabenträger handelt. Bereits zur Veranstaltung wollte man die Resonanz zum Bauvorhaben erfahren. Auch aus diesem Grund gibt es zwei Varianten, selbst wenn die Masse nur unterschiedlich verteilt ist. Dadurch, dass es noch keine Festlegungen gibt, werden im November mit der GWG weitere Gespräche geführt bezüglich der folgenden Vorgehensweise und erforderlichen Überarbeitung.

Er machte noch einmal deutlich, dass es nicht unüblich ist mit dem Investor nach Lösungen zu suchen und die Pläne entsprechend zu bearbeiten. Daran ist nichts Verwerfliches, da am Ende auch er mit seiner Unterschrift auf der Beschlussvorlage ein überzeugendes Ergebnis vorlegen muss.

Frau Wessjohann entgegnete den Äußerungen, dass Verwerflichkeit vorgeworfen hat. Sie könne nicht nachvollziehen, dass ausschließlich die GWG die Planungen vorlegt und die Stadt Halle dies nicht übernommen hat.

Herr Stäglin ergänzte, dass es sich bei den Varianten um einen Bebauungsvorschlag handelt.

Die Arbeit der Verwaltung ist die Überarbeitung des Entwurfes in eine Plansprache. Hierzu gab es Diskussionen bspw. bei der Baugrenze und Bauzeit. Der Entwurf enthält somit bereits die vorgenommenen Änderungen der Verwaltung um hier ein gewisses Planbild zu erstellen.

Es wurden Interessen hervorgebracht, die in weiteren gemeinsamen Gesprächen erörtert werden müssen, dies ist völlig legitim.

Frau Wessjohann mahnte die Verwaltung im Sinne der Bürger zu handeln und eigene Vorschläge einzubringen anstelle sich ausschließlich auf die Investoren zu konzentrieren.

Herr Stäglin informierte über den Unterschied. Man hat hier einen konkreten Eigentümer. Dieser kommt mit Vorstellungen und gemeinsam muss eine verträgliche Lösung gefunden werden.

Herr Dr. Klaus Röhl zur Bebauung in Dölau

Bezüglich des Bauvorhabens im Heideweg fragte **Herr Dr. Röhl** an, welches Konzept die Stadt im Umgang mit Senioren und Behinderten verfolgt.

1. Wieso sollen im konkreten Fall, Senioren und Behinderte an den Rand der Stadt, an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden?
2. Was erwarten Sie vom betreuten Wohnen für Senioren am Wald?

Kein Senior möchte zukünftig am Wald in der Einsamkeit wohnen. Dies muss bei der Bewertung des vorgelegten Bauplanes berücksichtigt werden.

Ich hätte gern eine Antwort bezüglich des Konzeptes.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, bezog sich in seiner Antwort auf den letzten Teil der Frage zum Konzeptentwurf des Bebauungsplanes

Seitens des Eigentümers gibt es einen Vorschlag für einen Nutzungsmix. Es geht nicht nur um ein Seniorenpflege- oder Seniorenwohnheim, sondern auch um Senioren- oder Generationengerechten Wohnen.

Nach der am Montag stattgefundenen Diskussion benötigt neben der Verwaltung auch der Investor einige Zeit, um die hervorgebrachten Argumente auszuwerten und zu prüfen wie das Konzept ggf. überarbeitet werden kann.

Der Vertreter der GWG hatte zugesichert, dass die Vorschläge mitgenommen werden und man prüft, ob diese in das Nutzungskonzept einfließen können.

Seiner Meinung nach gibt es Senioren, die in der Stadt präsent sein wollen aber es gibt auch Senioren, die im Grünen wohnen wollen. Es ist der Ansatz gewesen vom Eigentümer, hier für diejenigen, die vor Ort im Ortsteil bleiben wollen, ein Angebot zu schaffen.

Frau Cornelia Gerlieb zur Bebauung in Dölau

Frau Gerlieb informierte, dass auch sie am Waldrand in Dölau wohnt. Hier plant die Stadt Halle gemeinsam mit der GWG eine Trabantenstadt, die von den Bürgern nicht gewollt wird. Sie fragte was der Stadtrat bezüglich der weiteren Planungen unternehmen wird und ob es nicht ausreiche, dass die Bürger mit ihren Füßen abgestimmt haben, um zu sagen, dass das Vorhaben mit dem Investor eingestellt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass man sich momentan noch in der Vorplanung befinde. Die Veranstaltung am vergangenen Montag trage dazu bei, die Stadträte in die Situation zu versetzen, dass sie das öffentliche Interesse an diesem Vorhaben in dem Bebauungsplan gegenüber berechtigten Interessen einzelner abwägen. Solche Veranstaltungen dienen dazu, dass man sich austauscht, Interessen abwägt und hier sachgerecht vor den politischen Vertretern einbringt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich für die Veranstaltung, denn so konnte auch die Meinungen der Bürger eingeholt werden, welche in das B-Planverfahren einfließen werden.

Herr Georg Dieling zum Künstlerhaus 188

Herr Dieling merkte an, dass im Gestaltungsbeschluss Teil 3, Seite 9, vorletzter Absatz auf die Grundbreite der Fahrbahn von 3,25 m hingewiesen werde und die Notwendigkeit einer Unterschreitung für die stadtwärtige Richtungsfahrbahn (Bereich Warneckstraße bis Vor dem Hamstertor) auf 3 m besteht. Die Reduzierung der Straßenbreite werde mit den geringen Schwerverkehrsanteile und der perspektivisch nicht zu erwartenden Regelbefahrung durch Linienbusverkehr begründet.

Herr Dieling fragte jetzt an, weshalb die Verwaltung gerade beim Künstlerhaus 188 auf die Mindestbreite für Verkehrsstreifen bestehe.

Ebenso möchte er wissen, weshalb die hinter dem Gebäude des Künstlerhauses 188 liegenden Turnhallen entfernt werden müssen und ob es Fördergelder für den Abriss der Turnhallen gibt.

In Bezug auf den neuen Straßenteil Weingärten merkte **Herr Dieling** an, dass im Bereich des Knotens Böllberger Weg/Torstraße Grundstückserwerbungen detailliert ausgewiesen werden und er fragte an, weshalb dies nicht auch im Bereich des neuen Straßenteils Weingärten erfolge, wer von wem, für welche Summe und von welchem Geld kaufe.

In diesem Zusammenhang fragte er nach der Möglichkeit der Einsichtnahme in die Unterlagen.

In Beantwortung der Fragen von Herrn Dieling stellte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, fest, dass der Unterschied zwischen Weingärten und dem Böllberger Weg darin bestehe, dass der Böllberger Weg das Kernstück des ganzen Bauprojektes sei, um eine Beschleunigung des Straßenbahnverkehrs zu erreichen.

Und zum Böllberger Weg erwarte der Bund die Vorzugsvariante, sonst werde es keine Fördergelder geben.

Bezugnehmend auf die Flächen in den Weingärten teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass es im Vorfeld schon eine Abstimmung mit dem Investor des Sportparadieses dazu gegeben habe.

Zur Frage der Einsichtnahme in die Unterlagen äußerte er sich dahingehend, dass bei konkreter Betroffenheit und Vorliegen entsprechender Einsichtsgesuche diese geprüft und je nach dem, auf welcher Grundlage man Einsicht in die Unterlage nehmen möchte, dies beantragen könne.

Herr Dieling fragte noch einmal nach, weshalb die Mindestbreite des Fahrweges im Bereich Künstlerhaus 188 eine Rolle spiele und ein paar Meter weiter hinten diese eingeschränkt werden könne.

Dazu führte **Herr Beigeordneter Stäglin** aus, dass sich die Mindestbreite in diesem Bereich aus dem Planungsziel Radfahrstreifen und Rasengleis ergäbe, was weiter hinten nicht der Fall ist, wodurch die Möglichkeit der Reduzierung der Straßenbreite gegeben sei.

Frau Mechthild Wahle zur Bebauung in Dölau

Frau Wahle fragte ebenfalls in Bezug auf den Bebauungsplan 162 an, inwieweit Infrastrukturmaßnahmen in Betracht gezogen werden.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass derzeit für den Bereich des Ortskerns Dölau keine Mittel im Haushalt für Infrastrukturmaßnahmen eingestellt seien. Die einzige Tiefbaumaßnahme, an der im Moment konkret gearbeitet werde, sei die Sagemünder Straße.

Und in Bezug auf eine Kostenumlegung auf Anwohner bei eventuellen Zerstörungen durch Baustellenverkehr wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass der Tiefbau sich den Zustand der Straße vorher ansehe, um Schäden festzustellen, welche dann konkret dem Verursacher bzw. Projektträger zuzuordnen sind.

Ein grundhafter Ausbau im Nebenstraßennetz sei aber derzeit nicht in Planung.

Ergänzend dazu merkte Frau Wahle an, dass es in Dölau ein Grundwasserproblem gäbe und sie fragte an, in wie weit Kosten von allen Dölauern auf die Stadt zukommen könnten.

Herr Beigeordneter Stäglin wies darauf hin, dass schon in der Einwohnerversammlung das Problem zum Hechtgraben diskutiert wurde und er zugesagt habe, das Thema in der Verwaltung auszuwerten und in der nächsten Veranstaltung eine Antwort darauf zu geben.

Herr Torsten Fritz zum Künstlerhaus 188

Bezugnehmend auf den Transfer von Grundstücken im Zusammenhang mit dem Bauprojekt am Böllberger Weg verwies **Herr Torsten Fritz** darauf, dass laut Planskizze durch die Aufweitung der Straßen einige Grundstücke im Randbereich in den Straßenkörper mit zu integrieren sind.

Da einige Flächen aus städtischem Besitz an die HAVAG übergehen sollen und andere Flächen aus privater Hand kommen, fragte **Herr Fritz** an, wer die Grundstücke kaufe.

1. Kauft zunächst die Stadt die privaten Flächen auf und verkauft sie dann weiter an die HAVAG?
2. Was passiert mit diesen, in den Besitz der HAVAG befindlichen Flächen, nachdem die Bauprojekte abgeschlossen sind?
3. Zu welchen Konditionen wird dann der Transfer abgehalten werden?
4. Gibt es da eine Übertragung für einen Euro, für den ursprünglichen Kaufpreis, wer behält zum Schluss das Geld?
5. Und vor allem, ist es denn so, dass ausschließlich Fördermittel für den Kauf dieser benötigten Flächen eingesetzt werden?

Herr Fritz bat um eine Beantwortung seiner Fragen in der heutigen Stadtratssitzung.

Er führte aus, dass er erhebliche rechtliche Bedenken dahingehend habe, dass zum Schluss die Stadt im Besitz von diversen Fördermitteln über den Kauf und die ursprünglich verkauften Flächen sei. Er bat darüber nachzudenken, ob man die Folgen, die sich aus nicht ganz so exakter Umsetzung gewisser Fördermittelrichtlinien ergeben könnten, nicht abwenden möchte.

An Herrn Stäglin gewandt verwies **Herr Fritz** darauf, dass vom Bund zwar die Vorzugsvariante erwartet werde, dieser aber auch regelkonforme Projekte haben möchte.

Daraufhin erklärte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass sich der Bund klar positioniert habe und die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante erwarte, wenn er das Bauvorhaben im Stadtplanprogramm fördern soll.

Die Frage des Grundstückskaufs durch die HAVAG sei in der Vorlage deutlich dargestellt worden. Die HAVAG ist Maßnahmenträger, sie stellt die Förderanträge und sie greift mit der Vorzugsvariante, die im Stadtrat beschlossen werden soll, in öffentliche Anlagen und in den öffentlichen Straßenraum ein. Es sei üblich bei diesem Förderweg und mit dem Fördermittelgeber besprochen und auch möglich, dass die HAVAG dann als Unternehmen von der Stadt das entsprechend benötigte Grundstück kauft. Die HAVAG wird nach Herrichtung der Flächen, die zukünftig dem Tiefbauamt bzw. dem Fachbereich Bauen entsprechend zuzuordnen sind, dann auch wieder übertragen.

Bezugnehmend auf die Nachfrage von **Herrn Fritz**, ob die zum Ankauf der Flächen benötigten Fördergelder anschließend als städtische Einnahmen in den Stadtbüchern stehen würden, führte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, aus, dass die HAVAG als Maßnahmenträger und Empfängerin von Fördermitteln gegenüber dem Bund und dem Land abrechnen müsse.

Das, was nicht in dem Projekt benötigt wird, kann natürlich die Stadt nicht irgendwie einfach einnehmen, Es gäbe eine Wertermittlung und diese werde dazu führen, dass man weiß, wie viel die HAVAG hier zu zahlen hat. Dies sei die Grundlage.

Herr Fritz fragte weiter dazu an

6. Erhalten sie eine Einnahme oder nicht? Sie könnten ja den Transfer für einen Euro vollziehen. Das wäre eine technische Übertragung der Grundstücke auf Zeit.
7. Ich sehe dort Zahlen in Größenordnungen von 1,2 Mio. Euro bis 1,19 Mio. Euro. Sind das Gelder, die anschließend bei den ursprünglichen Grundstückseignern verbleiben, obwohl ein Teil der Grundstücke zurückgeführt wird?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies noch einmal auf die Vorlage, wo dargestellt sei, dass es bei der Seite der Stadt eine Einnahme vom Verkauf des Grundstücks mit Gebäude, als Entschädigung für den Wertverlust gäbe. Und diese soll

abzüglich der Summe von ca. 200.000 Euro, die durch Städtebaufördermittel in das Künstlerhaus geflossen sind, für andere Maßnahmen im Gebiet eingesetzt und genutzt werden. Zum Beispiel, um das Ersatzquartier für die derzeit im Böllberger Weg 188 beheimateten Künstlerinnen und Künstler finanzieren zu können.

Dieser Weg der Finanzierung findet sich in der Vorlage im Beschlussvorschlag und ist dem Fördermittelgeber bekannt und so akzeptiert.

Herr Torsten Fritz wies noch einmal darauf hin, wenn man versucht, sich ein Modell von diesem Transfer zu erstellen, dass es nach der Vorlage so aussieht, dass im Ergebnis der Gesamtabwicklung die Stadt nach Übertragung, Rückübertragung der jetzt an die HAVAG zu verkaufenden Flächen wiederum im Besitz der Flächen steht und zusätzlich einen Teil der Fördermittel vereinnahmen konnte, die zum Ankauf dieser Flächen vorgesehen waren. Dies halte er für rechtlich bedenklich und er bat die Stadträte, ihre Entscheidung zu diesem Thema genau zu überdenken.

Herr Frank Ludwig zu Flutschäden/Hechtgraben

Herr Ludwig informierte über das Problem der Überflutung seines Grundstückes durch den Hechtgraben, da dieser bei sehr starkem Regen nicht in der Lage sei, das Regenwasser abzuleiten. Dies sei auch dadurch begründet, dass der Durchlass des Hechtgrabens an der Straße im Bereich Stadforststraße/ Einmündung am Waldrand viel zu gering sei, um die Wassermassen abführen zu können.

Herr Ludwig fragte an, ob auf die entsprechenden Fachorgane bzw. auf den Rechtsträger des Hechtgrabens dahingehend Druck ausgeübt werde, damit der Graben profiliert werde, wie es erforderlich sei, um die erwarteten Wassermengen gefahrlos für die Bürger abführen zu können?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 48. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**, welcher zu Beginn der Sitzung Herrn Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Geburtstag gratulierte.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 50 Mitglieder des Stadtrates (89,29) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.1 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: V/2013/12060
- 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur 7. Satzung
zur Änderung der Hauptsatzung (Vorlage: V/2013/12060)
Vorlage: V/2013/12142
Wird von der Verwaltung zurückgezogen.
- 6.16 Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle
(Saale)
Vorlage: V/2013/11920
Wurde im Jugendhilfeausschuss vertagt.

Herr Bartl informierte, dass folgende Dringlichkeitsvorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Prüfung einer Änderung der Erhaltungssatzung.

Herr Krause begründete die Dringlichkeit damit, dass seitens der Verwaltung bereits Bescheide ergangen sind. Der Sachverhalt muss noch in diesem Jahr geklärt werden. Es gibt durchaus auch Stimmen von Fachleuten, die eine rechtliche Prüfung der Grundlagen für erforderlich hält.

Die Diskussion hierzu soll in den Fachausschüssen stattfinden, um das Für und Wider darzustellen. Damit eine Beendigung im Dezember möglich ist, muss es der Antrag auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass eine Dringlichkeit nicht gegeben sei, da die Verwaltung schon geprüft habe und zur nächsten Stadtratssitzung eine Beschlussvorlage zur Aufhebung der Erhaltungssatzung einbringen werde.

<u>Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:</u>	abgelehnt
	30 Ja-Stimmen
	12 Nein-Stimmen
	7 Enthaltungen

Damit wurde der Dringlichkeitsantrag nicht auf die Tagesordnung aufgenommen.

- 8.11 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/12152

<u>Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:</u>	mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/12152	einstimmig zugestimmt

- 8.12 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Bildungsausschusses
Vorlage: V/2013/12153

<u>Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:</u>	mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/12153	einstimmig zugestimmt

- 8.13 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses
Vorlage: V/2013/12154

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/12154 einstimmig zugestimmt

- 8.14 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der EVH Halle GmbH
Vorlage: V/2013/12156

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/12156 einstimmig zugestimmt

- 8.15 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Umbesetzung des Mitgliedes im Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: V/2013/12160

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/12160 einstimmig zugestimmt

Herr Bartl informierte, dass nachfolgende Änderungsanträge bzw. Ergänzungen auf die Tagesordnung zu setzen sind:

- 6.6.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) - Fortschreibung 2013" (Vorlage: V/2012/11160)
Vorlage: V/2013/12045

Hierzu wurde eine Änderung zum Änderungsantrag eingebracht.

- 8.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/12111

Hierzu wurde der Antrag geändert.

- 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Herbeiführung eines Bürgerentscheids über das Vorhaben Umgestaltung Hufeisensee-Areal
Vorlage: V/2013/12109

Hierzu ist ein Änderungsantrag eingegangen.

- 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Herbeiführung eines Bürgerentscheids über das Vorhaben Umgestaltung Hufeisensee-Areal (Vorlage: V/2013/12109)
Vorlage: V/2013/12159

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 11.09.2013
- 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 25.09.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 11.09.2013
- 4.2 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 25.09.2013
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- 6.1 *7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung*
Vorlage: V/2013/12060 *abgesetzt*
- 6.1.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (Vorlage: V/2013/12060)*
Vorlage: V/2013/12142 *abgesetzt*
- 6.2 Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2013
Vorlage: V/2013/12025
- 6.3 Jahresabschluss 2012 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: V/2013/12077
- 6.4 Feststellung Jahresabschluss 2012 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: V/2013/12068
- 6.5 Stadtbahnprogramm Halle - Ausbau des Straßenzuges Heideallee/Gimritzer Damm zwischen Weinbergweg und Rennbahnkreuz - Vereinfachter Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2011/09499
- 6.6 Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013
Vorlage: V/2012/11160
- 6.6.1 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) - Fortschreibung 2013 (Vorlage: V/2012/11160)*

Vorlage: V/2013/11985

- 6.6.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) - Fortschreibung 2013" (Vorlage: V/2012/11160)
Vorlage: V/2013/12045
- 6.6.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) - Fortschreibung 2013" (Vorlage: V/2012/11160)
Vorlage: V/2013/12124
- 6.7 Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2012/11289
- 6.7.1 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA – Gestaltungsbeschluss (Vorlage: V/2012/1128)
Vorlage: V/2013/12092
- 6.8 Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: V/2013/11895
- 6.9 Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2013/11896
- 6.9.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung (Vorlage: V/2013/11896)
Vorlage: V/2013/12096
- 6.9.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung (Vorlage: V/2013/11896)
Vorlage: V/2013/12110
- 6.10 Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale) - Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2013/11901
- 6.11 Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11902
- 6.12. Bebauungsplan Nr. 154 "Einkaufszentrum Vogelweide" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2013/11926
- 6.13. Vergabe der 2 Straßennamen WegasträÙe und SiriussträÙe
Vorlage: V/2013/11966
- 6.14 Vergabe des StraÙennamens Gut Passendorf
Vorlage: V/2013/11967
- 6.15 Anbringung einer Gedenktafel anlässlich 200 Jahre Befreiungskriege am nördlichen Hausmannsturm der Marktkirche

Vorlage: V/2013/12037

- 6.16 *Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/11920 *abgesetzt*
7. Wiedervorlage
- 7.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines Bürgerhaushalts 2014 für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: V/2013/11963
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter
Vorlage: V/2013/12098
- 8.2 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zum Quartierbereich Büschdorf-Nord
Vorlage: V/2013/12097
- 8.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/12111
- 8.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum IHK-Handelsatlas
Vorlage: V/2013/12113
- 8.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten
Vorlage: V/2013/12114
- 8.5.1 Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU-Fraktion) zum Antrag der FDP-Fraktion - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)
Vorlage: V/2013/12155
- 8.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt
Vorlage: V/2013/12102
- 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Herbeiführung eines Bürgerentscheids über das Vorhaben Umgestaltung Hufeisensee-Areal
Vorlage: V/2013/12109
- 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Herbeiführung eines Bürgerentscheids über das Vorhaben Umgestaltung Hufeisensee-Areal (Vorlage: V/2013/12109)
Vorlage: V/2013/12159
- 8.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013
Vorlage: V/2013/12112
- 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Initiierung nachhaltiger

- Hochwasserschutzmaßnahmen
Vorlage: V/2013/12115
- 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen
Einwohners in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
Vorlage: V/2013/12103
- 8.11 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/12152
- 8.12 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Bildungsausschusses
Vorlage: V/2013/12153
- 8.13 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Rechnungsprüfungs-
ausschusses
Vorlage: V/2013/12154
- 8.14 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der EVH
Halle GmbH
Vorlage: V/2013/12156
- 8.15. Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Umbesetzung des Mitgliedes im Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: V/2013/12160
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung unseres
Prüfantrages zur Kunst im öffentlichen Raum
Vorlage: V/2013/12093
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zum städtischen Umgang
mit Schrottimmobilien
Vorlage: V/2013/11977
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Umsetzung der neuen
Landesbauordnung
Vorlage: V/2013/12095
- 9.4 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur Investitionsperspektive
für den dringend sanierungsbedürftigen Schulstandort der Sekundarschule Halle-Süd
Vorlage: V/2013/11998
- 9.5 Anfrage des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU-Fraktion) zum Sportdreieck
Vorlage: V/2013/12094
- 9.6 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Ausbildungsplätzen für Förderschüler und Schüler
mit Hauptschulabschluss in der Stadtverwaltung und in städtischen Unternehmen
Vorlage: V/2013/12099
- 9.7 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zu Baugrundstücken Riesaer
Straße und dem Bebauungsplan Nr. 70.2
Vorlage: V/2013/12105

- 9.8 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Lebensmittelkontrollen in Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12100
- 9.9 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum geplanten Neubau einer Hochwasserschutzanlage
Vorlage: V/2013/12116
- 9.10 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu fehlenden Kita-Plätzen
Vorlage: V/2013/12106
- 9.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Umsetzung des Tempo 30-Zonen-Konzeptes
Vorlage: V/2013/11784
- 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Aktivitäten im Bereich Radtourismus
Vorlage: V/2013/11990
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Planungen der Stadt Halle zum 50-jährigen Jahrestag der Grundsteinlegung Halle-Neustadts
Vorlage: V/2013/12013
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Fahrradstation am Hauptbahnhof
Vorlage: V/2013/12104
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Robert-Koch-Schwimmhalle
Vorlage: V/2013/12107
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Trinkwasserbrunnen
Vorlage: V/2013/12108
10. Mitteilungen
- 10.1 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse September 2013
Vorlage: V/2013/11953
- 10.2 Statusbericht zum Projekt Straßenbahn Riebeckplatz/Hbf. - Büschdorf
Vorlage: V/2013/12047
- 10.3 Energiebericht 2013
Vorlage: V/2013/12024
- 10.4 Mitteilung des Bürgermeisters Geier zur Vergabe von Leih- und Zeitarbeit in der Stadtverwaltung
- 10.5 Mitteilung des Beigeordneten Neumann zur Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt und Universität
- 10.6 Mitteilung Herr Bürgermeister Geier zur Strukturänderung im Fachbereich Bauen
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen

13. Anträge auf Akteneinsicht
zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 11.09.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates vom 11.09.2013.

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 25.09.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 47. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.09.2013.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 11.09.2013

In der Stadtratssondersitzung am 11.09.2013 wurden keine nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

zu 4.2 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 25.09.2013

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgende in der Stadtratssitzung am 25.09.2013 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2013 der Bio-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2013/11928

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 25.06.2013:

Beschlusstext: Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Brennecke Treuhand GmbH wird mit der Prüfung des Jahresabschlusses der Bio-Zentrum Halle GmbH für das Jahr 2013 beauftragt.

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2013 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2013/11929

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vom 25.06.2013:

Beschlusstext: Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Brennecke Treuhand GmbH wird mit der Prüfung des Jahresabschlusses der TGZ Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH für das Jahr 2013 beauftragt.

Unbefristete/befristete Niederschlagungen
Vorlage: V/2013/11935

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 261 der Abgabenordnung und der Hauptsatzung § 6 Abs. 3 Nr. 2.

Die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 2008-2009, sowie Nebenforderungen zu Buchungszeichen 5.0101.051415.0 in Höhe von 528.019,50 Euro.

zu 6.1 Antrag der CDU-Fraktion - Missbilligung der Informationspolitik des Oberbürgermeisters zum Thema Hochwasser 2013
Vorlage: V/2013/12006

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) missbilligt die Informationspolitik von Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in Folge des Saalehochwasser 2013.

Antrag der SPD-Fraktion, FDP-Fraktion und CDU-Fraktion zur Benennung eines Rechtsbeistands
Vorlage: V/2013/12018

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Kanzlei N. N. bzw. den Rechtsanwalt N. N. mit der Wahrnehmung der rechtlichen Vertretung des Stadtrates in Bezug auf Disziplinarangelegenheiten den Oberbürgermeister betreffend.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand nahm Bezug auf die Vielzahl von aktuellen Bürgerbeteiligungen und führte aus, dass es dabei darum ging, sachliche Dinge vorzutragen, um die Diskussionen im Stadtrat zu bereichern.

Die Verwaltung gehe sehr frühzeitig in die Bürgerbeteiligung. Dabei habe es sich gezeigt, dass bei solchen Veranstaltungen oftmals auch Grenzen überschritten werden, wie sich in Dörlau zum Bauvorhaben der GWG gezeigt habe. Man müsse sich bemühen, die Kontrapunkte gemeinsam zu verbinden und damit umzugehen.

Er finde es positiv, wenn mit Bürgerbeteiligungen und Bürgerveranstaltungen die Verwaltung ihr Wissen dahingehend bereichern könne, um zu erkennen, was möglicherweise noch nicht eingebracht wurde. Gleichzeitig bat **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** alle Beteiligten um Sachlichkeit, denn er werde nicht tolerieren, wie mit dem Beigeordneten in der am Montag stattgefundenen Bürgerversammlung umgegangen wurde.

Demgegenüber stehe die Einwohnerversammlung im Bereich der Gartenstadt Gesundbrunnen zum Thema der Erhaltungssatzung, wo sehr sachlich diskutiert wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begrüße Bürgerbeteiligung in jeglicher Form, erwarte aber auch von allen Beteiligten, dass die notwendige Sachlichkeit gewahrt werde, um das öffentliche Interesse und die Verwaltung, die mit positiven Absichten in die Bürgerversammlungen gehe, zu schützen.

Desweiteren informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über eine Veranstaltung, die gemeinsam mit der Universität, dem Saalekreis und Unternehmen sowie der Verwaltung durchgeführt wurde. Mit dem Projekt transHAL habe man erstmalig die Kooperationsvereinbarung mit der Universität mit Leben gefüllt. Dabei sei es gelungen, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenzuführen. Es sei vorgesehen, dass die Wissenschaft ihre Leistung und Unterstützung in den Unternehmen stärker anbiete.

Viele mittelständische Unternehmen waren vor Ort, die sich das vorhandene Know-how zunutze machen und den Wissens- und Technologietransfer weiter vorantreiben möchten.

In diesem Zusammenhang bedankte sich **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bei seinem Amtskollegen, Herrn Bannert, Landrat des Saalekreises, der das Projekt ebenfalls mit unterstützt habe.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.2 Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2013 Vorlage: V/2013/12025

Herr Bürgermeister Geier führte dazu aus, dass mit Beschlussfassung des Haushaltes 2013 die Verwaltung beauftragt wurde einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Dies erfolgte am 25. September.

Dieser Einbringung folgten viele Ausschusssitzungen im Oktober mit diversen Änderungen. Dazu wurden entsprechende Unterlagen dazu ausgehändigt. Gestern hat die Abschlussberatung des Finanzausschusses stattgefunden und auch danach ist die Verwaltung noch einige Antworten schuldig. Zunächst war noch zu klären, auf welcher Rechtsgrundlage die Zahlungen an die Bäder GmbH erfolgen.

Im Mai 2010 wurde ein Bäderfinanzierungsvertrag im Stadtrat beschlossen. Im März 2011 gab es dazu eine Klarstellungsvereinbarung und diese Klarstellungsvereinbarung hat beinhaltet, dass man sich im Verlaufe des Jahres 2013 über die Höhe der Fehlbedarfsfinanzierung abstimmt und verständigt.

Dies ist erfolgt und das Ergebnis dieser Abstimmungen spiegelt sich in dem geänderten Haushaltsansatz wieder, welcher nunmehr auf eine Höhe von 4,1 Mio. Euro festgeschrieben ist. Damit deckt dieser Haushaltsansatz auch die bisher im Raum stehenden finanziellen Risiken aus dem bestehenden Bäderfinanzierungsvertrag ab.

Damit ist der Teil der finanziellen Risiken für den rückwärtigen Bereich seit 2010 abgedeckt. Das wurde auch so entsprechend frühzeitig kommuniziert, so dass u.a. im Bereich der Bäder im Rahmen des Nachtragshaushaltes diese finanziellen Risiken verifiziert und entsprechend dargestellt werden.

Nach der gestrigen Abschlussberatung war weiterhin zu klären, ob der Bäderfinanzierungsvertrag noch besteht.

Dieser Vertrag existiert noch. Entsprechend des § 6 der Vertragsregularien besteht die früheste Kündigungsmöglichkeit bis 31.12.2019 für ein Vertragsende zum 31.12.2020.

Demnach muss ein Jahr vorher geklärt sein, ob gekündigt werden soll. Das heißt, es besteht eine Vertragsgrundlage, die demnach auch Grundlage für die Einplanung der Haushaltsansätze und entsprechenden Zahlungen an die Bäder GmbH darstellt.

Es wurde bereits diskutiert, dass der Bäderfinanzierungsvertrag einiger Überarbeitungen bedarf und entsprechende Schwächen auszumerzen sind. Wenn die Überarbeitung so weit ist, werden selbstverständlich der Rat und die Ausschüsse einbezogen.

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass zudem die Dringlichkeitsvorlage zum Eissport einiger Erklärungen bedarf.

Die Änderungen im Haushalt und die zahlenmäßige Korrespondenz der Dringlichkeitsvorlage zum Eissport überschneiden sich in der chronologischen Abfolge, so dass entsprechend nachgearbeitet werden musste. Es wird gemäß der Korrektur vorgeschlagen, dass über den vorgesehen Vertragszeitraum 475.000 Euro finanziell abzusichern sind.

Im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung können hierzu näherer Erläuterungen folgen.

Bezüglich der Thematik Hochwasser stehen im Nachtragshaushalt 475.000 Euro. Dies steht im Zusammenhang der Beschlussfassung des Stadtrates vom 11.09.2013. Hier wurde eine 275 Mio. Euro Liste beschlossen. Diese Projekte müssen entsprechend untersetzt werden. Es sind vorab verschiedene gutachterliche Ausführungen und Einschätzungen erforderlich, um entsprechende Beantragungen beim Land durchführen zu können.

Im Jahr 2014 sind hierfür 175.000 Euro und 2015 50.000 Euro erforderlich. Diese finanziellen Mittel sind entsprechend berücksichtigt, da es wichtig ist, dass die Vorleistungen durch die Stadt abgesichert sind um diese in die Beantragungen einfließen lassen zu können.

Herr Bürgermeister Geier bedankte sie bei Allen für die engagierte Arbeit in den Fachausschüssen im Oktober und bat um Zustimmung für den Nachtragshaushalt 2013.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedankte sich für die schnelle Beantwortung der noch offenen Fragen aus dem Finanzausschuss und fragte in Bezug auf die Liste zu den Gutachterleistungen an, welchen Status die für 2013 genannten Gutachterleistungen haben.

Dazu teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass noch keine Leistungen abgeschlossen sind. Die Aufnahme in den Nachtragshaushalt soll dazu genutzt werden, dass die Berücksichtigung der Ausgaben auch haushälterisch legitimiert ist. Im Zuge der Bearbeitung der Fluthilfen werden die Leistungen sukzessive beauftragt.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies im Namen seiner Fraktion darauf hin, dass aus Sicht der grünen Fraktion im Nachtragshaushalt deutlich werde, dass in diesem Jahr falsche Prioritäten gesetzt worden sind.

Mit Blick auf die Folgejahre müsse darauf geachtet werden, dass die Pflichtaufgaben in Zukunft stärker bedient werden. Die knapper werdenden Finanzmittel müssen in die wirklich zentralen Aufgaben gesteckt werden, wie z. B. in die Bildungsinfrastruktur oder auch die maroden Spielplätze. Ebenso verschlechtere sich der städtische Gebäudebestand.

Der Nachtragshaushalt für das Jahr 2013 zeigt aber auch, wie sehr der Spielraum der Stadt eingeschränkt ist. Die Handlungsspielräume der Stadt Halle sind sehr knapp gestrickt insbesondere mit Blick auf das Haushaltsjahr 2014.

Es ist allgemein bekannt, dass die Schulden der Stadt Halle drastisch zunehmen werden, da durch die zurückgehenden Gewinne aus den städtischen Unternehmen, vor allem aus dem Stadtwerkekonzern, der Finanzhaushalt ein großes Defizit aufweisen wird. Deswegen muss nochmal deutlich betont werden dass die Stadt durch das Land nicht ausreichend finanziert ist.

Die Finanzausstattung der Stadt hat sich in den letzten Jahren verschlechtert und wird sich wahrscheinlich auch in den Folgejahren weiter verschlechtern.

Herr Wehrich wies insbesondere auf die Investitionspauschale hin, die drastisch durch das Land gekürzt wurde. Weiterhin sind die Zuweisungen vom Land für die Kinderbetreuung nicht ausreichend, so dass der Stadt Halle zusätzliche Kosten, entstehen, die aus dem städtischen Haushalt getragen werden müssen.

Dies sind aus seiner Sicht Ansatzpunkte, wo die Stadt zum Handeln gezwungen ist. Die entsprechende Schlussfolgerung daraus kann nur sein, dass die Stadt beim Landesverfassungsgericht eine Beschwerde einreicht, da es absehbar ist, dass die Stadt Halle sich aus eigener Kraft nicht aus dieser Finanzmisere befreien kann.

Herr Wehrich bat aus obigen Gründen darum, den Antrag bereits im November in den Ausschüssen zu behandeln, damit eine Beschlussfassung im Dezember erfolgen kann und somit die Frist für eine Beschwerde gegen das Finanzausgleichsgesetz eingehalten werden kann. Dies ist der einzige Weg, dass die Stadt Halle wieder Handlungsspielraum bekommt und die kommunale Selbstverwaltung möglich ist.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, äußerte sich dahingehend, dass Herr Bürgermeister Geier vor einigen Jahren vom Stadtrat gewählt wurde, um die Position und die Wichtigkeit des Finanzbereiches zu stärken.

Derzeit wird eine Personalstrukturreform durchgeführt aber auch die Aufgabenzuordnung innerhalb des Finanzressorts ist aus seiner Sicht undefiniert. Nach den Ausschüssen gehe man mit mehr Fragen aus den Beratungen als vor Beginn der Sitzung. Diese Situation erweckt den Eindruck, dass bspw. Fragen doppelt beantwortet werden.

Herr Wolter forderte dazu auf, dass die gestrige Situation im Finanzausschuss innerhalb der Beigeordneten ausgewertet wird, um in Zusammenarbeit zu klären, was die Aufgaben des Finanzberaters sind. Der Berater wurde ursprünglich dafür beauftragt, Vorschläge zu unterbreiten. Nunmehr stellt es sich jedoch so dar, dass vielmehr er die entsprechenden Befugnisse inne habe.

Für die Stadträte ist die Situation sehr schwierig, da Herr Bürgermeister Geier auf Fragen nicht antworten kann, diese dann zum Teil von Herrn Rauschenbach beantwortet werden am Ende doch nachträglich von den Mitarbeitern der Verwaltung untersetzt werden müssen.

Die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM wird die Vorlage, die eine Konkretisierung des Haushaltsvollzuges ist, nicht behindern, aber sich mehrheitlich enthalten.

Herr Wolter hofft, dass sich die Erfahrungen, die insbesondere im Personalbedarfsplanungsausschuss gemacht werden sowie zu den Nachtragshaushaltsdiskussionen mehren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte die Auffassung von Herrn Wolter, wies aber auch darauf hin, dass die Arbeit, die in diesem Jahr gemacht wurde, im vergangenen Jahr nicht ausgeführt wurde. Bezüglich des Haushaltes hat sich damit die Verwaltung quasi selber überholt und man könne sicher sein, dass damit im nächsten Jahr ein ordentlicher finanzieller Ablauf der Haushaltsberatungen stattfinden werde. Die Ausschüsse werden ausgewertet und die entsprechenden Hinweise auch angenommen.

Abschließend bedankte sich **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bei allen Beteiligten für die schnelle Beratung des Nachtrages.

Herr Kley, FDP-Fraktion, sagte, dass bei der Ankündigung zum Nachtragshaushalt davon auszugehen war, dass eine deutliche Erhöhung des gesamten Haushaltsansatzes erfolgen wird. Dem war nicht so, aber auch nur, weil 11 Mio. Euro aus dem Vorjahr gefunden wurden. Also Schulden, die der Vorgängerin zugeordnet waren, konnten jetzt sozusagen ausgeglichen werden.

In Summe war die Haushaltsberatung unbefriedigend, zum einen wegen der Eile des Verfahrens und zum anderen, weil bis zur letzten Beratung Unklarheiten nicht ausgeräumt werden konnten.

Im Planungsausschuss wurden bspw. gefragt, wohin Beträge verschwunden sind und woher andere kommen. Diese Fragen konnten auch im letzten Finanzausschuss nicht geklärt werden. Dies muss jedoch nachgearbeitet werden.

Weiterhin sei es erstaunlich, wie ein Nachtrag, der über einen längeren Zeitraum vorbereitet ist, dann eigentlich erst durch Tischvorlagen umgesetzt wird. Denn die meisten Beschlüsse, die heute vorlagen, waren Tischvorlagen. Hier hoffe man, dem Wort des Oberbürgermeisters folgend, dass es künftig besser werde.

Die FDP-Fraktion wird sich zum Haushalt enthalten, weil er keine großen Verschiebungen enthält. Er deckt einiges auf, z. B. auch die Frage der unauskömmlichen Finanzierung im Bereich der Kindertagesstätten. Da gibt es mehrere Möglichkeiten, hier die Beträge

einzuholen. Auch wir raten hier noch einmal zu einer Klage wegen Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip.

Hier wäre es nicht schlecht, wenn die Verwaltung den Stadtrat dazu fragen würde, ob wir so etwas führen. Denn mit Sicherheit gibt es hier keine klare Kostendeckung, egal wo auch immer die Mehrkosten herkommen, sie sind durch das Gesetz verursacht und da ist der Landtag in seiner Pflicht. Das befreit uns nicht, eigene Einsparpotentiale zu suchen und wir werden die Verwaltung darin unterstützen.

Herr Kley erinnerte an den offensichtlich gut angenommenen Vorschlag der Verwaltung, über freiwilliges Ausscheiden dafür zu sorgen, dass es zu einem Abbau kommen kann und bat die anderen Fraktionen, dieses Verfahren positiv zu begleiten und nicht zu versuchen, jede einzelne Stelle in Frage zu stellen, da dies Aufgabe der Verwaltung ist. Es sei ausreichend Personal da, um die Aufgaben zu erfüllen, immerhin weit über 2.000 Personen.

Die Stadt Halle hat mittlerweile 30 % weniger Einwohner, da müsse sich auch die Verwaltung anpassen. Und wer in die Wahlprogramme seiner Partei schaut, der hat das letzte Mal verkündet, Einsparung über Verwaltungsumbau zu erzielen. Das ist jetzt soweit und da müssen wir endlich mal zum Jagen kommen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form/Text):

Der Stadtrat beschließt die Nachtragshaushaltssatzung 2013 und den Nachtragshaushaltsplan 2013.

zu 6.3 Jahresabschluss 2012 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: V/2013/12077

(Dem Mitwirkungsverbot gemäß § 31 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt unterlagen: Dr. Bernd Wiegand, Oberbürgermeister, Dr. Bodo Meerheim (Fraktion DIE LINKE), Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion), Gottfried Koehn (SPD-Fraktion), Elisabeth Krausbeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt**
Einzelpunkt abstimmung
B.-Punkte 1 bis 3 **mehrheitlich zugestimmt**
B.-Punkt 4 **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zu folgendem Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird in der von der CONNEX.M&P AUDIT Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 10. April 2013 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	97.057,70EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	2.155.684,42EUR.

2. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführerin der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin, Frau Renate Scherbel, wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

zu 6.5 Stadtbahnprogramm Halle - Ausbau des Straßenzuges Heideallee/ Gimritzer Damm zwischen Weinbergweg und Rennbahnkreuz - Vereinfachter Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2011/09499

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führte dazu aus, dass seine Fraktion die vorgelegte Variante zum zweispurigen Ausbau des Gimritzer Damms und die ausreichende Berücksichtigung des Radverkehrs in diesem Verlauf ausdrücklich begrüße und dieser zustimmen werde.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt die Grundzüge der Planung (Anlage 2) auf der Basis der fortzuschreibenden Vorzugsvariante 7 der Vorplanung (Stand 2011) **unter dem Vorbehalt der Fördermittelbewilligungen** als Grundlage der weiteren Planung.
2. Um eine Kombination mit der Förderung zur Beseitigung der Flutschäden erreichen zu können, wird das o. g. Einzelvorhaben in Abstimmung mit den Fördermittelgebern innerhalb des Stadtbahnprogrammes Halle vorgezogen.
3. Die überarbeitete Vorplanung wird dem Planungsausschuss zur Kenntnis gegeben **und die Änderungen und Hinweise des Planungsausschusses werden in der weiteren Planung berücksichtigt.**

zu 6.6 **Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013**
Vorlage: V/2012/11160

zu 6.6.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) - Fortschreibung 2013**
Vorlage: V/2012/11160
Vorlage: V/2013/11985

zu 6.6.2 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" - Vorlage V/2012/11160**
Vorlage: V/2013/12045

zu 6.6.2.1 **Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" - Vorlage V/2012/11160**
Vorlage: V/2013/12124

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, merkte dazu an, dass von der Verwaltung die Vorlage schon einmal zurückgezogen wurde mit der Begründung, dass finanzielle Auswirkungen noch nicht richtig dargestellt und zugeordnet werden können. Da kein Austauschblatt vorliege, erwarte er eine Erklärung seitens der Verwaltung dazu.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies auf die Abstimmung innerhalb der Verwaltung mit dem Ergebnis, dass es wichtig sei, sich erst einmal konzeptionelle Maßnahmen zu überlegen und danach eine finanzielle Zuordnung vorzunehmen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte grundsätzlich, dass man sich dem Thema Radverkehr widmet, kritisierte aber auch, dass nur eine einzige Lesung im Planungsausschuss stattfand. Auch hätte sich seine Fraktion gewünscht, dass die Radverkehrskonzeption mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und öffentliche Veranstaltungen durchgeführt werden, um die Anregungen aus der Bürgerschaft der Stadt Halle noch mit in die Konzeption aufzunehmen.

Die Konzeption mache den Handlungsbedarf beim Thema Radverkehr entsprechend deutlich und auch, wie groß der Bedarf im Bereich Radverkehr ist und auch, wie groß die Aufgabe ist, damit der Radverkehr im Anteil des Gesamtverkehrs einen höheren Anteil einnimmt. Dabei verwies **Herr Wehrich** darauf, dass die Stadt Halle (Saale) einen Nachholbedarf habe, da der Anteil des Radverkehrs im Vergleich mit anderen Städten viel zu gering sei. Im Grunde genommen habe die Stadt Halle (Saale) ein Potential wie Münster, liege aber fast mehr als 20 % hinter Münster, gemessen am Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr.

Deswegen habe seine Fraktion den Änderungsantrag eingebracht, mit der Empfehlung, eine eigene Haushaltsstelle für Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs einzurichten.

Auch brauche man einen Umsetzungsplan, weil die Maßnahmen, die in der Radverkehrskonzeption vorgeschlagen sind, noch nicht weiter untersetzt sind und konkrete Angaben zu den Kosten der einzelnen Maßnahmen gemacht werden müssen, damit diese in die Mittelfristplanung des Haushaltes einbezogen werden können.

Nur so könne gewährleistet werden, dass man bei den einzelnen Maßnahmen nicht so verbleiben werde, wie bei der Fahrradstation, die am Hauptbahnhof errichtet werden sollte und die bereits im Jahr 2005 im Rat beschlossen, jedoch bis heute noch nicht umgesetzt wurde.

Aus diesem Grund warb **Herr Wehrich** um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion und informierte darüber, dass sie den vom Oberbürgermeister vorgelegten Änderungsantrag übernehmen werden, mit der Bitte, Maßnahmen zur Unterhaltung und Instandsetzung der einzelnen Radwege in der Stadt Halle (Saale) im Umsetzungsplan zu berücksichtigen.

Herr Felke, SPD-Fraktion, begrüßte auch im Namen seiner Fraktion die Fortschreibung und Aktualisierung der Radverkehrskonzeption. Und in Bezug auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Aufnahme des Zweiges nach Dölau zu den Radrouten mit Priorität und die Zustimmung der Verwaltung dazu, erkenne man das Umdenken der Verwaltung.

Zum Änderungsantrag des Oberbürgermeisters beantragte **Herr Felke** namens seiner Fraktion eine Einzelabstimmung der Punkte. Er begründete es damit, dass sie dem Punkt 1 nicht folgen können und bei Punkt 2 die Schwierigkeit sehen, in wie weit sich tatsächlich eine verbindliche Planung darstellen lässt, da auch im Antrag darauf hingewiesen werde, dass man abhängig davon sei, wie die Fördergelder für die einzelnen Maßnahmen fließen. Zum Punkt 3 würden sie anmahnen, einen Termin zu nennen, dass mit dem Haushalt 2015 eine entsprechende Haushaltsstelle eingerichtet wird.

Herr Sieber bedankte sich bei der Verwaltung dafür, dass jetzt die Fahrradroute nach Dölau in die Radverkehrskonzeption mit aufgenommen wurde. Bezugnehmend auf die Bemerkungen von Herrn Wehrich zur breiteren Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema stellte **Herr Sieber** fest, dass gerade beim Thema Radverkehr eine gute Öffentlichkeitsbeteiligung durch den Runden Tisch Radverkehr erfolgte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass der Zusatz von der SPD-Fraktion, im Haushalt 2015 eine entsprechende Haushaltsstelle einzurichten, durch die Verwaltung übernommen werde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies noch einmal darauf hin, dass der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernommen wurde.

zu 6.6.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" - Vorlage V/2012/11160 Vorlage: V/2013/12124

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

- 1. Der Stadtrat bestätigt die von der Verwaltung vorgelegte "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" und das darin enthaltene Hauptnetz des Radverkehrs (Anlage 6). Die "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" dient als Handlungsgrundlage für die weitere Entwicklung des Radverkehrs in der Stadt Halle (Saale).*
- 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2014 einen aus dem Maßnahmenprogramm zur Herstellung des Radverkehrs-Hauptnetzes (Anlage 10) und der Bedarfsliste für die Errichtung von Fahrradbügeln (Anlage 12) zu entwickelnden Umsetzungsplan für die vordringlichen Maßnahmen zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, welche Maßnahmen wann mit welchen Kosten im Planungshorizont bis 2019 umgesetzt werden sollen. Zu prüfen ist dabei, inwieweit für die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU genutzt bzw. ob durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.*
- 3. Der im Punkt zwei benannte Umsetzungsplan stellt die Grundlage für die Ausstattung der neu **bis 2015** einzurichtenden Haushaltsstellen für Radverkehrsmaßnahmen dar. Der daraus resultierende Finanzbedarf ist bei der jährlichen Haushaltsplanung zu beachten.*

**zu 6.6.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) –
Fortschreibung 2013" - Vorlage V/2012/11160
Vorlage: V/2013/12045**

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkt 1 mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 2 mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 3 mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

- 1. Der Stadtrat bestätigt die von der Verwaltung vorgelegte "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" und das darin enthaltene Hauptnetz des Radverkehrs (Anlage 6). Die "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" dient als Handlungsgrundlage für die weitere Entwicklung des Radverkehrs in der Stadt Halle (Saale).*
- 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2014 einen aus dem Maßnahmenprogramm zur Herstellung des Radverkehrs-Hauptnetzes (Anlage 10)*

und der Bedarfsliste für die Errichtung von Fahrradbügeln (Anlage 12) zu entwickelnden Umsetzungsplan für die vordringlichen Maßnahmen zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, welche Maßnahmen wann mit welchen Kosten im Planungshorizont bis 2019 umgesetzt werden sollen. Zu prüfen ist dabei, inwieweit für die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU genutzt bzw. ob durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.

3. Der im Punkt zwei benannte Umsetzungsplan stellt die Grundlage für die Ausstattung der neu **bis 2015** einzurichtenden Haushaltsstellen für Radverkehrsmaßnahmen dar. Der daraus resultierende Finanzbedarf ist bei der jährlichen Haushaltsplanung zu beachten.

Anmerkung:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernahm den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters.

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

4. In den städtischen Haushaltsplänen sind, beginnend mit 2015, jeweils eigene Haushaltstitel für eigenständige investive Radverkehrsum- und -neubaumaßnahmen sowie für Radverkehrsunterhaltungs- und sonstige Maßnahmen aufzuführen und mit entsprechenden Mitteln ~~—orientiert an den Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans und bezogen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt Halle—~~ auszustatten.
5. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2014 einen aus dem Maßnahmenprogramm zur Herstellung des Radverkehrs-Hauptnetzes (Anlage 10) und der Bedarfsliste für die Errichtung von Fahrradbügeln (Anlage 12) zu entwickelnden Umsetzungsplan zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, welche Maßnahmen wann mit welchen Kosten im Planungshorizont bis 2019 umgesetzt werden sollen. Zu prüfen ist dabei, inwieweit für die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU genutzt bzw. ob durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.**

zu 6.6.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) - Fortschreibung 2013**
Vorlage: V/2012/11160
Vorlage: V/2013/11985

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Punkt 4.2.1. („Radrouten mit Priorität“) wird wie folgt geändert:
Route A: Neustadt/**Dölau** – Stadtzentrum
2. Die Anlage 7 („Radtouren mit Priorität“ und weitere Stadtteilverbindungen) wird wie folgt geändert:

Radroute A: Neustadt/**Dörlau** – Stadtzentrum

a) Routenast Neustadt

Heidensee - Eislebener Straße- Braunschweiger Bogen - An der Magistrale- Rennbahnkreuz- Mansfelder Straße- Große Klausstraße - Händelhaus (zwischen Rennbahnkreuz und Händelhaus bereits ausgeschildert)

b) Routenast Dörlau:

Krankenhaus Dörlau – Röntgenstraße – Salzmünder Straße - Nietlebener Straße
- An der Magistrale – Rennbahnkreuz- Mansfelder Straße - Große Klausstraße- Händelhaus (zwischen Rennbahnkreuz und Händelhaus bereits ausgeschildert)

zu 6.6 Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013
Vorlage: V/2012/11160

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt die von der Verwaltung vorgelegte "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" und das darin enthaltene Hauptnetz des Radverkehrs (Anlage 6). Die "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" dient als Handlungsgrundlage für die weitere Entwicklung des Radverkehrs in der Stadt Halle (Saale).
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2014 einen aus dem Maßnahmenprogramm zur Herstellung des Radverkehrs-Hauptnetzes (Anlage 10) und der Bedarfsliste für die Errichtung von Fahrradbügeln (Anlage 12) zu entwickelnden Umsetzungsplan für die vordringlichen Maßnahmen zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, welche Maßnahmen wann mit welchen Kosten im Planungshorizont bis 2019 umgesetzt werden sollen. Zu prüfen ist dabei, inwieweit für die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU genutzt bzw. ob durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.
3. Der im Punkt zwei benannte Umsetzungsplan stellt die Grundlage für die Ausstattung der neu bis 2015 einzurichtenden Haushaltsstellen für Radverkehrsmaßnahmen dar. Der daraus resultierende Finanzbedarf ist bei der jährlichen Haushaltsplanung zu beachten.

zu 6.7 Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2012/11289

zu 6.7.1 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA – Gestaltungsbeschluss - V/2012/11289
Vorlage: V/2013/12092

Auf Antrag von **Herrn Lange, Fraktion DIE LINKE** wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

TOP 6.7 Ausbau Böllberger Weg, ein Gestaltungsbeschluss.

Ihrerseits Bemerkungen? Nicht der Fall. Dann ihr Handzeichen bitte.

Doch, Entschuldigung, Herr Feigl hat das Wort.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es wäre jetzt zu schön, einfach da drüber weg zu gehen...

Unstrittig ist, dass Handlungsbedarf entlang des Böllberger Wegs besteht, dort verkehrliche Anlagen zu verbessern. Im Rahmen des Stadtbahnprogramms ist dieses möglich. Weitestgehend kann man diesem Ansinnen wirklich zustimmen, wenn da nicht der eine Knackpunkt wäre, da steht ein gründerzeitliches Haus, eine große Schule, die ehemalige Weingärtenschule, allerdings dem Vorhaben ein wenig im Weg. Und das ist ein erhebliches Hindernis bei diesem Vorhaben, über das in der Öffentlichkeit schon lang und breit wirklich diskutiert wurde.

Mich wundert es sehr, dass zum jetzigen Zeitpunkt, nämlich vorhin kurz nach 14 Uhr von Herrn Stäglin dann ein neuer Punkt hier in diese Diskussion eingeworfen wird. Ich weiß nicht, ob sie es mitbekommen haben. Ein Bürger fragte zum 188 nochmal an und es wird hier mitgeteilt, dass eine Separierung des Streckenabschnittes in mehrere Bereiche, nämlich auch in den Bereich, wo sich das Künstlerhaus 188 befindet, vom Fördermittelgeber nicht zugestimmt wird.

In der Bürgerversammlung, die im gleichen Saal hier stattgefunden hat, ist das aber von der Stadtverwaltung so suggeriert worden. Auch die Zahlen, die dort vorgelegt worden über die Finanzierung dieses Abschnittes sind klar von einer Sektorierung des Teilabschnittes, über den wir heute hier zu bestimmen haben, ausgegangen worden. Und es wurde immer wieder dargestellt, die Mehrkosten, die sich ergeben aus dem Abschnitt 2, nämlich diesem Abschnitt, wo sich das 188 befindet.

Das auf einmal eine Herauslösung des einzelnen Teiles nicht mehr möglich ist, ist jetzt für mich ein ganzes Stückchen Überempelung, weil bisher die Möglichkeit durchaus als gegeben angesehen wurde, diesen Teilabschnitt anders zu finanzieren.

Es muss möglich sein, dieses Stadtbahnprogramm ein Stückchen aufzubrechen und zu sagen, es kann nicht sein, dass wir einerseits eine verkehrliche Verbesserung zwar hinkriegen an dieser Stelle, aber auf der anderen Seite ein Stückchen historische Stadt einfach wegreißen.

Gestern wurde bei Gericht über das Schicksal der Brüderstraße 7 entschieden, zu Ungunsten des Baudenkmals, was jetzt einer sehr ungewissen Zukunft entgegen steht.

Und ich sage es deshalb, weil vor Gericht nochmal explizit darauf hingewiesen wurde, dass die Stadt zu 60 % Eigentümerin dieses Gebäudes gewesen ist, über sechs Jahr hinweg. Und das sie ... *Unterbrechung* ...

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Sie sprechen für die Fraktion?

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ich spreche für die Fraktion.

Und dass sie selbst Unterhaltungsmaßnahmen für dieses Gebäude unterlassen hat und damit dieses Gebäude in diesen Zustand gebracht hat.

Das heißt also, wenn wir heute beschließen, das 188 abzureißen für diese Straßenbaumaßnahme, dann wird uns jeder privater Hauseigentümer, der mit Denkmalschutzauflagen belegt wird, wird uns vorhalten, dass die Stadt an dieser Stelle ihrer Vorbildwirkung nicht nachgekommen ist.

Ich appelliere also an die Damen und Herren Stadträte, dieser Verantwortung wirklich gerecht zu werden und zu sagen, wir müssen einen anderen Weg finden, um diese Baumaßnahme dort durchzusetzen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass ein stadtbildprägendes gründerzeitliches Schulgebäude an dieser Stelle nicht den Verkehrswegen zum Opfer fällt.

Von daher appelliere ich an die Damen und Herren Stadträte, unserem Änderungsvorschlag zu folgen, der davon ausgegangen ist, dass, so wie es von der Stadtverwaltung auch immer wieder auch suggeriert wurde, dass man die Streckenabschnitte separieren kann und dann nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen.

Die von der Stadtverwaltung dargestellte Differenz zwischen der Vorzugsvariante und einer Variante unter Verbleib des historischen Gebäudes der Schule beläuft sich auf knapp 500.000 Euro. Ich denke, im Zusammenhang mit der Gesamtmaßnahmen dieses Bauabschnittes, ist es durchaus eine überschaubare Summe.

Ich danke ihnen.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren.

Wenn wir diesem Gestaltungsbeschluss zustimmen, dann wird ein straßenbildprägendes, unter Schutz stehendes Gebäude verschwinden. Und diesen Zustand werden wir später auch nicht wieder herstellen können, selbst wenn man es wollte.

Wir sind Freunde des Denkmalschutzes, ich ganz besonders, aber in Übereinstimmung auch mit meiner Fraktion. Deswegen bedauern wir das sehr.

Es gibt gute Gründe, dieses Gebäude zu erhalten. Aber es gibt auch einen alten Satz, den man schon bei den Klassikern nachlesen kann: „Den besseren Gründen müssen gute weichen“.

Und nun ist die Frage, ob es diese besseren Gründe gibt. Und da haben wir heute in der Fragestunde einiges gehört dazu. Ich möchte aber mir später nicht mal selber den Vorwurf machen müssen, zugestimmt zu haben bei etwas, was ich hätte anders machen können, in Kenntnis anderer Umstände.

Da geht es mir nicht um die Vorwürfe, die von anderen kommen. Sondern ich möchte hier ganz besonders als Hallenser diesen Vorwurf mir ersparen.

Und deswegen bitte ich jetzt noch einmal die Stadtverwaltung, klar und eindeutig darzulegen, muss ja nicht alles wiederholt werden, was bis jetzt gesagt und geschrieben wurde, dass es tatsächlich für die Stadt Halle nach den gegebenen Umständen keine andere Wahl gibt, als dieses Denkmal zu opfern. Das kann finanzielle Auswirkung sein in erheblicher Größenordnung, es können auch die Gründe der Genehmigung sein, aber dass wir das im Protokoll hier nochmal haben, dass ich das auch später nochmal nachlesen kann und sage, ich habe hier nicht leichtfertig gehandelt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Den Punkt kann ich gleich beantworten.

Es ist so, wie ich in der Bürgerfragestunde auch gesagt habe. Es gibt die klare Aussage des Landes als Bewilligungsstelle für die Gelder Stadtbahn gegenüber dem Land. Und wir hatten heute, Herr Feigl, mit dem Land eine Abstimmung, da war es nochmal ganz deutlich hervorgehoben, dass der Bund bereit ist, die Einzelmaßnahme Böllberger Weg/nördlicher Teil zu fördern, wenn es hier die Vorzugsvariante gibt.

Und dieses bestätigt auch das, was in Gesprächen auf der Arbeitsebene zwischen dem Bundesministerium und der Stadtverwaltung als Aussage getroffen wurde.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Zunächst muss ich mal nur eine Nachfrage stellen, Herr Bartl. Wir hatten im Finanzausschuss die Situation, dass Herr Finanzausschussvorsitzender, Herr Dr. Meerheim, sich befangen erklärt und an der Abstimmung nicht teilgenommen hat. Jetzt sitzt er hier, ich weiß jetzt nicht genau, ob er jetzt nicht teilnimmt, ich wollte nur fragen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Erklärt sich Herr Dr. Meerheim für befangen?
Bei der Abstimmung, ja.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ich möchte nur, dass Sie das ja auch sozusagen irgendwie in der Kontrolle haben. Also wenn er sich selbst erklärt, ist das sozusagen für mich ... wir haben da kurz drüber diskutiert, ich wollte das nur mal klären, bevor wir hier weiter diskutieren, nicht das wir eine rechtsungültige Beschlussfassung haben.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Dann müsste, mit Rückkopplung mit dem Rechtsamt, müsste er auch die Beratung verlassen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Die zweite Sache ist, dass ich den Wunsch meiner Fraktion hier noch bekannt gebe, dass wir eine namentliche Abstimmung zu dieser Beschlussvorlage wünschen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Namentliche Abstimmung, jawohl.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Drittens. Herr Stäglin, Sie haben die Frage meines Erachtens, die wirklich klar und einfach formuliert war von Herrn Dr. Fikentscher, für mich nicht erschöpfend beantwortet. Auch wenn ich nur „Halunke“ bin, ist mir diese Vorlage bis heute nicht schlüssig.

Und Herr Oberbürgermeister, Sie haben so schön und charmant erklärt, wie wichtig ihre Verwaltung und uns als Stadträten, die Bürgerbeteiligung ist. Was wir hier erlebt haben, zu dieser Beschlussvorlage, ist und bleibt dauerhaft Herr Stäglin, eine Katastrophe.

Das, was Sie gemacht haben, mit Grundstückseigentümern im Böllberger Weg, was die Verwaltung an Absprachen, an vertraglichen Zusicherungen, an Tauschgeschäften, an Vorbereitungen zur Variante 1 getroffen hat und wie ich erst vor zwei, drei Tagen erfahren habe, wie die Verwaltung mit einer ganz anderen Variante nämlich in die Diskussion zu den Grundstückseigentümern gegangen ist, dort sogar mit Fördermittelbescheidrücknahme, Förderantragsrücknahme diskutiert hat. Es ist wirklich so, dass man, ich sage mal, bemüht ist, was Herr Dr. Wiegand ja auch eingefordert hat, sachlich zu bleiben und wirklich Sie beim Wort zu nehmen.

Sie haben vorhin dem Bürger erklärt, wie haben Sie gesagt, mit dem Bund Absprachen getroffen worden, verbindliche Zusagen dort geäußert worden in einem mündlichen Gespräch, natürlich liegt ihnen das noch nicht schriftlich vor, dass nur die Variante, die Sie uns vorschlagen, nämlich Abriss eines Denkmals, diese förderfähig ist.

Jetzt erklärten Sie Herrn Dr. Fikentscher, ja Sie haben heute nochmal mit dem Land gesprochen, dass das Land in Rücksprache mit dem Bund erklärt hat, dass sie nur diese Variante fördern, die Sie uns jetzt hier vorlegen.

Aber Sie sind niemals, und das habe ich schon mal nachgefragt, Sie sind niemals in die Situation gekommen, einen Beschluss hier im Rat zu haben. Nämlich wir wollen diese Variante haben, wir wollen diese Variante mit Erhalt des Künstlerhauses haben und dann sozusagen mit dieser Vorlage, mit diesem Auftrag aus dem Rat zum Land und zum Bund zu gehen. Das ist, als ob das gar nicht im Raum steht.

Sie sagen uns also, Sie können eigentlich nur das beschließen in der Verantwortung. Das ist sozusagen mein allgemeiner Eindruck.

Zur Vorlage selbst. Es ist so, dass wir so viele Fragen noch haben, Herr Stäglin, die Sie einfach bis heute nicht wirklich beantwortet haben.

Also die Frage ist, von Herrn Fritz finde ich delikat, auch mit dem rechtlichen Hinweis. Das Verkaufsgeschäfte nochmal sozusagen, also in der Kopplung mit Rückgabe aus einer Aktiengesellschaft in das städtische Vermögen, wo das hier nicht ausgeführt ist in der Vorlage. Und Sie erklären, das ist erschöpfend behandelt. 1,2 Mio. Euro erhalten wir von der Aktiengesellschaft und die Aktiengesellschaft überträgt dann ein Grundstück an wen? Es ist nicht erklärt in der Vorlage.

Also vielleicht können wir das danach noch mal ... also für mich bleibt das sozusagen nicht erklärt.

Die Verhandlungen sozusagen zu der Genehmigung gerade des Abrisses, die ja in ihrem Haus auch stattgefunden haben Herr Stäglin, Böllberger Weg 1, die sind wirklich auf einen Abschluss gekommen und Sie erklären dann, ja wir erhalten ja dieses Denkmal, obwohl die Abrissgenehmigung und sozusagen auch das Tauschgeschäft mit einem anderen, mit der Oleariusstraße schon abgeschlossen wurde. Das sind sozusagen Verfahren, die Sie im Ausschuss nicht mitgeteilt haben und dann wird gesagt, ja wir erhalten ja den Böllberger Weg, Ecke Torstraße ist das Grundstück, und werden da sozusagen die Qualität der Straße weiterhin bewahren.

Ich bin der Meinung, dass wir da wirklich einen großen Fehler tun und unsere Fraktion hat hier sozusagen gemeinsam mit den Grünen den Änderungsantrag eingebracht und ich glaube, jeder Stadtrat, der sage ich mal, wenn die Diskussionen erschöpfend gelaufen sind, sich der Verantwortung bewusst ist hier, kann nur unserem Änderungsantrag zustimmen.

Abschließend. In ihrer Vorlage beschreiben Sie, ich weiß nicht, ob das abgestimmt ist mit Frau Dr. Maquardt, sozusagen ein Nutzerumsiedlungsprozess, der überhaupt nicht mit unserer Beschlussvorlage hier gedeckt ist. Wir haben eine intensive Diskussion zur Finanzierung Stadtmuseum, wir haben eine intensiver Diskussion 20 Jahre, was wir investiert haben in das Künstlerhaus, auch wenn die Konzeption nicht umgesetzt ist. Da hat sich „Arbeit leben“ hier stark gemacht, da haben sich verschiedene Akteure hier in der Stadt stark gemacht, um da wieder einen lebendigen Ort zu machen.

Jetzt sagen wir, wir haben da eine Etage im Stadtmuseum, da wird das da rein geschickt. Wir haben hier einen Beschluss, wir haben eine Investitionsplanung.

Schlussendlich kann ich nur hoffen, wenn sozusagen auch wenn wir vielleicht noch Antworten hören, nur den Erhalt und unseren Vorschlag hier mehrheitlich beschließen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE

Ich möchte nur im Anschluss an Herrn Dr. Fikentscher die Frage an die Verwaltung stellen, ob andere Förderprogramme überprüft worden, ob man dadurch vielleicht dieses Stück

alternativ hätte finanzieren lassen können. Zum Beispiel eben diese einspurige Führung, dass man dadurch über andere Fördertöpfe an das Geld hätte rankommen können und dann das Stück aus dem Stadtbahnprogramm hätte rausnehmen können.

Herr Misch, CDU-Fraktion

Nur eine Frage zur rechtlichen Klarstellung. Es ist richtig, dass Herr Dr. Meerheim im Finanzausschuss erklärt hat, er sei befangen. Nach meinem Kenntnisstand ist es aber so rechtlich nicht zulässig. Ein Verfahrensbeteiligter kann die Besorgnis der Befangenheit äußern, aber dann hat ein Gremium darüber zu bescheiden, ob die Besorgnis zu Recht besteht oder nicht.

Wir hatten das in der Vergangenheit das Thema ja schon mehrfach und auch im Hinblick auf die Zukunft bitte ich um eine rechtliche Bewertung.

Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht

Wenn die Befangenheit oder über die Befangenheit Zweifel bestehen, dann wird entschieden per Beschlussfassung, ansonsten nicht.

Herr Misch, CDU-Fraktion

Darüber ist nicht befunden worden, ob Zweifel bestehen oder nicht.

Herr Schreyer, amtierende Fachbereichsleiter Recht

Es lagen aber hier, nachdem der Sachverhalt dargestellt wurde, keine Zweifel vor.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Räte, ich habe jetzt das Gefühl, wir sind eigentlich überrollt worden von einer mündlichen Äußerung, die von gestern irgendwie kommt, wo wir weder einen Namen wissen, noch die Institution kennen und sollen jetzt eine so weitreichende Entscheidung treffen.

Ich kann das nicht nachvollziehen und ich sehe mich auch überhaupt nicht abstimmungsfähig, jetzt nur auf einer Behauptung aufbauend zu sagen, unser Änderungsantrag wäre nicht machbar.

Ich sehe es genauso wie Herr Dr. Fikentscher, wir entscheiden heute eine wesentliche Sache. Und es ist wirklich die Frage, hinterher zu prüfen oder gerichtlich zu klären, ob das dann hätte auch anders gehen können, bringt uns dann nämlich gar nichts mehr.

Insofern bin ich fast versucht zu sagen, wir müssten das eigentlich nochmal verschieben, um da wirklich auch Belege dafür zu haben, dass diese Herauslösung von diesen 100 oder 200 Metern nicht möglich ist.

Weil ich möchte, im Namen meiner Fraktion und der Antragsteller mit dabei sind, dass dieser Änderungsantrag hier mehrheitsfähig werden kann und nicht auf Grund einer, aus meiner Sicht nebulösen Äußerung, nicht machbar erscheint. Diese Alternativlosigkeit kann ich hier nicht akzeptieren.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ich gehe natürlich auch davon aus, dass die Stadtverwaltung dann an so wesentlichen Punkten dann sicher da auch eine schriftliche Information vorliegen hat zu den Fördermitteln vom Fördermittelgeber, dass ausschließlich diese Variante förderfähig ist und keine Alternativvarianten in Betracht kommen.

Weil, dass muss man ganz ehrlich sagen, das was der Herr Beigeordnete Stäglin, mal war es, dass es nur das förderfähig war, mal war jetzt die Aussage dass das förderfähig ist. Wo ich dann schon ein bisschen Zweifel habe, welche der Varianten ist dann die richtige Aussage.

Deswegen würde ich auch definitiv darum bitten, dass uns dann die Äußerung oder Rückmeldung der Fördermittelgeber, dass ausschließlich die Variante förderfähig ist und

alles andere nicht, schriftlich dann noch zukommen lassen wird, damit wir uns da nicht hinterher darüber streiten und sagen, na ja ich habe ja nur gesagt, dass die Fördervariante förderfähig ist und nicht eine andere.

Und im Übrigen möchte ich dann auch nochmal darauf hinweisen was Herr Feigl auch schon gesagt hat. Es ist natürlich bedenklich, wenn wir immer als Stadt darauf drängen, dass stadtbildprägende Objekte dann nicht abgerissen werden oder auch auf Fragen des Naturschutzes, wenn es um den Erhalt irgendwelcher Bäume geht, aber auf der anderen Seite, das denkbar schlechteste Vorbild in beiden Varianten sind. Also wie schnell ist die Stadt dabei, mit einer Kettensäge einen Baum umzulegen und wie schnell ist die Stadt dabei, wenn es die eigenen Interessen betrifft, ein Denkmal platt zu machen.

Und ich denke, da sollte man dieses Handeln in der Stadtverwaltung dann tatsächlich nochmal hinterfragen, ob das denn wirklich angebracht ist, wenn man von seinen Einwohnern und Bürgern was anderes oder andere Maßstäbe da ansetzt, als man an das eigene Verhalten anlegt. Weil, da sehe ich mittlerweile eine erhebliche Diskrepanz.

Herr Sieber, fraktionslos

Ja, Herr Oberbürgermeister, ich möchte eigentlich gerade an das letztgenannte von Herrn Häder anschließen.

Es ist eigentlich ein unglaublicher Vorgang. Man hat das Gefühl, dass die Verwaltung mit allen Mitteln kämpft, das Denkmal wegzunehmen. Das ist wirklich, man hat nicht das Gefühl, dass sie darum kämpft, das zu erhalten und irgendwie eine Variante zu finden, sondern dass es eigentlich das wegnehmen will, um vielleicht die ... *unverständlich* ... mit dem Denkmal an sich nicht mehr zu haben, die vielleicht irgendwann auf die Stadt mal zukäme. Und natürlich auch noch die Förderung für den Straßenbahnbau zu bekommen.

Und meine ganz konkrete Frage an die Verwaltung überhaupt und an Herrn Stäglin vielleicht, wie wäre denn ihre Planung, wenn das ein Gebäude wäre, was nicht im Besitz der Stadt wäre. Was privat wäre, der private Besitzer würde das nicht abreißen wollen. Wie wäre dann die Planung der Stadt? Würden wir dann den ganzen Böllberger Weg nicht sanieren können? Oder was wäre dann? Das wäre meine Frage.

Frau Dr. Wünsch, CDU-Fraktion

Das Haus, um das es hier geht, ist ein Denkmal, unbestritten. Aber bevor wir hier den Glorienschein ... muss man auch mal sagen, dass seit Jahren, eigentlich seit Jahrzehnten um die Finanzierung und die Nutzung dieses Hauses gekämpft wird, gerungen wird.

Von den Projektfördermitteln in der Kultur, die in den letzten Jahren auch ins Haus 188 geflossen sind, ausschließlich für die Betriebskosten und die Unterhaltung dieses Gebäudes, zusätzlich, um das überhaupt irgendwie halbwegs sinnvoll zu gestalten. Obwohl es satzungswidrig ist, hat eigentlich eine Doppelförderung stattgefunden, weil nämlich die Vereine, die dort ihre Büros oder andere Dinge haben, auch nochmal eine Förderung bekommen haben, über die Betriebskosten, die sie dann weiter durchgereicht haben an den jetzigen Betreiber HWG.

Ich finde, wir können uns ja hier über vieles unterhalten, ringen manchmal um 500 Euro für irgendwas und das ist nicht möglich.

Ich denke, wenn es eine Möglichkeit gibt, dieses Haus zu erhalten, sollte man das tun. Aber wir müssen gleichzeitig darüber nachdenken, wie wir dieses Haus nutzen können, wie wir es erst mal so ertüchtigen können, dass es auch überhaupt praktikabel wird, dieses Haus halbwegs rentabel zu betreiben.

Wir kennen alle die Diskussionen aus dem Kulturausschuss, die Analysen Nutzflächen zu Nebenflächen. Und da, dieses Verhältnis ist so ungünstig, wie nur irgendwas. Wie das halt

war in der Zeit, als diese Häuser gebaut wurden. Das kann man alles schön finden und das kann man alles toll finden. Und ich mag diese Häuser auch.

Aber wenn ich mich jetzt entscheiden muss, ob von diesen 180.000 Euro für die kulturelle Projektförderung 130.000 Euro in das 188 gehen, um da die Betriebskosten zu stemmen, weil die Heizung alt ist, weil die Fenster alt sind. Und wie gesagt, das Verhältnis von Nutzflächen zu Nebenflächen äußerst ungünstig ist.

Da muss ich mir schon die Frage stellen, ob man für das nicht auch eine andere Lösung finden kann, meinerwegen dieses Haus einer anderen Nutzung zuführen, wenn es denn jemand gibt, der dieses Haus nutzen möchte.

Aber wir können doch hier in dieser Stadt nicht Denkmale vorhalten, für die es überhaupt Null Nutzungsmöglichkeiten gibt, nach den Möglichkeiten, die wir uns alle auferlegt haben. Und nach den Kriterien, die wir auch an andere Stelle anlegen.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Ich möchte nochmal anknüpfen an das, was Frau Dr. Brock gesagt hat, die Frage von Herrn Dr. Fikentscher verstärken.

Die Aussage, Herr Stäglin, die Sie jetzt getätigt haben, ist für uns nicht eindeutig klar. Wir möchten wissen, ist das die einzige Variante, die finanziert wird oder die finanziert werden kann oder gibt es noch irgendwelche anderen Möglichkeiten? Ist, wenn diese Variante nicht kommt, der Bauabschnitt gefährdet, durchgeführt zu werden? Das wollen wir wissen.

Es ist hochumstritten, auch in unserer Fraktion, wir haben es uns auch nicht leicht gemacht. Und wenn da keine klare Antwort kommt, obwohl es schon hoch und runter diskutiert wird, dann ist die Frage, ob wir nicht das Thema nochmal, ob der Wichtigkeit, nochmal um einen Monat schieben, also vertagen. Das wäre eine Möglichkeit.

Weil, wenn es einmal weg ist, ist es weg. Dann brauchen wir nicht mehr darüber diskutieren. Die Fragen muss man vorher stellen.

Und deswegen, entweder eine klare Antwort. Und wenn Sie aber sagen, es gibt da bestimmte Dinge, die noch zu prüfen wären, ich will das mal diplomatisch ausdrücken, dann sollten wir lieber um einen Monat vertagen und gucken, dass wir eine wirkliche Klarheit haben. Hinterher brauchen wir nichts mehr reden, wenn es vollzogen ist.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Ich habe explizit in der Abstimmung mit dem Fördermittelgeber auf der Seite Land heute nochmal die Frage gestellt bezüglich des Rauslösens eines Abschnittes. Klares nein, geht nicht. Auf Basis, das hat der Bund dem Land mitgeteilt. Und der Bund gibt ja dem Land, wie gesagt die Gelder, dass hier, wenn die Gesamtmaßnahme Böllberger Weg/nördlicher Abschnitt nur die Vorzugsvariante gefördert wird.

Ich versuche im Moment parallel zu gucken, ob wir das irgendwie noch schriftlich kriegen. Ich habe das nicht schriftlich. Ich kann es ihnen nur, der Kollege ist auch da, unter Zeugen sozusagen, heute erklärt, weil genau die Frage erreichte mich in Vorbereitung des Stadtrates und die habe ich, um es hier transportieren zu können, gestellt. Und das ist das Ergebnis.

Es taucht also nicht irgendwo einfach nur auf, sondern es ist genau das, was aus den Diskussionen ich mitgenommen habe.

Das zum Thema Finanzierung. Ich hoffe, das ist jetzt klar gewesen.

... *unverständlich* ... die Fördermittelgeber Bund, Bundesverkehrsministerium ans Land, ans dortige Verkehrsministerium. Das ist die klare Aussage, die dort vom Bundesministerium ans Landesministerium transportiert wurde.

Das ist der Stand. Der Bund sagt, er fördert hier nur die Gesamtmaßnahme, also sprich diesen Abschnitt. Und daran hängen halt mehr als die, also daran hängen circa 12 Mio. Euro.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Eine ganz direkte Nachfrage dazu. Bedeutet das im Klartext, dass der Bund aus der Förderung sich verabschiedet für diese Vorzugsvariante, wenn die Stadt zum Beispiel sagen würde oder wir sagen würden, wir lösen diese 200 Meter da raus und finanzieren das anders und würden uns bemühen, das anders zu finanzieren. Würde dann, auch wenn sozusagen die Finanzierung für die 200 Meter anders gesichert würde, der Bund aus dieser Variante komplett aussteigen?

Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Ja, für die Einzelmaßnahme Böllberger Weg im Stadtbahnprogramm würde das so die Konsequenz sein.

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte, die Interpretationsakrobatik von Herrn Stäglich ist ja beachtlich, aber über diese Brücke sollten wir nicht gehen.

Es wird im Text der Vorlage schriftlich nachgewiesen, was auch in der Bürgerfragestunde nachgefragt wurde, dass man die Teilung der Torstraße so gemacht hat, dass die Haltestelle mit in den Böllberger Weg geht, dass man das daraus mit finanziert und plötzlich geht eine Teilung in anderer Richtung nicht mehr. Das ist einfach nicht zu akzeptieren und nicht einzusehen.

Also wenn schon vom Bund, vom Land und wem auch immer, dann bitte möchte das schriftlich dem Stadtrat vorgelegt werden.

Und eine andere Frage, gibt es denn eine andere Lösung? Na selbstverständlich, meine Damen und Herren, gibt es diese Lösung. Wir haben ja lange mit der Verwaltung über dieses Thema debattiert. Die Vorlage, die wir erhalten haben im August mit der Variante B 1 macht den Vorschlag, die Mischverkehrsfläche an der Schule vorbeizuführen und die Aufspreizung anschließend erst durchzuführen.

Das muss doch wohl mit dem Land und mit dem Bund verständlich debattierbar sein, dass eine Bundesregierung, die in die Schule über 250.000 Euro gesteckt hat an Fördermitteln, dass sie jetzt nicht einfach sagen kann, o.k. ich fördere, wenn die Schule abgerissen wird. Das begreift doch kein Mensch mehr.

Also in dem Sinne, die Lösung gibt es und wenn alle Stränge reißen, da bin ich als Hallenser der Meinung, dann sollte dieses Stückchen, diese 100 Meter müssen wir dann selber finanzieren. Ich kann doch dieses ganze Objekt nicht einfach abreißen.

Zur Nutzung, Frau Dr. Wünsch, da muss man sich Gedanken machen. Das ist richtig. Da gibt es Vorschläge, über die sollten wir jetzt vielleicht im Einzelnen nicht weiter sprechen. Meine drei Minuten sind wahrscheinlich sowieso schon um.

Aber ich bitte darum zu bedenken, es gibt eine technische Lösung. Und die Forderung des Bundes müssen wir abfragen, wir müssen eine andere Gliederung kriegen, die uns ermöglicht, das erste Stückchen, genau wie in der Torstraße, wie in der Beesener Straße als Mischverkehr zu bauen. Das funktioniert. Dankeschön.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Ein Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters. Bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe mich mit Herrn Stäglin eben nochmal kurzgeschlossen. Wie sie eben dargestellt haben, das ist uns allesamt zu heiß. Ich erwarte eine schriftliche Darstellung, ob es tatsächlich die einzige Möglichkeit ist.

Wir haben in der Vergangenheit, ich sage HES und ähnliches, mit mündlichen Dingen schlechte Erfahrungen gemacht.

Ich beantrage Vertagung um einen Monat, um dann die Schriftlichkeit nachzureichen, dass wir dann dort die Diskussion mit der schriftlichen Grundlage fortsetzen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Möchte dagegen jemand sprechen, gegen diesen Geschäftsordnungsantrag. Nur gegen den Geschäftsordnungsantrag.

Herr Sänger, CDU-Fraktion

Wir haben uns zu diesem Thema im Planungsausschuss so häufig und so intensiv befasst, wir ändern auch die Fördermittelbedingungen nicht. Die können nur in Europa verändert werden oder in der Bundesrepublik Deutschland, aber nicht in Halle.

Und deshalb bin ich der Meinung, wir sollten heute hier abstimmen. Es gibt bereits jetzt schon ein demokratisches Verfahren, der Planungsausschuss ... *unverständlich* ...

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Wir stimmen jetzt über den Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeistes ab, auf Vertagung.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Herr Sänger, ich nehme die Bedenken schon ernst, die Sie vortragen. Weil in der Tat das schon eine Geschichte hat. Aber es entsteht kein Schaden, wirklich, das jetzt um einen Monat zu schieben, um nochmal die Sache so zu würdigen, wie es nötig ist.

Und ich möchte die Verwaltung bitten, in diesem Zuge, dass man sich sozusagen schriftlich das nochmal geben lässt. Auch nochmal eine Intervention zu versuchen. Ich kann mir schlechterdings nicht vorstellen, dass der Bund sich auf die Argumentationsgrundlage stellt, wir müssen das da wegreißen, sonst geht gar nichts. Es könnte ja sein, dass sie sagen, o.k. weil, eine gewisse Einlassung ist möglich, auch wenn man die Vorzugsvariante trotzdem umsetzt, mit einer kleinen Veränderung. Also die müssen auch sozusagen die Diskussion ernst nehmen, wie wichtig uns das Gebäude ist.

Und von daher möchte ich bitten, dass im Zuge dieser, wenn wir es vertagen sollten, im Zuge dieser Prüfung bzw. Würdigung auch so eine Intervention in Richtung Bund nochmal versucht wird. Oder Land, wer eben zuständig ist.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Feigl nochmal zum Geschäftsordnungsantrag.

... *Zwischenrufe* ...

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Noch vielleicht eine Anmerkung dazu. Wenn jetzt wirklich mit dem Bund darüber verhandelt wird, dann halte ich es für geboten, dass auch die Alternativvorschläge mit dem Bund nochmal diskutiert werden. Also ich appelliere hier nochmal an die Stadtverwaltung, auch die anderen Vorschläge, die anderen hier im Rat diskutierten Vorschläge, mit zu unterbreiten.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Lange, ganz ruhig und auch Herr Krause, es kann jede Fraktion dazu sprechen. Und es ist ja nun schon das Für vom Oberbürgermeister im Antrag und das zweite Mal hat die SPD gesprochen, jetzt spricht nochmal Herr Feigl.

Sie fangen nochmal an und wir stimmen gleich über den Geschäftsordnungsantrag ab. Aber es geht bitte nur um das Für oder Wider zum Geschäftsordnungsantrag.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ich bin auch für diesen Geschäftsordnungsantrag, befürworte den und möchte als Anregung nochmal in die Stadtverwaltung hineingeben, es gab Alternativvorschläge zu dieser Vorzugsvariante der Stadtverwaltung, diese auch gleichwertig mit dem Bund und dem Land zu diskutieren. Danke

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Es können jetzt auch noch die anderen. Aber ich werde es nicht in die Länge ziehen. Wir stimmen jetzt über den Geschäftsordnungsantrag ab.

Wer ist für den Antrag, es zu vertagen um einen Monat den Tagesordnungspunkt 6.7 einschließlich Änderungsantrag, den bitte ich um sein Handzeichen. Das ist die klare Mehrheit. Damit ist er vertagt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE

Ich bitte, zu diesem Tagesordnungspunkt um ein Wortprotokoll und dass die Verwaltung sich das Protokoll nochmal anguckt und alle gestellten Fragen auch nochmal im Zuge dieser Neubehandlung dann auch schriftlich beantwortet werden. Da waren auch Fragen von mir dabei. Ich bitte darum, dass das berücksichtigt wird.

Ende des Wortprotokolls

zu 6.7.1 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA – Gestaltungsbeschluss - V/2012/11289 Vorlage: V/2013/12092

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

- 1. Die Vorzugsvariante der Vorplanung zum Ausbau des nördlichen Abschnittes des Böllberger Weges (2. Bauabschnitt) **im Bereich Geseniusstraße bis Hafenbahntrasse (Bereiche B südlicher Teil bis E)** wird unter dem Vorbehalt der Fördermittelbewilligungen als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.*
- 2. Für den Bereich Knoten Böllberger Weg/Torstraße bis Geseniusstraße (Bereiche A und B nördlicher Teil) ist eine Vorzugsvariante der Vorplanung zum Ausbau zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen, die auf jeglichen Abriss denkmalgeschützter Gebäude auf der West- oder Ostseite verzichtet. Als städtebauliche Lösung für den Beginn des Bauabschnitts von der Einmündung der Torstraße bis zum Ende des Geländes Böllberger Weg Nr. 188 (Westseite)*

**zu 6.9.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum
Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung (V/2013/11896)
Vorlage: V/2013/12110**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass in der Bürgersprechstunde deutlich wurde, dass das Thema die Stadtgesellschaft interessiert und sie warb darum, dem vorliegenden Bebauungsplan nicht zuzustimmen.

Zusammenfassend stellte sie fest, dass es im Umland schon mehrere Golfplätze gäbe, welche nicht wirtschaftlich funktionieren und auch das geplante Clubhaus mit Gastronomie sei an eine gewisse Kaufkraft gebunden, welche in den Monaten, wo nicht draußen Golf gespielt werden könne, ebenfalls notwendig sei.

Gleiches gelte für die geplanten Nebenanlagen, wie 1.000 Parkplätze und ein Hotel mit 100 Betten, was in der Dimension nichts mit der Ordnung eines Raumes in der Stadt zu tun habe.

Frau Dr. Brock führte weiter dazu aus, dass vielleicht nicht die Verantwortung von jedem einzelnen Stadtrat getragen werden will und deshalb komme nachher noch der Antrag ihrer Fraktion für einen Bürgerentscheid und sie plädiere für eine Ablehnung des Vorhabens.

Herr Kley, FDP-Fraktion, begrüßte das Bauvorhaben, da das Tagebaurestloch in einen Zustand versetzt werden soll, der es erlaubt, auch mit Familien dort beruhigt baden zu gehen und nicht Angst vor Hangrutschungen und ähnlichen haben zu müssen. Auch könne dann die Deponie, die eine zweistellige Summe für ihre Sanierung verschlungen hat, genutzt werden.

Herr Kley wies weiter darauf hin, dass mit der Offenlegung des Bebauungsplanes der weitere Prozess eröffnet und auch der Dialog mit den Bürgern fortgeführt werden soll.

Desweiteren habe seine Fraktion noch einen Änderungsantrag dazu gestellt, weil der Bebauungsplan aus ihrer Sicht Festlegungen enthält, die nicht dem Bodenordnungsrecht zugänglich sind und damit auch nicht der Beschlussfassung des Stadtrates.

Die gesamten Maßnahmen des Artenschutzes resultieren aus dem Naturschutzgesetz des Landes, sind Landesangelegenheit und die Stadt ist eindeutige Behörde im übertragenen Wirkungsbereich. Dies könne nicht dem Beschluss des Stadtrates zugänglich gemacht werden.

Im Bebauungsplan können zwar Areale für Ausgleichsmaßnahmen ausgewiesen und bestimmte Bereiche aus der Nutzung herausgenommen werden, aber es könne nicht festgelegt werden, welche Tierart wie zu behandeln ist oder über welchen Zeitraum hier etwas vorgeht, weil die konkrete Baumaßnahme vollständig fehlt.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE, begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion damit, da durch die öffentliche Auslegung des Entwurfs des B-Planes eine weitere Stufe der Gestaltung des Hufeisensees zu einem Freizeit- und Erholungszentrum erklommen werden soll und Bau- und umweltrechtliche Rahmenbedingen immer fester gezurrt und parallel dazu die Planung seitens der interessierten Investoren weiter voran getrieben werden.

Mit der jetzt geplanten Bebauung ändere sich auch der Gesamtcharakter der ursprünglich für die haleschen Bürger gedachten Anlage erheblich. Und die Vorstellung, dass der Standort auch zukünftig von allen Familien, unabhängig vom sozialen Status und Einkommens-

verhältnissen, genutzt werden kann, wird nicht möglich sein.

Und weiter führte **Herr Dr. Köck** aus, dass dem Entwurfsplan des Golfplatzes zu entnehmen sei, dass die Deponiefläche nur für die Erweiterung des Golfplatzes auf 27 Löcher benötigt werde. Seine Fraktion halte den vorhandenen Platz für eine 18-Loch-Anlage als völlig ausreichend und der Änderungsantrag seiner Fraktion ziele darauf ab, sich mit 18 Löchern zufrieden zu geben.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass auch bei einem Beschluss des Bebauungsplanes und der Errichtung des Golfplatzes noch nicht die Befestigung der restlichen Uferbereiche geschaffen wäre. Denn die Finanzierung der gesamten Nebenanlagen, was die Badestellen, den Rundweg, den Campingplatz und den Parkplatz anbelangt, sind Maßnahmen, die im städtischen Haushalt eingestellt und dann auch finanziert werden müssen, um insgesamt das Ziel des B-Planes wirklich umzusetzen.

Von daher bat er zu überlegen, ob diese Maßnahme wirklich dringend notwendig wäre für die Stadt.

Auch **Herr Sieber** sprach sich für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes am Hufeisensee aus.

Er begründete dies damit, dass das Projekt von einer 18-Loch-Anlage auf eine 27-Loch-Anlage vergrößert wurde, laut Bebauungsplan keine direkte Begehung des Areals mehr möglich sei und das Hotel laut einem Wirtschaftsgutachten nur mit einer 5 – 7,5 %igen Auslastung rechnen könne.

Damit sei die gesamte Anlage völlig über den Bedarf geplant.

Als einzig sinnvoll erachte er den Campingplatz und ein paar Wege für sicheres Begehen.

Abschließend stellte Herr Sieber fest, dass es sich bei dem Gelände um Pachtland handelt und er fragte nach, ob dieses verkauft oder verpachtet werde.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte zum gleichen Thema fest, dass sich so ein Projekt mit einer 27-Loch-Anlage für einen Golfplatz und das geplante Hotel nicht wirtschaftlich darstellen lassen. Auch werde von den Bürgern gewünscht, den naturnahen Bereich in seiner natürlichen Form zu belassen und zu erhalten.

Zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Artenschutz führte **Herr Wehrich** aus, dass laut Baugesetzbuch geregelt sei, dass die Eingriffsregelung auf der Ebene des Bebauungsplanverfahrens abzuhandeln ist und laut Europarecht vorgeschrieben sei, die notwendigen Maßnahmen für den Artenschutz zu berücksichtigen und die Maßnahmen vor der Durchführung des Vorhabens durchzuführen sind.

Sollte dem Änderungsantrag so zugestimmt werden, würde man Europarecht brechen, denn in der baurechtlichen Abwägung ist alles das zu berücksichtigen, was notwendig ist, um eine Problemlösung herbeizuführen. Dazu gehöre auch der Naturschutz und alle seine Belange sind dort zu berücksichtigen, ansonsten wäre die Entscheidung rechtswidrig.

Abschließend wies **Herr Wehrich** darauf hin, dass er bei einer Zustimmung des Änderungsantrages der FDP-Fraktion im Landtag sich darüber informieren werde, ob der Bebauungsplan damit genehmigungsfähig sei. Seine Fraktion werde den Änderungsantrag ablehnen.

Herr Sprung, Fraktion CDU-Fraktion, fragte an, ob bei einer Veränderung des B-Planes mit einer Verzögerung in der Auslegung der Bearbeitung zu rechnen sei und wenn ja in

welcher Höhe.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass eine fachliche Prüfung erfolgt sei und ein Teil der Festsetzungen, was artenschutzrechtliche Regelungen betrifft, nicht einen originären Bodenbezug haben. Damit könnte man Teile aus dem B-Plan herausnehmen.

Es bestehe aber die Schwierigkeit darin, wenn der Text an gewissen Punkten geändert werden müsse, dass die Vorlage noch einmal in den Stadtrat einzubringen sei. Sollte der Stadtrat den Auftrag geben, dass an bestimmten Stellen geändert werden soll und die Verwaltung den geänderten Text so auslege, gäbe es keinen Zeitverzug.

Zur Frage des Artenschutzes teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass dieses Thema in der Abwägung noch einmal berücksichtigt werden müsse, um den B-Plan nicht auf ein unsicheres Fundament zu stellen.

Im Namen seiner Fraktion merkte **Herr Dr. Meerheim Fraktion DIE LINKE**, an, dass die Antworten der Verwaltung auf die von ihnen schon im Vorfeld gestellten Fragen nicht ausreichend beantwortete worden sind und seine Fraktion gegen den Bau eines Golfplatzes und die Nachnutzung der Deponie im Rahmen der Golfplatznutzung sind.

Er begründete dies damit, dass sie in der Vorlage zum Bebauungsplan eine riskante und unzweckmäßige Umnutzung der ehemaligen Mülldeponie, eine völlig unnötige Entwicklung des Geländes in diesem Zusammenhang und nach ihrer Meinung eine Verschwendung wertvoller Ackerflächen sehen sowie einen fragwürdigen Umgang mit den Belangen des Naturschutzes.

Der Hauptkritikpunkt seiner Fraktion sei jedoch die jetzt geplante Umnutzung der Deponie, was bei der durchgeführten Sanierung der Deponie nicht geplant war und jetzt große Zweifel und Befürchtungen bestehen, dass an dieser Stelle für Natur, Mensch und Umwelt und für den See größerer Schaden entstehen kann.

Im Zuge der Golfsportanlage werde befürchtet, dass durch die Aufbringung von neuen Erdmassen und durch die Bearbeitung mit schweren Maschinen und Geräten eine Schädigung der Abdeckung erfolgt. Auch sei man der Meinung, dass die Abdeckung der Deponie für diese Sache nicht ausgelegt ist.

Abschließend erklärte **Herr Dr. Meerheim** sein Unverständnis darüber, dass die Ergebnisse der Gefährdungsabschätzung erst zum Satzungsbeschluss vorgelegt werden sollen und bat darum, der Vorlage nicht zuzustimmen.

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag der FDP-Fraktion fragte **Herr Wehrich** an, wie die Verwaltung damit umgehe, falls ein Beschluss dazu gefasst wird.

Dazu erklärte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass bauzeitliche Regelungen, also Punkt 6.5.1 und 6.5.2 – Höhlen und Gebäudebrüter - und die Überarbeitung der Punkte 6.5.4, 6.5.5. und 6.5.7 erforderlich sein werden.

Herr Felke, SPD-Fraktion, wies noch einmal darauf hin, dass es in der heutigen Stadtratssitzung um den Beschluss zur öffentlichen Auslegung gehe und es im Ausschuss schon mehrfach die Möglichkeit gegeben habe, sich auch in Anwesenheit des Investors mit der Thematik weiter auseinanderzusetzen.

In Bezug auf die Nutzung des Gebietes fragte **Herr Felke** an, zu wessen Lasten mögliche Beeinträchtigungen gehen werden, wenn bei der notwendigen Ummodellierung des

zu 6.11 Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11902

Herr Kley, FDP-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass im Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes unter Punkt 9 eine erneute Prüfung des Bereiches Ammendorf aufgeführt sei. Da es einen eindeutigen Beschluss zu diesem Thema im Stadtrat gab, könne man diesen Beschlusspunkt nicht nachvollziehen und auch nicht zustimmen und **Herr Kley** bat um eine separate Abstimmung des Punktes 9.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, lobte ausdrücklich die Verfahrensweise der Stadtverwaltung bei der Aufstellung des Konzeptes und die Diskussion dazu. Den Ausführungen von Herrn Kley zur separaten Abstimmung des Punktes 9 stimmte er aus den genannten Gründen zu.

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkte 1 bis 8, 10

B.-Punkt 9

mehrheitlich zugestimmt

mehrheitlich zugestimmt

28 Ja-Stimmen

16 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Beschluss:

1. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept (Anlage 1 der Vorlage) wird als städtebauliches Konzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen, dessen Ergebnisse einen verbindlichen Orientierungsrahmen bilden und in der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind.
2. Als ein auf die Erhaltung und Entwicklung der zentralen Versorgungsbereiche der Stadt bezogenes Konzept werden die im Einzelhandels- und Zentrenkonzept formulierten Leitziele, die allgemeinen Ziele für die Gesamtstadt sowie die Entwicklungsziele für das Hauptzentrum, die Nebenzentren und Nahversorgungszentren, für die Nahversorgung und die Fachmarkt- bzw. Sonderstandorte (Einzelhandels- und Zentrenkonzept, Kapitel 8.1, Anlage 1 der Vorlage) verfolgt.
3. Die im Einzelhandels- und Zentrenkonzept ausgewiesenen Zentren werden als Hauptzentrum, Neben- und Nahversorgungszentren und in Hinblick auf ihre konkrete Lage und räumliche Abgrenzung als zu schützende zentrale Versorgungsbereiche festgelegt (Zentrale Versorgungsbereiche, Anlage 2, Blätter 1-10, der Vorlage; siehe auch Einzelhandels- und Zentrenkonzept, Kapitel 8.3).
4. Die konkret für das Stadtgebiet gutachterlich ermittelten zentrenrelevanten sowie nicht zentrenrelevanten Sortimente des Einzelhandels werden beschlossen („Hallesche Sortimentsliste“, Anlage 3 der Vorlage; siehe auch Einzelhandels- und Zentrenkonzept, Kapitel 8.6).

5. Außerhalb der im Einzelhandels- und Zentrenkonzept ausgewiesenen zentralen Versorgungsbereiche werden Einzelhandelsbetriebe auch mit zentrenrelevanten Hauptsortimenten ausnahmsweise zugelassen, sofern von ihnen keine Negativauswirkungen auf die Versorgungsstruktur und die zentralen Versorgungsbereiche zu erwarten sind. Das trifft regelmäßig auf die das Ortsbild von Halle prägenden Läden bis zu einer Größe der Verkaufsfläche von 200 m² zu („Hallescher Laden“).
6. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Einzelhandels- und Zentrenkonzept umzusetzen. Insbesondere sind
 - die Steuerungsinstrumente der Bauleitplanung unter Berücksichtigung der im Kapitel 8.7 formulierten Grundsätze anzuwenden,
 - die räumlichen Aussagen des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes in die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes einzubringen und bei einer Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes zu berücksichtigen,
 - die Einbindung geeigneter öffentlicher Einrichtungen in die Zentren bei Standortentscheidungen zu berücksichtigen,
 - die Zentrenentwicklung zu unterstützen,
 - die Zusammenarbeit mit der IHK Halle-Dessau sowie der Citygemeinschaft und den anderen Zusammenschlüssen von Einzelhändlern in der Stadt Halle fortzusetzen.
7. Die Stadtverwaltung wird weiterhin beauftragt, ein Monitoring zur Entwicklung der Zentren und des Einzelhandels im 2-jährigen Rhythmus durchzuführen und die Erhebung des gesamten Einzelhandelsbestandes in der Stadt Halle (Saale) in regelmäßigen Abständen (mindestens in einem 5-jährigen Rhythmus) fortzuführen. Über die Ergebnisse ist dem Planungsausschuss und dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zu berichten.
8. Dieser Beschluss und das aktuell vorliegende Konzept ersetzen das bisherige Konzept aus dem Jahr 2004 und den dazu gehörenden Beschluss Nr. III/2003/03641 vom 26.05.2004.
9. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zur Verbesserung der Nahversorgungssituation im südöstlichen Stadtbereich (Ammendorf, Radewell, Osendorf, Siedlung Rosengarten) Standorte zu prüfen, um dort ein Nahversorgungszentrum zu entwickeln, und das Prüfergebnis dem Stadtrat vorzulegen.
10. Der Planungsausschuss und der Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung werden regelmäßig in den Sitzungen über die Ansiedlungsanträge zu Einzelhandelsprojekten, die auf der Grundlage des beschlossenen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes ablehnend beschieden werden müssen, informiert.

**zu 6.12 Bebauungsplan Nr. 154 "Einkaufszentrum Vogelweide" -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2013/11926**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB, den Bebauungsplan Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“ aufzustellen.
2. Der räumliche Geltungsbereich umfasst die in der Anlage zu diesem Beschluss dargestellten Flächen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 6.13 Vergabe der 2 Straßennamen Wegastrasse und Siriusstrasse
Vorlage: V/2013/11966**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des benachbarten Gemeinderates von Landsberg bestätigt der Stadtrat den Straßennamen **Wegastrasse** für den städtischen Anteil der von der Polarisstraße abgehenden und in nördliche Richtung verlaufenden Erschließungsstraße.

Für die vollständig auf dem Stadtgebiet von Halle befindliche Erschließungsstraße, die abgehend von der Polarisstraße in südwestliche Richtung verläuft, bestätigt der Stadtrat den Namen **Siriusstraße**.

**zu 6.14 Vergabe des Straßennamens Gut Passendorf
Vorlage: V/2013/11967**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Straßennamen **Gut Passendorf** für die neue Erschließungsstraße im Gebiet des B-Planes Nr. 36 Passendorf/Ost, 1. Änderung.

zu 6.15 Anbringung einer Gedenktafel anlässlich 200 Jahre Befreiungskriege am nördlichen Hausmannsturm der Marktkirche
Vorlage: V/2013/12037

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE, merkte dazu an, dass seine Fraktion einer solchen Gedenktafel zwar zustimmen könne, jedoch nicht dem vorgeschlagenen Text „Zum Gedenken an die Kanonade vom 28. April 1813“.

Seine Fraktion mache den Vorschlag, als Inschrift für die Gedenktafel „Zum Gedenken an die Opfer der Kanonade vom 28. April 1813“ zu formulieren.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bemerkte, dass in der Vorlage der Verwaltung darauf hingewiesen werde, dass die Brüderschaft schon Absprachen mit dem Pfarrer der Marktkirche getroffen und dieser auch zugestimmt habe.

Desweiteren teilte er mit, dass er die von Herrn Dr. Bartsch genannten inhaltlichen Bedenken teile, da der Text nichtssagend sei und nicht auf ein Gedenken abziele. Und da die Tafel im öffentlichen Raum angebracht werden soll, dürfe es keine Rolle spielen, ob die Salzwirkerbrüderschaft dies finanziert und initiiert,

Herr Feigl äußerte sich weiterhin dahingehend, dass in der Vorlage auf die Aktion „Bildung im Vorübergehen“ hingewiesen werde. Dies sei eine Aktion der Bürgerstiftung, welche Straßennamen mit Beischildern versieht und die Geschichte sowie die abgebildeten Personen auf den Straßenschildern erklärt. Er schlug vor, sich mit der Bürgerstiftung in Verbindung zu setzen, um gemeinsam den Text zu überarbeiten.

Bezugnehmend auf die Aussagen von Herrn Feigl zu den Gesprächen der Salzwirkerbrüderschaft mit dem Pfarrer der Marktkirche teilte **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, mit, dass nur über die Anbringung der Tafel gesprochen wurde und der vorliegende Text im Kulturausschuss in Abstimmung mit dem Stadtarchiv erfolgte.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, konnte die Bedenken, an die Kanonade zu erinnern, nicht teilen und er verwies auf das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, wo auch nicht extra auf das Denkmal für die Opfer der Völkerschlacht hingewiesen werde.

Es seien Begebenheiten, die als Geschichtsereignisse mit all den Nebenwirkungen und ihren Folgen in Erinnerung gehalten werden sollen.

Im vorliegenden Fall gehe es auch nicht darum, die Kanoniere heilig zu sprechen, sondern es habe eine Ereignis stattgefunden und daran soll erinnert werden

In Bezug auf eine Änderung des Textes für die Tafel wies **Frau Ewert, SPD-Fraktion** darauf hin, dass der vorliegende Text von einer Gruppe gewünscht und die Tafel auch von denen bezahlt werde. Aus diesem Grund müsse erst Rücksprache mit der Salzwirkerbrüderschaft gehalten werden, um eine andere, gemeinsam abgestimmte Formulierung zu finden.

In diesem Zusammenhang verwies **Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, auf die ausführliche Diskussion im Kulturausschuss zu diesem Thema.

Es habe sich herausgestellt, dass in der ursprünglichen Variante der Befreiungskrieg mit benannt war, was aber vom Kulturamt nicht akzeptiert und in Abstimmung mit dem Stadtarchiv geändert wurde.

Insofern habe der Kulturausschuss zugestimmt, mit der Offenheit, dass im Übereinkommen

mit der Verwaltung an dem Text vielleicht noch etwas Klärendes eingeführt werden könne.

Da die Tafel zeitnah angebracht werden sollte, bat **Frau Dr. Bergner** um Zustimmung der Vorlage.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, merkte in Bezug auf den vorgeschlagenen Text der Tafel an, dass eine Erklärung des Ereignisses notwendig sei und dies auch im Sinne der Anbringer der Tafel sein müsste.

Auf die Nachfrage von **Herrn Bönisch, CDU-Fraktion**, nach dem ursprünglichen Wunsch der Salzwirkerbrüderschaft zum Inhalt der Tafel, welcher durch die Verwaltung abgelehnt worden ist, teilte **Frau Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Sport, mit**, das im ursprünglichen Text das Wort – Befreiungskrieg – in Anführungszeichen gesetzt war und es daraufhin verschiedene Vorschläge gab und der letzte abgestimmte Vorschlag jetzt vorliege.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, war der Meinung, dass man über die Formulierung auf der Gedenktafel noch einmal nachdenken müsse und er verwies darauf, dass die Verwaltung als Einbringer der Vorlage gemeinsam mit dem Stadtrat, in der Lage sein müsste, einen entsprechenden Text zu formulieren und eine Entscheidung dazu zu treffen. Sollte dies in der heutigen Sitzung nicht möglich sein, wäre die Vorlage noch einmal in den Ausschuss zu verweisen, um dort darüber zu diskutieren und eine Entscheidung vorzubereiten.

Auch **Herr Krause, SPD-Fraktion**, bat um eine Zurückziehung der Vorlage und nochmalige Diskussion im Kulturausschuss, um einen mehrheitsfähigen Text für die Gedenktafel vorzubereiten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte dem zu und stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Vorlage.

Herr Misch, CDU-Fraktion, regte an, die Kompetenz über den Text ausschließlich dem Kulturausschuss zu übertragen.

Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, erinnerte an die langwierigen Diskussionen im Kulturausschuss um diese Gedenktafel und daran, dass die Verwaltung und das Kulturamt monatelang mit der Salzwirkerbrüderschaft um den Text gerungen haben. Durch Herrn Michelson, Vorsteher der Salzwirkerbrüderschaft, wurde im Kulturausschuss auch mitgeteilt, dass er letztendlich darüber entscheide, was mit der Initiative der Salzwirkerbrüderschaft werde. Aus diesem Grund halte er die nochmalige Verweisung für nicht zielführend und der Stadtrat solle sich zu der Entscheidung, die der Kulturausschuss mehrheitlich getroffen hat, bekennen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Bartl** bat um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Anbringung einer Gedenktafel am nördlichen Hausmannsturm der Marktkirche mit folgender Inschrift:

*„Zum Gedenken an die Kanonade vom 28. April 1813
Die Salzwirker-Brüderschaft im Thale zu Halle, 7. November 2013“*

Die Tafel wird durch die Salzwirker-Brüderschaft im Thale zu Halle hergestellt, angebracht und finanziert.

zu 7 Wiedervorlage

zu 7.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines Bürgerhaushalts 2014 für das Haushaltsjahr 2015 Vorlage: V/2013/11963

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bedankte sich bei Herrn Bürgermeister Geier für die Beantwortung und die weitere Verbesserung der Beteiligungsplattform hin zum aktiven Bürgerhaushalt. Er hob hervor, dass insbesondere auf die Änderungsanregungen und Verbesserungsvorschläge durch die Verwaltung schnell reagiert wurde.

Der Antrag wurde durch die Fraktion noch nicht für erledigt erklärt, da die Verwaltung in der Stellungnahme vordergründig Vorhaben und Vorgänge ankündigt, welche jedoch noch nicht vollzogen sind. Aus diesem Grund soll der Rat den Auftrag und die Absicht der Verwaltung per Beschlussfassung unterstützen.

Herr Müller, CDU-Fraktion, sagte, dass die Antwort der Verwaltung zu Punkt f problematisch sei. Im Finanzausschuss hat die Verwaltung informiert, dass die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger insofern zu Eigen gemacht werden, dass hierzu eine Stellungnahme gefertigt wird und der Stadtrat darüber einen Beschluss fassen kann.

Die Antwort der Verwaltung stellt dies aber nun anders dar. Jetzt macht der Finanzausschuss sich die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger zu Eigen. Dies kann er nicht unterstützen und er bat um entsprechende Aufklärung durch die Verwaltung.

Herr Bürgermeister Geier antwortete darauf, dass die Formulierung unglücklich sei, es aber heißen solle, dass der Adressat in dem Ausschussprozedere für die Bürgeranfragen der Finanzausschuss ist. Das heißt, dass alle Themen aus der Bürgerhaushaltsplattform zentral in den Finanzausschuss laufen. Zu eigen machen heißt in dem Fall, dass es dort diskutiert wird und dort dann die Frage des weiteren Prozederes geklärt wird.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, äußerte seine Bedenken zur Verfahrensweise. Aus seiner Sicht müsste sich die Verwaltung die Vorschläge zu Eigen machen, die sie für richtig hält und dann einen entsprechenden abstimmungsfähigen Antrag in den Finanzausschuss einbringen. Eine Diskussion in den leeren Raum hinein sei nicht zielführend.

Dazu führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass die Verwaltung die Ideen aus der Bürgerhaushaltsplattform in den Finanzausschuss zur Diskussion gebe, was heißt, dass die Verwaltung selbst Dienstleister für die Idee ist und diese in die politische Diskussion einbringt.

Aus seiner Sicht sei dabei vorrangig gefragt, wie diese Idee im politischen Raum bewertet und diskutiert wird. Deshalb könne das Verfahren auch nur so laufen. Es müsse hierzu eine entsprechende Rückkopplung zu demjenigen erfolgen, der die Idee hervorgebracht hat.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, merkte an, dass in diesem Prozess eine zusätzliche

freiwillige Leistung eingeführt werde und er fragte in Bezug zum Thema Aufgabenkritik an, wie der Abbau von den 250 Stellen kompensiert werden soll. Insbesondere fragt er sich, ob für die Zukunft ausreichend Mitarbeiter vorhanden sind, die die Aufgaben erfüllen können oder ob stattdessen Aufgaben zurückgestellt bzw. nicht mehr bearbeitet werden.

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass die Aufgabenstellung und das, was in der Verwaltung dazu notwendig ist, personell abgesichert sei. Nach dem jetzigen Stand sind die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel entsprechend berücksichtigt.

Herr Misch, CDU-Fraktion, erklärte seinen Respekt und die Anerkennung für die Mitwirkung von Bürgern bei der Erstellung des Haushaltes. Sie haben zwei Möglichkeiten sich daran zu beteiligen. Der eine Bürger wird sich an der einen Stelle etwas wünschen und der andere wird den Vorschlag für Einsparungen bringen.

Einbringer des Haushaltes ist aber die Verwaltung und die hat den Haushalt auch nicht einfach zusammengewürfelt, sondern es ist davon auszugehen, dass sie die tatsächlichen Bedürfnisse analysiert hat und aufgrund dieser Bedürfnisse und Aufgaben, die zu erfüllen sind, einen Haushaltsplanentwurf vorlegt.

Demzufolge ist es die allererste Aufgabe desjenigen, der den Haushaltsplanentwurf zur Entscheidung vorlegt, zu prüfen, welche Vorschläge die Bürger einbringen und wie lässt sich das, was für notwendig erachtet wird und unbedingt erforderlich ist, vereinbaren. Mit diesen Wertungen kann dann ein entsprechender Beschlussvorschlag in den Finanzausschuss eingebracht werden.

Herr Bürgermeister Geier verwies auf die Zweistufigkeit des Verfahrens und erklärte, dass es nach Eingang des Vorschlages eine Zwischeninformation geben wird, inwieweit es im Rahmen des Möglichen machbar ist. Dabei gibt es beispielsweise rechtliche Aspekte die betrachtet werden müssen. Damit gibt es eine Art Filterfunktion, die jedoch noch definiert werden muss.

Zur Diskussion steht auch eine neue Sichtweise und Aufgabendarstellung für den Rat. Dieser muss mit den stadtratsrelevanten Vorschlägen der Bürger umgehen und diese sinnvoll im Finanzausschuss erörtern.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, erklärte, dass das Modell im Finanzausschuss vorgestellt wurde.

Selbstverständlich werden die Anträge der Bürger ernst genommen und nach entsprechender Prüfung im Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen erörtert ohne dass es einen entsprechenden Antrag einer bestimmten Fraktion hierzu bedarf. Hierzu wird eine entsprechende Abstimmung im Finanzausschuss durchgeführt und es kommt zu einer Ablehnung oder Zustimmung. Im Folgenden muss die Verwaltung zusehen, wie sie mit dem entsprechenden Votum im Zuge der Haushaltsaufstellung zurechtkommt.

Die Vorschläge der Bürger werden in den Diskussionen berücksichtigt und dies ist aus seiner Sicht richtig.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, künftig die 2013 eingeführte

Bürgerbeteiligungsplattform (<http://www.rechne-mit-halle.de/>) fortzuführen:

- a. kurzfristige Einbringung ausgewählter Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger in die aktuelle Haushaltsberatung zum Haushaltsentwurf 2014 durch die Stadtverwaltung
 - b. notwendige Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung am Bürgerhaushalt 2015 in den Haushaltplan 2014 einzuplanen
 - c. Planung der Durchführungsschritte der Beteiligung am Haushaltsplan 2015
 - d. eine öffentlichkeitswirksame, stadtteilbezogene Kampagne durchzuführen und für die Idee zu werben, was ein Haushalt *und* Bürgerhaushalt ist und wie sich die Bürgerinnen beteiligen können (mit Hilfe von Faltblättern, lesefreundlichen Broschüren zum Haushalt der Stadt sowie zum Bürgerhaushalt)
 - e. das derzeitige Angebot zur Schwerpunktsetzung (Budgets) der einzelnen Geschäftsbereiche mit allen Produkten der Haushaltsplanung zu untersetzen sowie weitergehende Informationen zu Inhalten, Pflicht- und freiwilligen Aufgaben bereitzustellen
 - f. abschließende Abstimmung der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Stadtverwaltung durch den Stadtrat
2. Die Stadtverwaltung wird den gesamten Prozess der Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes im Finanzausschuss vorstellen und regelmäßig evaluieren.

zu 8 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter** **Vorlage: V/2013/12098**

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE, bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion mit der Begründung, dass es auch in Halle Altersarmut gäbe und auch unter dem Gesichtspunkt, dass andere Kommunen schon Leitlinien für bzw. gegen Altersarmut entwickelt hätten.

Auf Grund der Komplexität des Antrages verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den

Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister im I. Quartal des Jahres 2014 ein Konzept vorzulegen, welches die kommunalen ressortübergreifenden Möglichkeiten einer aktiven Bekämpfung von Altersarmut beinhaltet.

Dabei sollten insbesondere die Gebiete der kulturellen und sozialen Teilhabe, der gesundheitlichen Daseinsfürsorge, das Wohnen und die Stadtentwicklung betrachtet werden. „Der Arbeitskreis Armut“ und der Seniorenrat der Stadt Halle (Saale) sollten bei der Erarbeitung des Konzeptes mitwirken.

**zu 8.2 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Quartierbereich
Büschdorf-Nord
Vorlage: V/2013/12097**

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte an, weshalb durch die Verwaltung der Antrag abgelehnt wurde, da es schon Gespräche mit den dortigen Anwohnern und auch schon Fortschritte in der Angelegenheit gegeben habe.

Ziel des Antrages sei es, dass sich der Stadtrat und die Verwaltung mit dem Thema der Verkehrsführung in diesem Gebiet beschäftigen.

Da noch weiterer Beratungsbedarf angezeigt wurde, verwies **Herr Hildebrandt** den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

und in den

Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadtverwaltung setzt sich mit den oberen Verkehrsbehörden mit dem Ziel ins Benehmen, die Reideburger Straße ab Ecke Am Klärwerk dauerhaft zu schließen.*
2. *Die Stadtverwaltung ermittelt die Kosten, die für eine zusätzliche Linksabbiegespur von der Delitzscher Straße notwendig wären im Verhältnis zu einer grundhaften Instandsetzung der Dübener Straße. Die Stadtverwaltung legt bis Februar 2014 einen Vorschlag vor.*
3. *Alternativ prüft die Stadtverwaltung, inwiefern der Erschließungsträger für das Bebauungsplangebiet 70.1 an den Kosten für eine grundhafte Instandsetzung der Dübener Straße beteiligt werden kann. Das Ergebnis legt die Stadtverwaltung ebenfalls bis Februar 2014 vor.*

**zu 8.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafter-
versammlungen
Vorlage: V/2013/12111**

Herr Kley, FDP-Fraktion, begründete den Antrag damit, dass eine Beteiligung des Stadtrates in den Gesellschaften gewährleistet werden soll, in denen es im Moment keinen Aufsichtsrat gibt und auch die Eigentümerschaft nicht die direkte Mehrheit vorsieht. Damit soll vollzogen werden, dass der Rat zu seinen Kompetenzen zurückfindet und über die Gesamtkonstruktion der Gesellschafterversammlung hier wieder der Einfluss gewonnen werde, der den Stadträten nach Gemeindeordnung auch zugeteilt wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**
und in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung erarbeitet bis zum 27. November 2013 eine Beschlussvorlage zur Ergänzung des § 5 (9) der Hauptsatzung mit dem Ziel, dass bei allen Gesellschaften, bei denen die Stadt Halle (Saale) alleinige Gesellschafterin ist, die Gesellschafterversammlungen aus dem Oberbürgermeister (oder einem von ihm benannten Vertreter) und sechs weiteren vom Stadtrat zu entsendenden Mitgliedern besteht.

Bei allen Gesellschaften, bei denen die Stadt Halle (Saale) nicht alleinige Gesellschafterin ist, und die kein eigenes Aufsichtsgremium haben, werden dem Stadtrat zusätzlich die Beschlusszuständigkeiten des Gesellschafters „Stadt Halle (Saale)“ zugewiesen, insbesondere

- *Bestellung oder Abberufung von Geschäftsführern oder Leitenden Angestellten wie z.B. Prokuristen nebst Eckpunkten der Anstellungsverträge,*
- *Geschäfte außerhalb des genehmigten Wirtschaftsplans bzw. außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit,*
- *Eingehen von Haftungsverhältnissen im Sinne von § 251 HGB und von sonstigen finanziellen Verpflichtungen im Sinne von § 285 Nr. 3 a HGB.*

Der Stadtrat überträgt seine Beschlusszuständigkeit an den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

**zu 8.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum IHK-Handelsatlas
Vorlage: V/2013/12113**

Dazu teilte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, mit, dass die Verwaltung dem Antrag schon zugestimmt habe und man erhoffe sich mit der Berichterstattung über den Handelsatlas im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung, dass die Verwaltung ein Zeichen gibt, wie man künftig das Problem lösen möchte.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte den Antrag der FDP-

Fraktion. Ihre Fraktion könne auch der Auswertung und der Behandlung des Handelsatlas im Ausschuss zustimmen.

Jedoch sei man mit dem Beschlussvorschlag des Antrages der FDP-Fraktion nicht einverstanden und könne dem auch nicht zustimmen, da ihrer Meinung nach die Ergebnisse der Auswertung vorweg genommen werden, indem geplante Gegenmaßnahmen für bestimmte Probleme, die nach Ansicht der FDP-Fraktion die Ursache darstellen, vorgegeben sind.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, führte aus, dass er der Stellungnahme von Frau Krausbeck folgen könne und verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den

Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wertet bis zum 18.12.2013 den Handelsatlas der Industrie- und Handelskammer Halle -Dessau aus und erläutert im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung die Schlussfolgerungen aus Sicht der Stadt Halle (Saale), insbesondere die geplanten Gegenmaßnahmen in Bezug auf den hohen Leerstand, die unterdurchschnittliche Kaufkraft, schlechte Erreichbarkeit der Innenstadt und ungenügende Parkmöglichkeiten.

**zu 8.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten
Vorlage: V/2013/12114**

**zu 8.5.1 Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU) zum Antrag der FDP-Fraktion Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)
Vorlage: V/2013/12155**

Frau Raab, FDP-Fraktion, informierte darüber, dass im Jugendhilfeausschuss derzeit eine Vorlage zur Benutzung der Kindertagesstätten vorliege. Dieser Änderung der Gebührensatzung waren Anlagen von der Stadtverwaltung beigelegt, die eine sehr detaillierte Kostenaufschlüsselung beinhaltete, was ein Kita-, Krippen- oder Hortplatz, in welchem Stundenumfang beim freien Träger und beim Eigenbetrieb Kita kostet.

Bei der Durchsicht der Unterlagen habe man festgestellt, dass der Eigenbetrieb Kita in jedem Segment deutlich teurer sei, als die freien Träger.

Als Beispiel führte **Frau Raab** auf, dass ein Kinderkrippenplatz im Stundenkontingent von 50 Stunden beim freien Träger 809,65 Euro koste und beim Eigenbetrieb 974,00 Euro. Und ein

Kindergartenplatz für 30 Stunden kostet beim freien Träger 364 Euro und beim Eigenbetrieb 416 Euro. Teilweise gäbe es Abweichungen von 15 bis 35 %.

In diesem Zusammenhang verwies **Frau Raab** darauf, dass es in jedem Jahr zu einem Nachtrag wegen eines Kostenaufwuchses im Bereich Kindertagesbetreuung und auch im Bereich Hilfe zur Erziehung komme und immer nur auf die Pflichtleistung der Stadt hingewiesen werde.

Mit der jetzt vorliegenden Aufstellung lasse sich vermuten, dass viele Mehrkosten, die jedes Jahr kommen, nicht unbedingt sein müssten und es an der Zeit sei, nachzuprüfen, woher der Unterschied zwischen den Kosten der freien Träger und der Kosten beim Eigenbetrieb komme.

Auch seien die Leistungen, die die Eltern von den beiden Organisationsformen erhalten, die gleichen, ebenso wie die Erstattungen, die die Stadt für beide Organisationsformen laut Gesetz bringen muss.

Die Verwaltung müsse jetzt prüfen, was der Unterschied ist, ob eine betriebsinterne Geldverschwendung stattdessen oder ob es Fehler in der Organisationsform gibt.

Desweiteren werde die Verwaltung aufgefordert, den Vergrößerungsprozess solange anzuhalten und auf null zu setzen, bis zweifelsfrei geklärt ist, woher die hohen Mehrkosten kommen.

Sollten die Unstimmigkeiten an der Organisationsform liegen, sei im nächsten Schritt zu überlegen, ob man einen Teil oder alle Kita-Plätze, wie in anderen Kommunen, an die freien Träger übergibt, denn es gäbe viele andere Träger in Halle, die das übernehmen könnten.

Bezugnehmend auf die Ablehnung des Antrages zu einer möglichen Prüfung der Übertragung an freie Träger durch die Verwaltung wies **Frau Raab** darauf hin, dass sie die Ablehnung nicht verstehe, da es sich um einen Auftrag zur Prüfung handeln würde.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, stimmte den Ausführungen von Frau Raab nicht zu, da nach Information des Eigenbetriebes bekannt sei, dass in den Kosten des Eigenbetriebes Kita auch die Altersteilzeitkosten und die Abschreibungen enthalten seien, was bei den freien Trägern nicht der Fall ist.

Desweiteren wies sie darauf hin, dass eine vor Jahren geplante Übergabe von Kindertagesstätten an freie Träger daran gescheitert sei, dass keiner der Träger diese Kitas haben wollte, die letztendlich übrig geblieben sind und daraus dann die Auslagerung in den Eigenbetrieb erfolgte.

Auch **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, verwies auf die Veranschlagung der Abschreibungen im Eigenbetrieb Kita und auch darauf, dass mit der Novellierung des KiFöG im nächsten Jahr Kostensatzvereinbarungen zwischen den freien Trägern und der Stadt greifen werden, die bisher bei den freien Trägern nicht berücksichtigt worden und aufgrund gesetzlicher Bestimmungen in Zukunft mit einzubeziehen sind.

Herr Knöchel verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten sowie in den Jugendhilfeausschuss.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, merkte auch noch dazu an, dass erst die Ursache der Mehrkosten im Eigenbetrieb gefunden werden muss, um über die weitere Entwicklung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten zu entscheiden.

Bezogen auf den Änderungsantrag führte **Frau Dr. Brock BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, aus, dass in der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag die Intention der Verwaltung abgebildet sei und der Änderungsantrag nicht mehr notwendig wäre, da er zwar die Prüfung der Kostenstrukturen beinhalte, jedoch der Antrag der FDP-Fraktion auf die Abschaffung des Eigenbetriebes hinaus ziele.

Frau Haupt, SPD-Fraktion, lehnte im Namen ihrer Fraktion den FDP-Antrag ab, mit dem Hinweis, dass sie dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen werden. In diesem Zusammenhang regte sie an, dass die Verwaltung sofort mit den Untersuchungen aller Träger beginne und über das Ergebnis in den Ausschüssen informiere.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte dem Vorschlag von Frau Haupt zu. Die Verwaltung werde parallel mit der Untersuchung beginnen, denn auch er halte es für erforderlich, über die Zahlen sachgerecht zu diskutieren.

**zu 8.5.1 Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU) zum Antrag der FDP-Fraktion Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)
Vorlage: V/2013/12155**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten
sowie in den
Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung untersucht ergebnisoffen die Kostenstrukturen des Eigenbetrieb Kita pro Platz im Verhältnis zu den freien Trägern und legt dem Stadtrat bis spätestens Januar 2014 das Ergebnis vor.*
- 2. Anhand dieser Untersuchung legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Beschluss zur Schaffung organisatorischer und struktureller Voraussetzungen für die langfristige Sicherung der Qualität von Kindertagesstätten in der Stadt Halle vor.*

**zu 8.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten
Vorlage: V/2013/12114**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten
sowie in den
Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

1. *In den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung der Stadt Halle (Saale) werden keine zukünftigen Bauprojekte des Eigenbetriebs Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) aufgenommen. Die derzeit enthaltenen Vorhaben in der Schimmelstraße und Heide-Süd werden gestrichen.*
2. *Die Stadtverwaltung untersucht die Ursachen für die erheblichen Mehrkosten pro Platz auf der Seite des Eigenbetriebs Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) gegenüber den Freien Trägern.*
3. *Die Stadt prüft die Möglichkeiten der Kosteneinsparung im Bereich der Kindertagesbetreuung durch die teilweise oder gänzliche Übertragung der Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs an Freie Träger.*

**zu 8.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt
Vorlage: V/2013/12102**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte darüber, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme zwar den Antrag für unzulässig erklärt hat, da er jedoch bei der Diskussion zur Tagesordnung nicht thematisiert wurde, gehe er davon aus, dass sich die Unzulässigkeit erledigt habe.

Er führte weiter aus, dass der Antrag zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung auf eine Idee von Bürgern zurückzuführen sei, seine Fraktion ihn für sinnvoll erachte und deshalb der Auftrag an die Verwaltung gegeben werden soll.

Herr Koehn, SPD-Fraktion, schloss sich den Ausführungen von Herrn Wolter an und verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag zur weiteren Diskussion in den Kulturausschuss und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion
in den

Kulturausschuss

sowie in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

*Der Stadtrat beschließt,
in Wartebereichen der Verwaltung (z.B. Einwohnermeldeamt, Bürgerbüro, Stadtbibliothek)
Monitore aufzustellen, auf denen Kulturwerbung für Veranstaltungen öffentlicher
Einrichtungen der Stadt präsentiert wird.*

**zu 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Herbeiführung eines Bürgerentscheids über das Vorhaben Umgestaltung Hufeisensee-Areal
Vorlage: V/2013/12109**

**zu 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Herbeiführung eines Bürgerentscheids über das Vorhaben Umgestaltung Hufeisensee-Areal (V/2013/12109)
Vorlage: V/2013/12159**

Auf Antrag von Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ja vorhin über den Bebauungsplan zu diesem Vorhaben befunden und meine Fraktion hat eine klare Ablehnung gegenüber diesem Vorhaben zum Ausdruck gebracht.

Ich möchte aber betonen, dass es bei diesem Antrag nicht darum geht, für oder gegen das Vorhaben zu stimmen, sondern es geht wirklich nur um die Frage, ob wir die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt über das Vorhaben mitentscheiden lassen wollen.

Meine Fraktion ist der Auffassung, dass dieses Vorhaben so tiefgreifende Änderungen dieses für die Stadt wichtigen Bereiches hervorrufen würde, dass ein Bürgerentscheid, also eine Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt, von denen sehr, sehr viele dieses Gebiet nutzen, absolut notwendig ist.

Der Bebauungsplan hat natürlich auch ein Teil Öffentlichkeitsbeteiligung im Verfahren drin. Allerdings für diesen wichtigen Fall reicht diese Öffentlichkeitsbeteiligung eben nicht aus, weil die Bürgerinnen und Bürger nur Anregungen oder Bedenken äußern können und keine echte Entscheidungsbefugnis haben, keine Entscheidungskompetenz zu diesem Bebauungsplan. Und gerade diese fehlende Entscheidungskompetenz wird dann von vielen Bürgerinnen und Bürgern auch ein Stück weit, jedenfalls bei so einem Vorhaben, schlicht als Bevormundung empfunden. Und dieses Gefühl ruft wieder Widerstände und Proteste gegen das Vorhaben hervor.

Und ich bin der festen Überzeugung, dass diese Projekte in der Zukunft noch zunehmen werden, weil es in der Stadt überhaupt nicht so allgemein bekannt ist, dass eine Planung für diesen Bereich vorliegt. Und je weiter diese Planung bekannt wird und spätestens, das haben wir ja bei ganz vielen anderen Projekten auch so erfahren, spätestens mit dem Beschluss des Bebauungsplanes oder mit der Umsetzung des Vorhabens kommen dann diese Proteste auf und wir haben dann hinterher mit Problemen zu kämpfen.

Deswegen sind wir der Auffassung, dass wir die Bürgerinnen und Bürger jetzt einbeziehen sollten, dass wir zu diesem, für die Stadt wichtigen, ich wiederhole mich, für dieses wichtige Vorhaben einen Bürgerentscheid durchführen.

Ja, meine Damen und Herren, das ist unser Anliegen. Es ist ein Stück Natur, so will ich es formulieren, das für viele Bürgerinnen und Bürger wichtig ist und deswegen sind wir der Auffassung, dass wir auch ein Stück direkte Demokratie zu diesem Vorhaben umsetzen

wollen und deswegen bitten wir sie, einen Bürgerbescheid zu diesem Vorhaben B-Plan Hufeisensee bzw. zu diesem Vorhaben Golfplatz, zu unterstützen.

Ich will abschließend noch auf zwei Punkte eingehen. Das erst ist das Thema Zeitverzug. Ich bin nicht der Auffassung, dass der Bürgerentscheid zum Zeitverzug bei diesem Vorhaben führen würde, weil das Bebauungsplanverfahren parallel weiter laufen könnte. Das ist ja das, was wir hier in der Hand haben.

Und insofern kann der Bürgerentscheid parallel zu dem laufenden Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden und würde insofern auch nichts verzögern. Im Übrigen, unabhängig dann von der Tatsache, dass ist so wie so nicht glaube, dass dieser Termin Olympia irgendeine Relevanz für dieses Vorhaben haben kann.

Ja und noch ein Wort zu dem Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die ja einen etwas anderen Text vorgeschlagen haben. Diesen Text würden wir so in unseren Antrag übernehmen und damit die Verwaltung beauftragen, das möglichst umgehend umzusetzen. Aber das schließt aus unserer Sicht natürlich auch eine Prüfung darüber ein, wie das möglichst kostensparend umgesetzt werden kann.

Unsere Idee war ja, das parallel zur Kommunalwahl durchzuführen, damit eben keine zusätzlichen Kosten entstehen. Aber das liegt an der Verwaltung, das entsprechend zu prüfen und da eine Abwägung vorzunehmen und uns dann einen Vorschlag zum Zeitpunkt dieses Bürgerentscheids vorzulegen, soweit denn der Antrag hier bestätigt wird.

Abschließend bitte ich sie, diesem Antrag zuzustimmen und wie gesagt, ein Stück direkte Demokratie zu diesem Vorhaben umzusetzen.
Dankeschön.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Ja, die Hürden sind nicht ganz einfach. Ich habe noch vergessen zu erwähnen, dass wir dafür, wenn wir heute abstimmen, eine 2/3-Mehrheit brauchen, der gesetzlichen Mitglieder, nur zur Orientierung.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER FÜR HALLE – NEUES FORUM

Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, man muss natürlich, auch wenn Herr Wehrich damit anfängt und sagt, dass das die grüne Fraktion nicht als Instrument sieht, das Vorhaben zu verhindern, ist das natürlich schon, wenn man ehrlich ist, eine gewisse Intention, die damit auch verbunden ist, einfach die Hoffnung, dass sich die Bevölkerung dagegen ausspricht. Aber man muss tatsächlich sagen, allein die Durchführung dieses Bürgerentscheides zu dem Thema ist tatsächlich jetzt, auch wenn wir das beschließen sollten, kein Grund, dass das Vorhaben nicht durchgeführt wird, sondern trägt auch die Chance mit sich, dass das auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung stößt und unter Umständen auch Widerstände, die jetzt noch momentan da sind, relativiert.

Wir als Fraktion erachten, obwohl wir vorhin für den B-Plan gestimmt haben, erachten direkte Beteiligung von Bürgern als äußerst wichtig und diese Entscheidung hier auch als durchaus angebracht, die Bürger dazu zu befragen. Weil, man muss ganz ehrlich sagen, der Hufeisensee ist ein beliebtes Naherholungsgebiet für viele Hallenserinnen und Hallenser und man kann durchaus sagen, dass ist auch wichtig, wie die Bevölkerung zu der künftigen Gestaltung des Hufeisensees steht.

Wir hatten so ein bisschen die Gefahr gesehen mehr oder weniger, dass der ursprünglich in dem Antrag der GRÜNEN vorgesehene Termin das Projekt gefährdet. Deswegen kam ja von uns der Änderungsvorschlag, dass zum nächstmöglichen Zeitpunkt dann die Befragung der Bevölkerung zu erreichen ist, was jetzt von den GRÜNEN übernommen wurde.

Ebenso war in der bisherigen Fragestellung eine gewisse Tendenz erkennbar, dass man eigentlich das Vorhaben ablehnen will. Ich denke, das ist jetzt auch durch eine neutralere Fragestellung relativiert.

Und deshalb glauben wir als Fraktion, ist es doch mal ein richtiger Schritt und ein guter Anfang für so ein Thema, dann auch die Bevölkerung zu befragen und dann auch ein breites Meinungsbild zu haben um zu sagen, soll dieses Vorhaben unterstützt werden oder sagt man nein, die Bevölkerung möchte den Hufeisensee in der bisherigen Form eher erhalten.

Und ich denke, hier sollten wir einfach mutig sein zu direkter Demokratie und vielleicht diesen Spruch mit ein bisschen mehr Demokratie wagen, dann auch Gutes tun.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Wehrich hat zwar jetzt sehr viel geredet, aber ich muss sagen, ich habe immer noch nicht verstanden, was Sie eigentlich wollen.

Sie sagten, dieser Bürgerentscheid soll keine Ablehnung des Vorhabens sein. Das waren ihre Worte. Was soll es denn sonst sein?

Also jetzt dem Bürger einfach sagen, ihr dürft darüber abstimmen, ob ihr das gut findet oder nicht und dann am Ende zu sagen, ihr könnt zwar mit nein stimmen, aber ihr habt das damit trotzdem nicht verhindert. Was soll denn das sein?

Also eine normale Beteiligung findet doch sowieso im B-Planverfahren statt. Die Leute werden informiert, können mitreden, können Anregungen geben. Also ich habe es nicht verstanden, was sie damit erreichen wollen?

Und der zweite Punkt. Wenn Sie das wirklich konsequent machen würden, dann müssten Sie auch Bürgerbefragungen durchführen zu dem Bauvorhaben im Paulusviertel, zu dem Bauvorhaben in Dölau. Das ist doch genau das Gleiche.

Also wo ist jetzt die besondere Relevanz am Hufeisensee, zu sagen, da wollen wir einen Bürgerentscheid und bei den anderen, das lassen wir so durchgehen? Wenn, dann müssten Sie konsequent sein und das immer machen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es wäre jetzt ein bisschen abwertend, wenn ich ihnen direkte Demokratie erklären müsste, aber ich kann ja vielleicht den Satz wenigstens noch mal vorlesen. Die Entscheidung, die die Leute zu treffen haben, soll dann nach dem übernommenen Antrag von der Fraktion MitBÜRGER – NEUES FORUM so heißen: „Soll die Stadt Halle (Saale) die Flächen zur Errichtung eines Golfplatzes und von Wassersportanlagen am Hufeisensee bereit stellen?“

Und wenn jetzt eine Mehrheit in diesem Bürgerentscheid sagt, sie soll das machen, dann habe die Mehrheit des Stadtrates, die das vorhin entschieden hat, die Sicherheit, in der Mehrheit der Bevölkerung entschieden zu haben.

Wenn das nicht so ist, dann ist es so, dass die Bevölkerung offensichtlich anderer Meinung als die Mehrheit des Stadtrates ist.

Selbstverständlich ist das ein ergebnisoffenes Verfahren. Natürlich, an der Stelle kann man ja oder nein sagen. Und ja oder nein sind zwei Alternativen. Und in so fern ist eine Entscheidung möglich.

Aber wie gesagt, Sie wollen das ja nur nicht verstehen, um uns hier, ...*unverständlich* ...

sehr strategisches Nichtverstehen, was Sie gerade zeigen.

Was ich nochmal betonen möchte ist wirklich die Tatsache, dass wir immer wieder in der Vergangenheit, und gerade heute haben wir es ja auch gemerkt, letzten Endes Dinge in der Stadtarchitektur von hieraus, aus diesem Rat heraus und aus der Stadtverwaltung heraus verändern. Und dann gibt es Bürgerproteste jedweder Art. Ob das die Wut ist, die sich irgendwo Bahn bricht, ob das solide Grundlagen sind, die die Leute dagegen vorbringen.

Letzten Endes haben wir immer wieder die Erfahrungen, vom Paulusviertel angefangen über das, was wir heute debattiert haben, dass die Menschen sich in ihrer Wahrnehmung zumindest nicht ernst genommen fühlen.

Hier hätten wir mal die einmalige Chance, bei einem solch großen Unternehmen, die Leute mitzunehmen. Und wenn man Leute mitnimmt, kann man sich hinterher ... *unverständlich* ... Herr Vorsitzender, Sie haben auch die Verantwortung dafür zu sorgen das Ruhe ist.

Herr Bartl

Ja.

Weiter bitte, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Brock

Wir haben die Chance, mit einem Bürgerentscheid. Das wäre ja auch mal ein Novum, dass der Stadtrat sagt, o.k., wir holen uns das Votum der Bürger, wir sind so stark zu sagen, wir können unsere Entscheidungen auf einen erneuten Prüfstand stellen.

Und vielleicht muss man zur Beteiligung noch mal eins sagen. Wenn es jetzt formal so weiterlaufen würde, wie es normal weiter läuft, dann können Anregungen gegeben werden, dann können Bürgerforen besucht werden, dann können Betroffene klagen. Aber letzten Endes ist es nicht zu vergleichen mit der Wirkung eines Bürgerentscheides.

Haben sie den Mut, den Bürgern an der Stelle die Entscheidung zu überlassen.

Herr Kley, FDP-Fraktion

Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich die Anträge anschaut, fragt man sich, was ist eigentlich beabsichtigt.

Die Intentionen der GRÜNEN sind klar. Man versucht jetzt, das Vorhaben mit allen Mitteln zu verhindern und dabei auch billigend in Kauf zu nehmen, das Instrument des Bürgerentscheides zu beschädigen. Denn die Gefahr sehe ich hier an dieser Stelle.

Zum einen ist es nicht, wie nach Gesetz vorgesehen, eine klassische öffentliche Einrichtung, über deren Errichtung, Schließung oder ähnliches beschlossen werden soll. Das ist ja eines der Grundlagen des Einwohnerantrages.

Sondern es ist ein privates Vorhaben, an einer Stelle, ohne das jetzt den Bürgern was weggenommen wird. Also eigentlich nicht direkt diesem Thema zugänglich.

Zum anderen, wer die ersten Bürgerversammlungen verfolgt hat, stellt fest, dass dieses Vorhaben gar nicht so umstritten ist, wie es hier dargestellt wird. Im Stadtrat scheint man offensichtlich mehr Probleme damit zu haben, als die Anwohner in diesem Gebiet.

Und dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, steht im Gesetz eindeutig drin, dass ein Quorum von 25 % zu erreichen ist für die Umsetzung, also dass der Beschluss dann auch Gültigkeit erhält. Und so, wie es im Moment aussieht, glaube ich nicht, dass sie 25 % der Bevölkerung für dieses Vorhaben überhaupt auf die Beine bekommen.

Das heißt, hier wird ein großer Aufwand betrieben und am Ende wird das ignoriert von den Bürgern, weil eben nicht wie behauptet, hunderte von Bürgern sich ständig an diesem Hufeisensee erholen. Gehen sie einfach mal hin, dann sehen sie, wie viel Leute das sind.

Das heißt, hier wird wirklich ein Nebenkriegsschauplatz aufgemacht, der natürlich aus Sicht der GRÜNEN dazu dienen soll, hier noch ein bisschen Wahlkampf zu machen und ihre eigene Position zu stärken, der aber das Instrument des Bürgerentscheides völlig ad absurdum führt.

Wir sollten einen Bürgerentscheid zu wichtigen Dingen unternehmen und dann sollte man sich auch konsensual dazu finden. Aber hier an dieser Stelle ist dieses Instrumentarium völlig fehl und nicht zielführend.

Und außerdem, wenn ich mir den Text angucke, dass wir künftig keine Flächen mehr für Wassersportanlagen am Hufeisensee zur Verfügung stellen wollen, dann bitte ich sie, gehen sie einfach mal zu den Wasserskileuten, gehen sie mal zu den Kanuveranstaltern und ähnlichen und erzählen denen, dass die MitBÜRGER und die GRÜNEN künftig keinen Wassersport mehr dort haben wollen, herzlichen Glückwunsch.

Herr Sieber

Ja, Herr Vorsitzender, vielleicht haben sie irgendwo einen Draht in der Stadtverwaltung für ein paar Schulungsgelder in Demokratiefragen für Herrn Scholtyssek und Herrn Kley. Die wären vielleicht nicht verkehrt.

Also, wie man das nicht verstehen kann, was ein Bürgerentscheid ist. ... Ich rede jetzt zu ihm... Er hat doch gefragt, was da rauskommen kann. Natürlich ja und nein. Das heißt also, die Leute wollen es oder wollen es nicht. Das ist doch genau die Frage, das wir doch vorher nicht hereingelegt in die Frage. Man kann ja oder nein antworten. Also das ist doch eine ganz klare demokratische Entscheidung. Also das verstehe ich überhaupt nicht.

Und Herr Kley, wenn Sie hier anfangen zu zählen, also wir haben 115 Hektar und wahrscheinlich irgendwie 400 Mitglieder dieses Golfclubs, die den dann nutzen werden. Die wahrscheinlich nicht jeden Tag kommen. Also da können sie auch die Leutchen pro Hektar zählen oder die halben Leute pro Hektar, wenn wir schon mal beim Zählen sind, die diese Riesenflechte nutzen, im Vergleich zu den badenden oder sonstigen Leuten, die da unterwegs sind.

Also ich kann auch nur für diesen Bürgerentscheid, wie auch immer der nun genau umgesetzt werden muss, plädieren.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE,

Ja, an Herrn Scholtyssek gerichtet müsste man eigentlich sagen, wenn Sie den Antragstellern schon Verhinderung als Intention unterstellen und sagen, das ist böse, dann muss ich ihnen aber sagen, dann sind Sie selbst der Meinung, dass Sie in der Minderheit sind in der Bevölkerung mit ihrer Meinung, wenn Sie Angst davor haben, einem solchen Bürgerentscheid sich zu stellen.

Wenn Sie der Meinung sind, dass die Bevölkerung die Mehrheit hat, die Bevölkerung mehrheitlich ihrer Meinung ist, da brauchen Sie doch gar keine Angst haben. Wenn Sie ihm unterstellen, sei es berechtigt oder unberechtigt, dass diese Intention Antragsinhalt ist, dann stellen Sie sich doch dem Bürgerentscheid und lassen die Bürger über diese Frage mitentscheiden.

Was haben wir dadurch verloren. Nichts, nein wir haben kein Geld verloren, wenn wir es im Zuge der Kommunalwahl als zunächst möglichen Termin dann durchführen, haben wir außer Papierdruck nichts.

Es kostet zwar sicherlich etwas und Sie befördern möglicherweise damit sogar die Teilnahme an der Kommunalwahl, weil wir hier ein ganz konkretes kommunalpolitisches Thema haben.

Und wenn Sie der Bevölkerung, Herr Kley, unterstellen, dass da niemand hingehet und wir die 25 % nicht erreichen, dann ist das eine Unterstellung, dass sich Bürger dieser Stadt für die Entwicklungsprobleme, die wir hier auch im Stadtrat diskutieren und darüber hinaus in einer breiteren Öffentlichkeit, dass die sich dafür einfach nicht interessieren. Dass sie sagen, das ist uns alles egal, entscheidet mal ruhig.

Nein, ich glaube schon und es ist tatsächlich auch so, dass die Leute draußen auf der Straße reden und nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Online-Medien, Sie müssen bloß mal reingucken, da geht es heftig zu.

Ich bin nicht der Meinung, dass da alle, ich sage mal, für unsere Positionen sind, es gibt viele auch, die in ihre Richtung gehen. Aber dann lassen Sie doch die Bürger mitentscheiden in dieser wichtigen Frage von Demokratie.

Bei ihnen ist es doch nicht eine Frage der Unterstellung der Intention an die Antragsteller, sondern bei ihnen ist es eine Grundsatzfrage, wie Sie sich zu Bürgerentscheiden grundsätzlich verhalten. Sie haben hier in diesem Saal, so kann ich mich erinnern, gab es schon mehrere Anträge, noch nie dafür gestimmt.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie hatten jetzt auch keine Ausführungen zu ihrer Antwort auf den Antrag der GRÜNEN gemacht. Sie hatten die Positionierung des Stadtrates schon vorweggenommen und deswegen die Ablehnung sozusagen empfohlen. Vielleicht ist das auch das Missverständnis.

Wir haben im Mai, so wie die Verwaltung jetzt im Moment die Beschlussvorlage plant, im Mai 2014 werden wir hier die Satzung und den Bebauungsplan abschließend behandeln, so wie jetzt der Zeitplan ist, den wir nach Rückfrage an Herrn Stäglich gerichtet hatten.

Deswegen war unser Interesse, diesen Zeitplan auch nicht zu torpedieren, sondern zu sagen, schnellstmöglich. Natürlich ist der Hinweis berechtigt. Ich muss ihnen sagen, dass ich, ... genauso diese kontroverse Diskussion haben wir ja geführt zum Golfplatz, dass wir sozusagen der Meinung sind, das ist eben keine Struktur, keine Hauserrichtung innerhalb eines Stadtviertels, Herr Scholtyssek, sondern das ist natürlich ein wirklicher Eingriff in eine öffentliche Grünfläche, die im Moment der gesamten Stadt zur Verfügung steht. Und da ist eine Nutzungsveränderung, deswegen gibt es auch hier einen Satzungsbeschluss und deswegen sind wir der Meinung, dass wir die Bürger gern beteiligen würden.

Und wir sehen aber auch eine Mehrheit der Bürger der Stadt Halle interessiert an dieser Veränderung, weil wir mit vielen auch gesprochen haben.

Herr Kley, wir sehen eben nicht sozusagen da in irgendeiner Form eine Gefahr für diese Anlage, sondern eher eine Bestätigung, auch eine zukünftige Akzeptanz dieser neuen Nutzung dort draußen.

Und deswegen würden wir empfehlen, hier im Rat diesen Beschluss zu fassen, auch wenn es das Quorum mit der 2/3 Regelung gibt.

Und auch der Hinweis von ihnen, Herr Kley, dass wir in irgendeiner Form gegen Wasser-

sport am Hufeisensee sind, nein, da müssen Sie eben richtig lesen, da gibt es auch noch einen Kurs für Lesen. Es heißt nämlich, Errichtung von Wassersportanlagen.

Und wenn sie dort im Moment Errichtung von Wassersportanlagen ... *unverständlich* ... und deswegen würden wir jetzt keine Änderung bringen und würden hoffen, dass wir hier eine Mehrheit finden im Rat für diesen Antrag.

Herr Müller, CDU-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich will mich kurz fassen, aber es gibt zwei Dinge, die mich hier ein bisschen an der Diskussion stören.

Das eine ist wirklich, dass wir uns gegenseitig vorwerfen, die Belange und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst zu nehmen.

Also ich denke, das sollten wir einfach aus Respekt voreinander und vor diesem Gremium, das ja unmittelbar demokratisch legitimiert ist und nicht sozusagen von einzelnen Eliten gewählt wurde oder so, das sollten wir uns einfach nicht geben. Also einfach aus kollegialen Aspekten.

Das gilt für alle Projekte. Das gilt sowohl für den Hufeisensee, es gilt aber auch für den Ausbau des Böllberger Weges, für das Regierungspräsidium im Paulusviertel genauso in Dölau.

Ich denke, auf dieses Niveau sollten wir uns nicht herablassen, das sollten wir uns nicht gegenseitig hier antun, denke ich mal.

Die andere Sache, die natürlich auffällt, Frau Dr. Brock, ist, ich habe noch sozusagen, noch nie erlebt, dass Sie, wenn Sie mit der politischen Meinung durchgedrungen sind und sich in der Mehrheit gefühlt haben, dann einen Bürgerentscheid gefordert haben.

Sondern nur, wenn Sie sozusagen in diesem Gremium, das höchste Gremium der Stadt, unmittelbar demokratisch legitimiert ist, das auch die Heterogenität der ganzen Meinungen der Bürgerschaft abbildet, nur wenn man damit nicht durchdringt, dann will man auf einmal die Bürger fragen.

... *Zwischenrufe* ...

Ja, dann will man auf einmal ..., ja das war ja auch absehbar, dann will man auf einmal ... Frau Dr. Brock, unterbrechen Sie mich nicht, dann will man auf einmal die Bürgerinnen und Bürger fragen.

Ich denke auch, es wäre das richtige, sich auf allgemeine Standards einzulassen. Da können wir gern drüber reden. Aber nur, wenn man nicht durchdringt mit seiner Meinung, dann zu sagen, jetzt möchten wir mal die Bürgerinnen und Bürger fragen ..., Frau Dr. Brock lassen Sie mich bitte ausreden, ich denke das ist auch durchsichtig für die Leute, das verstehen sie, woher die Intention kommt. Hoffentlich wird man das entsprechend werten.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nur eine Bemerkung noch Herr Kley, was Sie von bürgerschaftlichen Engagement und von der Mehrheitsbildung der Bevölkerung halten, haben Sie ganz eindrücklich gezeigt in der Zeit, wo Sie Sozialminister waren. Und wie Sie umgegangen sind mit den Einwänden gegen ihr Kindergartengesetz. Das vielleicht nur als Nebenbemerkung.

Ich möchte an dieser Stelle die namentliche Abstimmung zu diesem Antrag beantragen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ich möchte zumindest für unsere Fraktion noch mal dann auch in die Richtung von Herrn Müller sagen, es kann ja sein, dass man den GRÜNEN die Intention nachsagt, sie wollen es damit letztlich verhindern. Aber wir als Fraktion haben vorhin für den B-Plan gestimmt und wir sind auch für das Projekt und ich will mal sagen, da kann man auch gerade dieses

Gegenbeispiel sagen, dass wir das unterstützen, weil wir zum Einen die direkte Demokratie und die Bürgerbeteiligung da gut finden an der Stelle.

Und wenn Herr Scholtyssek gefragt hat, was unterscheidet das vom Paulusviertel oder Dörlau. Ich denke schon, ein bisschen was, denn das ist ein Naherholungsbereich, der für die gesamte Stadt von Bedeutung ist. Sowohl im Paulusviertel, da kann ich sagen da wohne ich unmittelbar nebenan, als auch in Dörlau sind es eher Auswirkungen auf die, die im unmittelbaren Umfeld wohnen, was beim Hufeisensee nicht der Fall ist.

Und ich denke einfach, wir als Fraktion unterstützen das aus den zwei Gründen. Also zum Einen direkte Demokratie halten wir für wichtig. Und wir erhoffen uns dann auch eigentlich eine breite Zustimmung und breitere Akzeptanz in der Bevölkerung für dieses Vorhaben.

Und ich denke, da sollten wir wirklich auch mal den Mut haben als Stadträte zu sagen, warum befragen wir nicht die Bevölkerung zu diesem Thema und wollen das nicht nur Kraft unserer eigenen Wassersuppe entscheiden, was nicht weniger demokratisch legitimiert wäre. Aber natürlich sind wir uns sicherlich alle einig, dass die noch größere demokratische Legitimation sicher die Abstimmung in der gesamten Bevölkerung wäre.

Herr Kley, FDP-Fraktion

Ich finde es ein bisschen erschütternd, nachdem Herr Scholtyssek gebeten hat, doch nicht sich gegenseitig vorzuwerfen, wer der schlechtere Demokrat sei, dass ausgerechnet der Herr Feigl von hinten mit so was kommt.

Ich möchte nochmal darauf hinweisen, da ich ja persönlich angegriffen wurde als Sozialminister, wir haben damals den einzigen Volksentscheid in diesem Land durchgeführt, der durchgeführt wurde. Die Bevölkerung hat das Gesetz bestätigt und wir haben uns an den Willen der Bevölkerung gehalten. Offensichtlich haben die, die unterlegen waren, ein Problem damit.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion

Ich glaube, dass es nicht notwendig ist, einen solchen Geschäftsordnungsantrag zu begründen, aber vielleicht tut uns Herr Feigl ja den Gefallen, zu begründen, warum er hier eine namentliche Abstimmung herbeiführen will.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Feigl, möchten Sie auf die direkte Frage von Herrn Bönisch antworten? Nein.

Dann sind wir so weit, meine Damen und Herren.

... *Zwischenrufe* ...

Entschuldigung, Herr Wehrich war wirklich noch auf der Liste und Herr Oberbürgermeister möchte auch noch sprechen.

Herr Wehrich

Meine Damen und Herren, ich will versuchen, es kurz zu machen, aber auf noch ein paar Punkte eingehen.

Das erste ist, dass was Sie, Herr Müller, gesagt haben. Sie haben von Respekt vor diesem demokratisch gewählten Gremium gesprochen. Ich will hier ausdrücklich betonen, dass mir nichts fernerliegt, als dem Gremium irgendwie respektlos entgegen zu treten. Das ist überhaupt nicht der Punkt. Wir stehen zu dieser repräsentativen Demokratie, da gibt es überhaupt kein Wenn und Aber.

Allerdings bedeutet das auf der anderen Seite nicht, dass wir nicht die Bürgerinnen und Bürger bei einzelnen Entscheidungen mit einbeziehen können. Sondern ich halte es vielmehr sogar für notwendig, die Bürgerinnen und Bürger stärker an dieser demokratischen Willensbildung zu beteiligen, damit sie direkter in diesen Prozess auch eingebunden sind

und insgesamt auch stärker teilhaben können, um damit auch dieser vielbeschworenen Politikverdrossenheit entgegen zu wirken.

Also insofern ist das keine Respektlosigkeit, sondern es ist einfach eine stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

Dann noch zu dem, was Herr Kley in die Diskussion geworfen hat, nämlich die Frage, ob wir dieses Instrument Bürgerentscheid nicht dadurch entwerten. Das ist nicht der Fall. Die Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt spricht eindeutig davon, dass man für wichtige Gemeindeangelegenheiten einen Bürgerentscheid durchführen kann und der Stadtrat kann eben diese Entscheidung hervorrufen.

Und wir sind der Auffassung, dass es eben eine wichtige Entscheidung ist. Ich will die Argumente nicht wiederholen, ich stimme da zudem, was Herr Häder beispielsweise gesagt hat, dass eben der Bereich von ganz vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt genutzt wird und dass deswegen auch die Auswirkungen auf die gesamte Stadt vorhanden sind.

Und Herr Scholtyssek, im Unterschied zu anderen Vorhaben, die sie genannt haben, hat die Stadt Halle hier auch eine ganz konkrete Einwirkungsmöglichkeit, weil nämlich direkt auch städtische Flächen bereit gestellt werden müssen und das sollte uns Anlass genug sein, die Bürgerinnen und Bürger hier mitentscheiden zu lassen. Danke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich möchte eigentlich gar nicht so weit ausholen. Ich bin, also das wissen sie auch alle, ein vehementer Befürworter für Einwohneranträge, Bürgerbegehren und natürlich auch den Bürgerentscheid und dafür kämpfe ich auch und das möchte ich auch.

Aber ich möchte Ihnen auch mein Bauchgrummeln hier deutlich machen. Hier ist ein Grummeln deshalb zu spüren, weil der Stadtrat, deshalb habe ich es ja kurz gemacht, der hat sich hier klar positioniert. Und jetzt, auf die Hintertür hinein, dieses Instrument mit reinzubringen, halte ich persönlich für unangemessen. Aber in Gänze muss ich sagen, bin ich bei Ihnen und deshalb ist es auch eine Begründung und deshalb möchte ich auch begründen, warum ich das ablehne.

Bürgerbeteiligung ja, aber nicht, wenn das Verfahren schon so ist, dass ich dann sage, ich bin in der Defensive und dann komme ich plötzlich mit diesem Verfahren rein, um dann hier noch Einfluss zu nehmen. Ich halte diese Art, ich möchte es nicht als Missbrauch bezeichnen, aber ich halte es für problematisch.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Meine Damen und Herren, die Rednerliste ist erschöpft. Ich möchte nur noch mal unter uns allen klar machen, was wir jetzt abstimmen.

Der Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM der wird übernommen mit dem Satz: „Soll die Stadt Halle Flächen zur Errichtung eines Golfplatzes und von Wassersportanlagen am Hufeisensee bereitstellen?“

Und Beschlusspunkt 2, diese Sache auch. Also der Änderungsantrag fällt damit aus, wird in den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernommen. Es geht um eine 2/3-Mehrheit und um eine namentliche Abstimmung.

... *Zwischenrufe* ...

Wir brauchen 20 Prozent.

Dann, wer ist dafür, dass wir jetzt namentlich abstimmen.

Das reicht, es sind 20 Prozent, wir stimmen damit namentlich ab. Frau Schneider liest jetzt die Namen vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates	Nein
Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE	Ja
Herr Bauersfeld, Fraktion MitBÜRGER für Halle	Ja
Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion	Nein
Herr Bonan, SPD-Fraktion	Ja
Herr Bönisch, CDU-Fraktion	Nein
Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ja
Herr Busse, CDU-Fraktion	Nein
Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion	Nicht anwesend
Herr Dieringer, CDU-Fraktion	Nein
Frau Ewert, SPD-Fraktion	Nein
Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ja
Herr Felke, SPD-Fraktion	Nein
Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion	Nein
Frau Fleischer, FDP-Fraktion	Nein
Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM	Ja
Herr Hajek, FDP-Fraktion	Nein
Frau Haupt, Hanna, SPD-Fraktion	Nein
Frau Haupt, Ute, Fraktion DIE LINKE	Ja
Herr Heft, Fraktion DIE LINKE	Nicht anwesend
Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion	Nein
Frau Hintz, SPD-Fraktion	Nein
Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion	Nein
Herr Kley, FDP-Fraktion	Nein
Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE	Ja
Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE	Ja
Herr Koehn, SPD-Fraktion	Nein
Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ja
Herr Krause, SPD-Fraktion	Nein
Herr Lange, Fraktion DIE LINKE	Ja
Frau Leibrich, Fraktion DIE LINKE	Ja
Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE	Ja
Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ja
Herr Misch, CDU-Fraktion	Nein
Herr Müller, CDU-Fraktion	Nein
Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE	Ja
Herr Pitsch, NPD	Ja
Frau Raab, FDP-Fraktion	Nein
Herr Sänger, CDU-Fraktion	Nein
Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion	Nein
Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion	Nein
Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE	Ja
Herr Schuster, FDP-Fraktion	Nein
Herr Sieber, parteilos	Ja
Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE	Ja
Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	Ja
Herr Sprung, CDU-Fraktion	Nein
Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	Ja
Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE	Ja
Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ja
Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion	Nicht anwesend
Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister	Nein
Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	Ja
Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion	Nein

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	Ja
Frau Dr. Wünschler, CDU-Fraktion	Nein
Herr Dr. Yousif, Fraktion DIE LINKE	Nicht anwesend

Herr Bartl

Ich kann ihnen ja vorschlagen, dass wir erst den nächsten Punkt noch besprechen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE

Wir hätten gern von diesem Tagesordnungspunkt auch ein Wortprotokoll.

Herr Bartl

Ein Wortprotokoll, jawohl, wird erstellt.

Ich möchte ihnen das Ergebnis bekannt geben zum Tagesordnungspunkt 8.7 und zwar, ein Bürgerentscheid wird nicht durchgeführt werden, weil sich unter den Stadträtinnen und Stadträten nur 25 dazu bereiterklärt, bejaht haben und 28 dagegen, bei 53 Anwesenden. Damit ist die gesetzliche 2/3-Mehrheit verfehlt und er kommt nicht zustande.

Ende des Wortprotokolls

**zu 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Herbeiführung eines Bürgerentscheids über das Vorhaben Umgestaltung Hufeisensee-Areal (V/2013/12109)
Vorlage: V/2013/12159**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat beschließt, die endgültige Umsetzung des Vorhabens zur Umgestaltung des Hufeisensee-Areals und zur Errichtung von Golfplatz und Wassersportanlagen mittels eines Bürgerentscheids nach § 26 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt durch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) abstimmen zu lassen.
2. Der Bürgerentscheid wird **zum nächstmöglichen Zeitpunkt** ~~aus Kostengründen gleichzeitig mit der Kommunalwahl 2014~~ durchgeführt.
3. Folgende Frage wird zur Abstimmung gestellt:
„Soll die Stadt Halle (Saale) die Flächen am bisher frei zugänglichen Hufeisensee privaten Dritten zur Verfügung stellen (verkaufen, verpachten oder überlassen), damit diese dort kommerziell einen Golfplatz und Wassersportanlagen errichten können?“
„Soll die Stadt Halle (Saale) Flächen zur Errichtung eines Golfplatzes und von Wassersportanlagen am Hufeisensee bereitstellen?“

**zu 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Herbeiführung eines Bürgerentscheids über das Vorhaben Umgestaltung Hufeisensee-Areal
Vorlage: V/2013/12109**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
nach namentlicher Abstimmung
25 Ja-Stimmen
28 Nein-Stimmen

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

- 1. Der Stadtrat beschließt, die endgültige Umsetzung des Vorhabens zur Umgestaltung des Hufeisensee-Areals und zur Errichtung von Golfplatz und Wassersportanlagen mittels eines Bürgerentscheids nach § 26 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt durch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) abstimmen zu lassen.*
- 2. Der Bürgerentscheid wird **zum nächstmöglichen Zeitpunkt** aus Kostengründen gleichzeitig mit der Kommunalwahl 2014 durchgeführt.*
- 3. Folgende Frage wird zur Abstimmung gestellt:
„~~Soll die Stadt Halle (Saale) die Flächen am bisher frei zugänglichen Hufeisensee privaten Dritten zur Verfügung stellen (verkaufen, verpachten oder überlassen), damit diese dort kommerziell einen Golfplatz und Wassersportanlagen errichten können?~~“
„Soll die Stadt Halle (Saale) Flächen zur Errichtung eines Golfplatzes und von Wassersportanlagen am Hufeisensee bereitstellen?“*

**zu 8.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013
Vorlage: V/2013/12112**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte dazu, dass der Hochwasserbericht im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten ausführlich beraten wurde, jedoch die Schlussfolgerungen aus dem Hochwasserereignis aus Sicht ihrer Fraktion nicht umfangreich behandelt worden sind.

Weiterhin wurde festgestellt, dass aus dem Hochwasserbericht weitere Schlüsse gezogen werden konnten. Zusammenfließend mit den Ereignissen aus diesem Jahr könne man einen schriftlichen Bericht verfassen, mit dem zukünftig gearbeitet wird, damit eine kontinuierliche Diskussion und Auswertung der Hochwasserereignisse bestehen bleibt.

Die Verwaltung habe in ihrer Stellungnahme dieser Verfahrensweise zugestimmt.

Bezüglich des zweiten Beschlusspunktes und vor dem Hintergrund, dass nicht nur Stadtverwaltung und Stadtrat das Hochwasser erlebt haben und dazu entsprechende

Schlussfolgerungen entstanden sind, sondern auch die Bürger in den einzelnen Stadtteilen, merkte **Frau Krausbeck** an, dass der Hochwasserbericht gemeinsam mit den Bürgern beraten werden sollte.

Aus diesem Grund werden eine Veranstaltung und eine experimentelle internetgestützte Konsultation vorgeschlagen. Zwar habe die Stadtverwaltung erklärt, dass für den Hochwasserschutz das Land zuständig sei, doch die Auffassung teile die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht, da für die Bewältigung des Hochwassers auch die Stadt zuständig wäre.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, merkte an, dass auch seine Fraktion es für wichtig erachte, das Thema Hochwasser und Hochwasserschutz zu besprechen.

Der Antrag ist aus seiner Sicht jedoch nicht deutlich genug formuliert. Der Hochwasserbericht beziehe sich auf die Auswertung eines Ereignisses. Hier werde entsprechend ausgewertet, also welche Vorkommnisse gab es und welche Handlungen wurden vorgenommen und welche Verbesserungen sind möglich.

Der Antrag aber auch die Frage nach den erforderlichen Hochwasserschutzmaßnahmen. Diese können nur ansatzweise in einen solchen Bericht einfließen. Vielmehr müsse eine entsprechende Hochwasserschutzkonzeption erarbeitet werden. Anhand der aktuellen Gerichtsurteile ist klar, dass der Hochwasserschutz Landesaufgabe ist. Es könne in Kooperation mit dem Land eine entsprechende Konzeption erarbeitet werden.

Die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung zu Beschlusspunkt 2 könne er daher nicht nachvollziehen, da die Verwaltung nicht daran gehindert werden könne, öffentliche Veranstaltungen durchzuführen, um die Öffentlichkeit über geplante Maßnahme hinreichend zu informieren

Herr Scholtyssek verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den

Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Berichterstattung zu dem Hochwasserereignis 2013 in Halle vom September 2013 (vgl. Informationsvorlage V/2013/12026) zu ergänzen. Die Ergänzung soll insbesondere folgende Aspekte umfassen:*
 - *Auswertung inwieweit Maßnahmen umgesetzt wurden, die bereits im Hochwasserbericht 09/2011 als notwendig erachtet wurden*
 - *mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Koordination des Einsatzes von freiwilligen Helfern*
 - *Darstellung aus Sicht der Stadt erforderlicher Hochwasserschutzmaßnahmen im gesamten Stadtgebiet von Halle*
 - *kartografische Darstellung hochwassergefährdeter Bereiche und Hochwasserrisikogebiete in Halle*
 - *mögliche Auswirkung Hochwasserereignisse auf Bebaubarkeit und Ansiedlungsprojekte in gefährdeten Bereichen*
 - *Rückbauprojekte*

- *Darstellung der Auswirkungen des Hochwasserereignisses auf das Grundwasser*
- *Stand und Notwendigkeiten der Einbeziehung der Stadt in landes- und länderübergreifende Maßnahmenplanungen*
- *Vorschlag für eine regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen in Halle*

2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwurf des ergänzten Hochwasserberichtes in öffentlichen Veranstaltungen und im Rahmen einer internetgestützten Konsultation zur Diskussion zu stellen.*

zu 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Initiierung nachhaltiger Hochwasserschutzmaßnahmen

Vorlage: V/2013/12115

Dazu führte **Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, aus, dass in der Vergangenheit über die Maßnahmen am Gimritzer Damm intensiv diskutiert wurde. Es sei jedoch nicht ausreichend, ausschließlich den Gimritzer Damm zu betrachten.

Es müssen auch die technischen Maßnahmen zum Beispiel am Passendorfer Damm und Schutzmaßnahmen in weiteren Bereichen in Halle in den Blick genommen werden, dafür war der Antrag, den Frau Krausbeck begründet hat, gedacht.

Darüber hinaus muss einen Schritt weiter gedacht werden, da bereits klar ist, dass allein technische Maßnahmen für einen wirksamen Hochwasserschutz für die Stadt Halle nicht ausreichen.

Deswegen muss die Stadt Halle den Blick über die Stadtgrenzen hinaus richten und versuchen, durch Maßnahmen außerhalb des Stadtgebietes von Halle zu einem verbesserten Hochwasserschutz für die Stadt zu kommen.

Es geht dabei vor allem um die Schaffung zusätzlicher Retentionsflächen bzw. Polterflächen. Da ist nicht das Stadtgebiet von Halle gemeint, sondern es sind Flächen im Oberlauf an der Saale in den Blick zu nehmen. Die Stadt Halle ist davon betroffen und die Stadt Halle ist nicht berechtigt, die Schaffung dieser Retentionsflächen umzusetzen. Es liege aber im ureigensten Interesse, den Hochwasserschutz für die Stadt Halle zu verbessern.

Im Übrigen geht es auch darum, sich intensiv über die Steuerung der Saale-Talsperren in Thüringen zu informieren, da gibt es viel Diskussionsstoff und auch hier muss sich die Stadt Halle einbinden, um entsprechend in der Diskussion auf dem neuesten Stand zu bleiben und insgesamt dadurch zu einem konsistenten Hochwasserschutzkonzept für die Stadt zu kommen.

Deswegen die drei Punkte, die in dem Antrag vorgeschlagen werden. Die Stadt Halle soll sich für die Schaffung von Retentionsflächen einsetzen. Die Saalekonferenz soll sich ebenfalls zu diesem Thema verhalten und nachhaltigen Hochwasserschutz diskutieren, so dass deutlich wird, dass der Hochwasserpegel durch Maßnahmen außerhalb der Stadt Halle gesenkt werden können.

Es liege im Interesse der Stadt, dass die Retentionsflächen im Oberlauf der Saale geschaffen werden und deswegen muss die Stadtverwaltung hier Einfluss nehmen und das soll dieser Antrag bewirken.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag zur weiteren Diskussion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Herr Felke, SPD-Fraktion, stellte den Antrag auf Nichtbefassung und begründete dies damit, dass es sich bei dem Thema um eine Aufgabe des Landes handelt. Insofern habe ihn auch die Stellungnahme der Stadtverwaltung dazu überrascht, da es sich bei Retentionsflächen nicht um Flächen im Stadtgebiet handelt, sondern vor allem um Flächen, die sich in anderen Kreisen befinden. Aus diesem Grunde müsste das Land als Verhandlungspartner auftreten, um das derzeitige Klima in der Region besser zu befrieden.

Da der Antrag von der CDU-Fraktion schon verwiesen wurde, stellte **Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht**, klar, dass die Geschäftsordnung vorsehe, dass bei der Verweisung eines Antrages im Namen einer Fraktion der Antrag nicht mehr berücksichtigt werden kann.

Dazu stellte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fest, dass es laut Geschäftsordnung die Möglichkeit gäbe, mehrere Geschäftsordnungsanträge zum gleichen Sachverhalt zu stellen und dann über den weitergehenden zuerst abgestimmt werden müsse. Dies sei in diesem Fall der Antrag von Herrn Felke.

Herr Kley, FDP-Fraktion, unterstützte den Antrag der SPD-Fraktion auf Nichtbefassung, da die Frage des Hochwasserschutzes Landesangelegenheit sei.

Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass er im Hinblick auf die Zuständigkeit die Aussagen von Herrn Felke verstehe, es aber im letzten Stadtrat eine positive Zustimmung zu Anrainerkonferenzen gegeben habe und die jetzige Stellungnahme der Verwaltung der logische Anschluss dafür sei.

**zu 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Initiierung nachhaltiger Hochwasserschutzmaßnahmen
Vorlage: V/2013/12115**

Abstimmungsergebnis: nicht zuständig

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich zum Schutz der Stadt Halle (Saale) vor Hochwasserereignissen gegenüber den zuständigen staatlichen Stellen intensiv für eine verbesserte Hochwasserprävention und die Schaffung neuer Retentionsflächen entlang der Saale einzusetzen.*
- 2. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wird das Thema Hochwasserschutz als zusätzliches Thema auf der mit der Annahme des Antrags V/2013/11480 beschlossenen Saale-Anrainer-Konferenz behandelt.*
- 3. Weiterhin wird die Stadtverwaltung beauftragt, sich mit allen geeigneten Mitteln für die Erstellung einer Studie zu Erfassung des Potentials zur Schaffung neuer Retentionsflächen entlang der Saale einzusetzen.*

**zu 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
Vorlage: V/2013/12103**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Frau Dr. Jeannette Drygalla scheidet als sachkundige Einwohnerin aus dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss aus.

Herr Dr. Sebastian Kranich wird als sachkundiger Einwohner in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss berufen.

**zu 8.11 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/12152**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Herr Stadtrat Martin Bauersfeld wird von seiner Mitwirkung im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung entbunden.
2. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Michael Sprung in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

**zu 8.12 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Bildungsausschusses
Vorlage: V/2013/12153**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Herr Stadtrat Martin Bauersfeld wird von seiner Mitwirkung im Bildungsausschuss entbunden.
2. Der Stadtrat entsendet Frau Stadträtin Dr. Ulrike Wünscher in den Bildungsausschuss.

**zu 8.13 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses
Vorlage: V/2013/12154**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Herr Stadtrat Martin Bauersfeld wird von seiner Mitwirkung im Rechnungsprüfungsausschuss entbunden.
2. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Werner Misch in den Rechnungsprüfungsausschuss.

**zu 8.14 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der EVH Halle GmbH
Vorlage: V/2013/12156**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der EVH Halle GmbH die Abberufung von Herrn Martin Bauersfeld aus dem Aufsichtsrat vor.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der EVH Halle GmbH Herrn Stadtrat Jürgen Busse für eine Berufung in den Aufsichtsrat vor.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

**zu 9.4 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) zur Investitions-
perspektive für den dringend sanierungsbedürftigen Schulstandort der
Sekundarschule Halle-Süd
Vorlage: V/2013/11998**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5 Anfrage des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zum Sportdreieck
Vorlage: V/2013/12094**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.6 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Ausbildungsplätzen für Förderschüler
und Schüler mit Hauptschulabschluss in der Stadtverwaltung und in
städtischen Unternehmen
Vorlage: V/2013/12099**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.7 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zu Baugrundstücken
Riesaer Straße und dem Bebauungsplan Nr. 70.2
Vorlage: V/2013/12105**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Lebensmittelkontrollen in Halle
(Saale)
Vorlage: V/2013/12100**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.9 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum geplanten Neubau
einer Hochwasserschutzanlage
Vorlage: V/2013/12116**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass dieser Punkt im nicht öffentlichen Teil besprochen wird.

zu 9.10 **Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu fehlenden Kita-Plätzen**
Vorlage: V/2013/12106

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.11 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Umsetzung des Tempo 30-Zonen-Konzeptes**
Vorlage: V/2013/11784

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.12 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Aktivitäten im Bereich Radtourismus**
Vorlage: V/2013/11990

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die zwar ausführliche Antwort der Verwaltung zu diesem Thema, jedoch seien nicht alle Fragen konkret beantwortet worden.

Aus diesem Grund fragte er noch einmal an, ob bekannt sei, wie der Saalekreis und der Burgenlandkreis zu einer gemeinsamen Radtourismusregion mit der Stadt Halle (Saale) stehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte eine Überarbeitung der Antworten zu.

zu 9.13 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Planungen der Stadt Halle zum 50-jährigen Jahrestag der Grundsteinlegung Halle-Neustadts**
Vorlage: V/2013/12013

Die Antwort der Verwaltung erfolgt im November.

zu 9.14 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Fahrradstation am Hauptbahnhof**
Vorlage: V/2013/12104

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Robert-Koch-Schwimmhalle
Vorlage: V/2013/12107

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte dazu an, dass es aus der Sicht seiner Fraktion nicht praktikabel sei, wenn es keine festen Öffnungszeiten der Schwimmhalle für die Öffentlichkeit gäbe.

Aus diesem Grund bat er um Prüfung, ob ein bestimmter Tag in der Woche für möglicherweise zwei Stunden und eventuell zwei Bahnen für die Öffentlichkeit bereit gestellt werden könnte. Wenn dies nicht der Fall sei, sollte darauf verzichtet werden.

zu 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Trinkwasserbrunnen
Vorlage: V/2013/12108

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden und bat um eine Beschleunigung des Verfahrens, damit in der nächsten heißen Periode Trinkwasserbrunnen in Halle vorgehalten werden können.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass mit der Antwort der Verwaltung der aktuelle Stand der Planung zu diesem Thema gegeben sei und er im Moment keine andere Möglichkeit von Ressourcen und Kapazitäten sehe.

zu 10 Mitteilungen

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass sechs Mitteilungen schriftlich vorliegen.

zu 10.1 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse September 2013
Vorlage: V/2013/11953

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Statusbericht zum Projekt Straßenbahn Riebeckplatz/Hbf. - Büschdorf
Vorlage: V/2013/12047

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Energiebericht 2013
Vorlage: V/2013/12024**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.4 Mitteilung Herr Bürgermeister Geier zur Vergabe von Leih- und Zeitarbeit in der Stadtverwaltung

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.5 Mitteilung Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, zur Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt und Universität

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.6 Mitteilung Herr Bürgermeister Geier zur Strukturänderung im Fachbereich Bauen

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Mitteilung Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, zum Bauvorhaben im Paulusviertel

Herr Beigeordneter Stäglich teilte mit, dass eine mündliche Mitteilung des Verwaltungsgerichtes Halle (Saale) bezüglich der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gegen die Baugenehmigung Wohnpark im Paulusviertel vorliege und diese aufschiebende Wirkung angeordnet worden sei.

In der Begründung werde sich auf Themen des Denkmalschutzes und Fragen der Rücksichtnahme auf die Nachbarschaft bezogen.

Im Moment erfolge eine Auswertung des Sachverhaltes durch die Verwaltung.

Mitteilung Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, zur Pusteblume

Herr Beigeordneter Neumann teilte mit, dass im Januar 2014 damit begonnen werde, den Fußboden in den Räumen der Pustebblume, die von den Vereinen genutzt werden, auszutauschen.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zum Hochwasser

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über ein Ministerschreiben zur Auswertung des Hochwassers im Juni 2013 mit den Optionen, zügige Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes durchzuführen.

Dazu werde am 22.11.2013, in der Zeit von 12:00 Uhr bis 14:30 Uhr, eine Veranstaltung stattfinden und auf Bitte des Ministers anschließend eine Pressekonferenz durchgeführt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erwarte konkrete Maßnahmen und Maßnahmepläne im Hinblick auf den Gimritzer Damm.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zum Widerspruch

Bezugnehmend auf den Beschluss des Stadtrates zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass das Landesverwaltungsamt seinem Widerspruch nicht stattgegeben und dem Stadtrat zugestimmt habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass er den Beschluss prüfen werde. Er habe aber nicht die Absicht, dagegen vorzugehen, sondern den Stadtratsbeschluss umzusetzen.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zum Wirtschaftsplan der TOO

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass im Hinblick auf den Widerspruch gegen den Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH das Landesverwaltungsamt beabsichtigt, eine Beanstandung auszusprechen, also dem Widerspruch des Oberbürgermeisters stattzugeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass er die eben genannten Mitteilungen noch in schriftlicher Form an die Stadträte übergeben werde.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Struktur der TOO

Weiterhin teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH begonnen wurde, eine mögliche Struktur der Theater, Oper und Orchester GmbH zu erarbeiten.

Momentan habe der Landesrechnungshof dort seine Arbeit aufgenommen und man warte jetzt auf ein Ergebnis, über welches **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** unterrichten werde.

Mitteilung Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE zur Regionalkonferenz der Metropolregion

Bezugnehmend auf die Regionalkonferenz der Metropolregion am 22.10.2013 in Merseburg, stellte **Herr Dr. Köck** fest, dass Herr Oberbürgermeister durch sein demonstratives Fernbleiben 150 Vertreter aus der Kommunalpolitik und Wirtschaft der Region brüskiert und dem Ansehen der Stadt Halle (Saale) keinen guten Dienst erwiesen habe. Da die Stadtumlandbeziehungen von gegenseitigem Vertrauen leben, habe er dies durch sein Fernbleiben aufs Spiel gesetzt.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass mündliche Anfragen in schriftlicher Form vorlägen:

1. Herr Koehn, SPD-Fraktion, zur Planvorstellung Straße Gimritzer Damm
2. Anfrage Frau Wolff, Fraktion Mitbürger für Halle – NEUES FORUM, zum Lokalen Aktionsplan "Hallianz für Vielfalt"
3. Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Verbesserung der Situation Radfahrer Boulevard
4. Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Stadtschülerrat

zu 11.1 Anfrage Herr Koehn, SPD-Fraktion, zur Unfallhäufigkeit Straßenbahn - Gimritzer Damm, Rennbahnkreuz und Heideallee

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte dazu mit, dass für die unmittelbaren Nahbereiche der beide Straßenbahnüberfahrten am Gimritzer Damm, nördlich der Einmündung zur Saaleaue und am Übergang zur Halle-Saale-Schleife dem Fachbereich Sicherheit für den Zeitraum vom 01.01.2010 bis 31.12.2012 insgesamt 15 Unfallprotokolle vorliegen.

Es sind folgende Unfälle geschehen:	Kfz mit Straßenbahn	0 Unfälle
	Kfz mit Kfz	11 Unfälle
	Kfz allein	1 Unfall
	Kfz mit Radfahrern	3 Unfälle.

Dabei wurden eine Person schwer und fünf Personen leicht verletzt. Als Hauptunfallursache wurden neun Mal ungenügender Sicherheitsabstand, also Auffahrunfälle, und drei Mal Missachtung der Vorfahrt und Vorrang der Vorfahrtslinie festgestellt

zu 11.2 Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Lokalen Aktionsplan "Hallianz für Vielfalt"

Auf die Anfrage von Frau Wolff, welche Aktivitäten im Rahmen des Programms Lokaler Aktionsplan „Hallianz für Vielfalt“ seit 2009 gelaufen sind, für welchen Zeitraum die Förderung laufe und ob es eine Verlängerung gäbe, teilte **Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, mit, dass die *Hallianz für Vielfalt* dazu dienen soll, lokale Handlungsstrategien zur Förderung von Demokratie und Toleranz zu entwickeln.

In der Förderperiode 2007 – 2010 liefen dazu sehr vielfältige Projekte. Beispielsweise das Projekt *Schule ohne Rassismus*. Es gab das große Projekt *Aus der Geschichte lernen* oder auch *Vorteil durch Vielfalt* von den Wirtschaftsjuvenen Halle.

In der Förderperiode 2011 bis 2013 ging es dann in der sogenannten Nachhaltigkeitsphase darum, die entwickelten Kompetenzen zu sichern und zukünftige Handlungsschwerpunkte herauszustellen. Hier hat man sich auf das Projekt *Demokratie macht Schule* orientiert sowie die Begleitung des neu gewählten Stadtschülerrates. Letztendlich wurde dort der *Aktionsfonds* bzw. *Jugendfonds für Demokratie und Toleranz* entwickelt.

Es wurden bis jetzt 19 Förderprojekte mit insgesamt 20.000 Euro umgesetzt. Derzeit wird angestrebt sich von den Fördermitteln unabhängig zu machen, bspw. durch den *Hallianz-Spendenlauf*, der immer in der oberen Leipziger Straße stattfindet, wo Gelder gesammelt werden, die dann über Projektanträge erworben werden können.

Ursprünglich sollte die Förderperiode bis 2013 gehen. Im Laufe dieses Jahres wurde jedoch entschieden, dass die Förderperiode bis zum 31.12.2014 verlängert wird. Damit stehen weitere 30.000 Euro im nächsten Jahr zur Verfügung. Die Antragstellung muss im November erfolgen. Wie es darüber hinaus mit dem Lokalen Aktionsplan weitergeht, kann noch nicht beantwortet werden.

Herr Paulsen verwies darauf, dass eine ausführliche Antwort dazu schriftlich nachgereicht werde.

zu 11.3 Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Verbesserung der Situation Radfahrer Boulevard

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass in der schriftlichen Antwort eine Korrektur vorzunehmen sei. Das **nicht** für die Abendstunden muss gestrichen werden.

Die Verwaltung hat das Thema geprüft. Es geht hierbei um die Möglichkeit, die derzeit geltende Regelung für die Fußgängerzone mit Freigabe für Radfahrer auf dem Marktplatz in der Zeit von 20 und 9 Uhr zu verändern. Im Ergebnis wird auch nach Auskunft der Polizei und nach Feststellung der hier gemeldeten Unfälle nicht empfohlen, in der Zeit von 9 auf 10 Uhr eine Erweiterung vorzunehmen, weil die Fußgängerfrequenz erheblich ansteigt und es somit nicht zu empfehlen ist.

Stattdessen wird für die Abendstunden bereits ein Vorziehen der Freigabe von 20 auf 19 Uhr als möglich angesehen.

Das bedeutet zwar, dass einige zusätzliche Schilder angeschafft werden müssen, dies auch mit finanziellem Aufwand verbunden ist, doch die Verwaltung wird die Empfehlung aufgreifen und auch umsetzen.

zu 11.4 Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Stadtschülerrat

Auf die Anfragen von Frau Wolff teilte **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, mit, das als Ansprechpartner für den Stadtschülerrat im Fachbereich Bildung Frau Dr. Radig und Frau Farkasch fungieren und die kontinuierliche Begleitung des Stadtschülerrates punktuell durch den Kinder- und Jugendbeauftragten, Herrn Petrick, abgesichert sei.

Für die Arbeit des Stadtschülerrates wurden Räume zur Verfügung gestellt und die Beratungen finden im Raum des Kinder- und Jugendrates im Fachbereich Bildung, Schopenhauer Straße 4 statt.

Weiterhin teilte er mit, dass am 29.10.2013 die diesjährige Wahl des Stadtschülerrates stattfand, als Vorsitzender Herr Karl Kuhn wiedergewählt wurde und die Zusammensetzung der zukünftigen Themen in Vorbereitung sei.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Mitteilung Leiharbeit

Bezugnehmend auf die Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema Leiharbeit fragte **Herr Krause** an, wie hoch die Zahl der Gesamtarbeitstage der Leiharbeiter pro Jahr in den Einrichtungen Paul-Riebeck-Stiftung, Eigenbetrieb Kindertagesstätten und Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement sei. Er bat um eine schriftliche Antwort dazu.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Auftragsvergabe an externe Juristen

Herr Krause erinnerte an seine Anfrage und die Zusage des Oberbürgermeisters zur Auflistung der Vergaben an Kanzleien, themengeordnet seit dem 01.12.2012. Er fragte an, wann er die Auflistung erhalten werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass die Aufstellung im Hinblick auf die Gutachten in Vorbereitung sei und in den nächsten Tagen zugeleitet werde.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Reaktion Landesvergabekammer

Bezugnehmend auf die Antwort des Landesverwaltungsamtes, dritte Vergabekammer und die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens durch den Oberbürgermeister, fragte **Herr Krause** an, ob die Landesvergabekammer dazu schon reagiert habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass das Nachprüfungsverfahren durch ein Privatunternehmen eingeleitet wurde und ihm nicht bekannt sei, ob es dazu schon eine Reaktion gegeben habe. Er werde Informationen beim Landesverwaltungsamt einholen und den Stadtrat darüber in Kenntnis setzen.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zum Stadtbad

Herr Krause verwies auf die Zusage des Oberbürgermeisters an die Bürgerinitiative zur Sicherung der Kuppel im Stadtbad und Durchführung baulicher Maßnahmen an der Außenfassade und fragte an, wie der Sachstand dafür sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand äußerte sich dahingehend, dass sich im Hinblick auf den Umfang der Beschädigung und den Umfang der Reparaturen an der Rabitzdecke Nachfragen ergeben haben und man sich gemeinsam mit der Bürgerinitiative darauf verständigt habe, ein Ergänzungsgutachten einzuleiten. Die Ausschreibung dafür ende am Dienstag nächster Woche.

Beim Turm reiche es aus, einfache Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, welche bei der Auftragsauslösung mit in die Vergabe aufgenommen werden sollen.

Anfrage Frau Ewert, SPD-Fraktion, zur Veröffentlichung von Unterlagen städtischer Unternehmen

Frau Ewert verwies auf eine Aussage des Oberbürgermeisters im Hauptausschuss, dass jede städtische GmbH gleich behandelt werde und fragte, bezogen auf die im Internet veröffentlichten Unterlagen und Konzepte der Theater, Oper und Orchester GmbH an, ob im Zuge der Gleichbehandlung auch Dokumente von den Stadtwerken oder von anderen städtischen GmbH zukünftig ins Netz gestellt werden.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass es sich bei der TOO GmbH um eine besondere Situation handeln würde und deutlich gemacht werden solle, wie sich der aktuelle Stand im Hinblick auf die Sanierung darstelle und auf die Vorschläge, wie das Landesministerium diesbezüglich damit umgehe.

Er halte die Veröffentlichung in dem Fall für gerechtfertigt und verwies darauf, dass die Stellungnahmen sich im Wesentlichen darauf beziehen, wie die TOO GmbH mit den vom Land kommenden Vorschlägen möglicherweise umgehen werde. Dies habe mit den anderen GmbHs nichts zu tun.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand merkte weiter dazu an, dass viele Dinge der TOO GmbH in der Öffentlichkeit diskutiert und falsch dargestellt worden, was aus seiner Sicht richtig gestellt werden müsse.

Frau Ewert erklärte sich mit den Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister nicht einverstanden und sie gehe davon aus, dass diese Art der Informationspolitik in der Ausnahmesituation der TOO GmbH bald beendet werde.

Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zur Vorlage Bemessung Eigenanteil Freie Träger

Herr Dr. Meerheim fragte an, wann die Stadtverwaltung den Beschluss des Stadtrates erfülle, ein Konzept für das Kriterium Wirtschaftlichkeit bei der Bemessung des Eigenanteils von freien Trägern für Kindertagesstätten mit entsprechenden Vorschlägen auszuarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte dazu mit, dass eine entsprechende Vorlage erarbeitet sei und im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden soll. Er werde aber eine schriftliche Beantwortung nachreichen.

In diesem Zusammenhang verwies **Herr Dr. Meerheim** auf die ursprüngliche Terminierung der Vorlage zum 30.06.2013 und er erwarte das Vorliegen der Unterlagen im nächsten Monat, damit sich der Jugendhilfeausschuss und der Stadtrat damit befassen können.

Anfrage Frau U. Haupt, Fraktion DIE LINKE, zur Rockstation Kultur e.V.

In Bezugnahme auf den Beschluss zur Rockstation Kultur e.V. fragte **Frau Haupt** nach dem Ergebnis zur Unterstützung des Vereins.

Dazu berichtete **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, dass es mit dem Fachbereichsleiter der Wirtschaftsförderung und Vertretern des Vereins eine Besichtigung in einem Objekt der Deutschen Bahn gegeben habe, welches als geeignet erschien und von der Deutschen Bahn zur Verfügung gestellt werden könnte.

Anfrage Herr Misch, CDU-Fraktion, zu Verkehrszeichen in der Rathausstraße

Herr Misch informierte darüber, dass am Eingang der Fußgängerzone in der Rathausstraße ein Verkehrszeichen stehe, welches seit Monaten beschmiert und überklebt sei und er fragte an, wann eine Reinigung erfolgen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schnellstmögliche Reinigung des Verkehrsschildes zu.

Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, zu einem Spielplatz in Büschdorf

Herr Hildebrandt bezog sich auf seine Anfrage aus der Stadtratssitzung vom September 2013, in welcher es darum ging, wie damit umgegangen werde, dass Bewohner im Himbeerweg beim Grunderwerb ihrer Grundstücke anteilig für einen Spielplatz bezahlt haben, welcher mit dem Nachfolgebauträger nicht mehr vereinbart wurde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, zur Rechnungslegung Gimritzer Damm

Herr Hildebrandt fragte nach dem aktuellen Stand der Rechnungslegung durch die Firma Papenburg in Bezug auf den Gimritzer Damm, ob eine Verzichtserklärung vorliege und ob es sich möglicherweise um eine umsatzsteuerpflichtige Schenkung handeln könnte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte dazu klar, dass die Frage bereits schriftlich beantwortet und keine Rechnungen gestellt worden sind.

Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zu einem Zeitungsartikel Riebeckplatz

Herr Scholtyssek bezog sich auf einen Bericht in der Sonntagszeitung zur Problematik am Riebeckplatz, wo es darum ging, dass durch verschiedene Personen Hausflure in den dortigen Wohnblocks verunreinigt werden und auf die Beschwerde eines Bürgers die Verwaltung geantwortet habe, dass es sich hierbei um normale soziale Kontakte handeln würde und nichts weiter unternommen habe.

Er halte das Verhalten der Verwaltung gegenüber dem Bürger für bedenklich und fragte an, ob die Stadt entsprechende Maßnahmen zur Abstellung der Verunreinigungen einleiten könnte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug vor, den Sachverhalt aufzubereiten und dann darüber zu informieren.

Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zu Nebeneinkünften des Oberbürgermeisters

Herr Scholtyssek informierte über Transparenzoffensiven aus anderen Städten in Bezug auf eine Berichterstattung des Oberbürgermeisters zur Offenlegung von Nebeneinkünften und er fragte an, ob dies durch Herrn Oberbürgermeister auch geplant sei und in welcher Form.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass er auch eine solche Offenlegung plane. Zurzeit werden durch das Rechnungsprüfungsamt noch verschiedene Vorgänge geprüft, wo es Ungereimtheiten mit Altvorgängen gäbe.

In diesem Zusammenhang betonte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass sich seine Nebentätigkeiten ausschließlich auf die satzungsgemäßen Tätigkeiten im Rahmen der Stadt beziehen und er alle Nebentätigkeiten bis zum Ende des Jahres offenlegen werde.

Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zu einem Zeitungsbericht bzgl. "alter Kräfte"

Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Scholtyssek

Die dritte Frage ist leider seit längerer Zeit unbeantwortet. Ich habe sie schon des Öfteren hier vorgebracht.

Sie wissen es, seit ihrem Amtsantritt schleicht ein Phantom durch die Stadt, genannt „alte Kräfte“. Es tut mir leid, ich muss jetzt nochmal nachfragen. Es gab einen MZ-Bericht vom 30. September, also von genau vor einem Monat und da stand nachzulesen, dass Sie die CDU, SPD und FDP als „alte Kräfte“ bezeichnen würden.

Da wollte ich Sie jetzt einfach direkt fragen, ob das der Wahrheit entspricht?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Erstens stimmt das nicht. Zweitens habe ich die Frage schon beantwortet und von daher gibt es da nicht nochmal eine Antwort.

Herr Scholtyssek

Also Sie haben die Frage klar verneint. Das wünsche ich so ins Protokoll aufgenommen zu bekommen. Danke.

Ende des Wortprotokolls

Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, zum TOP 10.3 Energiebericht

Bezugnehmend auf die Mitteilung zum Energiebericht 2013 stellte Herr Schachtschneider nachfolgende Fragen:

1. Wie sinnvoll ist ein Energiecontracting zum Beispiel für das Haus der Wohnhilfe, da dieses nicht mehr als solches genutzt und das Gebäude veräußert werden soll?
2. In der Grundschule Büschdorf, wo es schon umfangreiche Baumaßnahmen gegeben hat, sollen jetzt die Wärmeerzeuger, die Dämmung der Geschosdecke und die Beleuchtung erneuert werden!
3. Wie sinnvoll ist der Bau von Solarpanelen auf Schulen, die eventuell geschlossen werden sollen? Und hat man sich darüber kundig gemacht, damit alle Unwägbarkeiten ausgeschlossen werden?

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, entschuldigte sich dafür, dass der Energiebericht zwar schon in allen anderen Ausschüssen war, jedoch noch nicht im Bildungsausschuss vorgestellt und diskutiert wurde, was schnellstmöglich nachgeholt werde und die noch offenen Fragen dort beantwortet werden.

Zum Haus der Wohnhilfe stellte er kurz fest, dass bei einem Verkauf des Gebäudes das Energiecontracting Teil der Veräußerung wäre.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Anfrage Herr Müller, CDU-Fraktion, zum Personalbedarfsplanungsausschuss

Herr Müller bezog sich in seiner Anfrage auf den Ausschuss für Personalbedarfsplanung. Es sei zwar löblich, dass von der Verwaltung knapp 250 kw-Stellen vorgeschlagen werden, aber in der Diskussion habe sich gezeigt, dass vielleicht nur 100 Stellen im Ergebnis bestätigt werden.

Auf Grund dessen habe er jetzt die Vermutung, dass am Ende der Beratungen nicht die Summe rauskomme, um die Personalkosten stabil zu halten.

In der Diskussion habe sich auch gezeigt, dass in vielen Bereichen keine Benchmarkvergleiche und keine Organisationsuntersuchungen gemacht worden sind und der Wunsch geäußert wurde, insbesondere die Leitungsstrukturen zu beleuchten.

Er fragte jetzt an, wie aus Sicht des Oberbürgermeisters damit weiter umgegangen werden soll, um am Ende die Zielzahl von 250 kw-Stellen zu erreichen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte aus, dass die Verwaltung von den Fraktionen gebeten wurde, einen Personalabbau vorzunehmen. In einem halbjährlichen Prozess wurde ausführlich herausgearbeitet und detailliert dargestellt, wo bspw. Verschiebungen vorgenommen werden, um die Arbeitsprozesse zu optimieren. Die Arbeitsabläufe selbst werden in einem zweiten Schritt gesondert betrachtet.

Insoweit sind entsprechend des Auftrags diese Stellen vorgeschlagen worden. In der Fraktionsvorsitzendenrunde habe Herr Dr. Wiegand deutlich gemacht, dass insgesamt die Darstellung und auch die Mitwirkung des Personalrates erforderlich ist. Sollte der Personalrat mit einer kw-Stelle nicht einverstanden sein, wird diese zurückgenommen.

Derzeit wird versucht, eine Personalrechnung durchzuführen. Je nach dem auf welche Stelle sich verständigt wird, werden die Auswirkungen auf die Finanzplanung dargestellt.

Die Stadt werde weiter an dem Thema arbeiten, damit auch in den kommenden Jahren entsprechend die Haushalte weiter ausgeglichen werden können und die Arbeit und die Abläufe zu effektiveren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte weiter dazu aus, dass er in der nächsten Woche beginnen werde, die offenen Fragen mit dem Personalrat abzuarbeiten.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zur Richtlinie zur Hortbetreuung von Förderschülern

Herr Bönisch informierte darüber, dass die Richtlinie zur Hortbetreuung von Förderschülern für den Monat November angekündigt war, aber noch nicht auf der Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses aufgeführt sei. Er fragte an, ob das Papier trotzdem im November in den Geschäftsgang komme.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte dies zu.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes

Herr Bönisch fragte nach, ob die Stadträte die Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes bezüglich der Einsprüche des Oberbürgermeisters zur Kenntnis bekommen.

Dies sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zu.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Umzug im Herder-Gymnasium

Herr Bönisch berichtete von der Elternbeteiligung im Herder-Gymnasium zum dort vorgesehenen Umzug und darüber, dass die Eltern nicht überzeugt werden konnten, dass ein Umzug notwendig erscheint. Auch stehe die IT-Verkabelung im nächsten Bildungsausschuss noch zur Diskussion und er fragte an, wie die Verwaltung weiter damit umgehe.

Dazu merkte **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, an, dass er sich mit Herrn Beigeordneten Neumann darauf verständigt habe, noch einmal zu prüfen, in welcher Form W-LAN notwendig und möglich ist, um die hohen Kosten zu evaluieren. Bis dahin werde der Brandschutz vorangetrieben und die IT-Verkabelung solange zurückgehalten, bis die Frage der Notwendigkeit und zu welchem Preis geklärt ist.

Auch habe es eine Abstimmung zur Notwendigkeit des Umzuges gegeben und die Eltern hätten darauf verwiesen, dass sie sich auch andere Varianten vorstellen könnten, welche noch besprochen werden müssen.

Nach seinen jetzigen Erkenntnissen stehe laut Aussagen des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement der Umzug zwar bevor, es werde aber noch geprüft, baubegleitend der Unterricht fortgeführt werden könne.

Herr Bönisch regte an, zu prüfen, ob das Gebäude in der Heinrich-und-Thomas-Mann-Straße/ Ecke August-Bebel-Straße, welches zuletzt von der Landesverwaltung und auch schon einmal als Schulgebäude genutzt wurde, als Übergangslösung für eine Grundschule in Anspruch genommen werden könnte.

Herr Beigeordneter Kogge bedankte sich für den Vorschlag von Herrn Bönisch und sagte eine Prüfung zu.

Anfrage Herr Busse, CDU-Fraktion, zur Sicherheit auf dem Marktplatz

Herr Busse merkte an, dass es am Wochenende überwiegend durch angetrunkene Personen auf dem Marktplatz Auseinandersetzungen gäbe und er fragte nach der Möglichkeit einer anderen Bestreifung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte zu, sich die Unfallhergänge auf dem Marktplatz von der Polizei darstellen zu lassen und Möglichkeiten anderer Bestreifungen mit der Polizei zu prüfen und abzustimmen.

Anfrage Herr Busse, CDU-Fraktion, zu Fahrrädern auf dem Marktplatz

Bezogen auf das Fahrradfahren über den Markplatz merkte **Herr Busse** an, dass hier etwas unternommen werden müsse, um das zu schnelle Fahren über den Marktplatz tagsüber zu verhindern.

zu 11.25 Anfrage Herr Busse zur Bake am Neuwerk 21

Herr Busse informierte darüber, dass seit dem vergangenen Winter vor dem Grundstück Neuwerk 21 eine Abflussstelle mit einer Bake bestückt sei. Er fragte an, wann dies abgeändert werde.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass es Probleme bei der Auftragsvergabe mit der Firma gab, jetzt aber so schnell wie möglich eine Änderung erfolgt.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Bepflanzungen auf einem Wall

Frau Wolff führte aus, dass sie zur letzten Stadtratssitzung die Anregung gegeben habe, sich bei den Bürgern zu bedanken, die bei hochsommerlichen Temperaturen den Stadtgebietswall gegossen haben. Stattdessen hätten diese einen Bescheid bekommen, ihre Bäume nach zu pflanzen und sie fragte jetzt an, wann der Wall durch die Verwaltung bepflanzt werde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Verkauf Haus der Wohnhilfe

Herr Häder fragte an, ob das Haus der Wohnhilfe an die HAVAG verkauft und eventuell abgerissen werden soll, um die weitere Engstelle im Böllberger Weg zu beseitigen.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass die Betroffenheit des Grundstückes in der Vorlage zum Ausbau des Böllberger Weges dargestellt sei, es aber nicht darum gehe, aus diesem Grund und an die HAVAG eine Veräußerung vorzunehmen.

Anfrage Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Situation auf Schulhöfen

Herr Häder erinnerte an seine Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung zur Situation auf den Schulhöfen und merkte an, dass laut Auskunft von Herrn Beigeordneten Kogge die Rückläufe von den Schulleitern noch nicht vollständig erfolgt seien.

Aus diesem Grund fragte er an, ob es Möglichkeiten der Stadtverwaltung gäbe, darauf hinzuwirken, dass Anfragen durch die Schulen zeitnah beantwortet werden.

Dazu teilte **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, mit, dass er die bisher eingegangenen Informationen zusammenfassen und als Zwischeninformation an die Stadträte weiterleiten werde.

Anfrage Herr Sieber zum Böllberger Weg/Künstlerhaus 188

Bezugnehmend auf den Böllberger Weg und die Stadtbahnlinie 1 führte **Herr Sieber** aus, dass es auch möglich gewesen wäre, den Bereich Kreuzung Torstraße bis hinter das Künstlerhaus zu ziehen und danach mit dem Abschnitt Böllberger Weg in Richtung Süden anzufangen. Damit wäre auch eine Förderung gesichert, welche nur für den gesamten Abschnitt Böllberger Weg gelte.

Er fragte an, ob solche Überlegungen stattgefunden hätten und ob es jetzt noch zu ändern sei.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Planung, informierte dazu, dass die Einteilung der Maßnahmen auf den Rahmenantrag von 2010 basiere. Eine Behandlung dazu habe es im Stadtrat 2011 gegeben und die Einzelmaßnahmen auf der Linie 1 wurden im Zuge des Linienbeschlusses vom Stadtrat in dieser Aufteilung beschlossen.

Er gehe davon aus, dass es keine Änderung mehr geben werde, da die Aufteilung der Linie mit entsprechenden Maßnahmen Grundlage der volkswirtschaftlichen Betrachtung der Wirtschaftlichkeit ist.

Herr Sieber bat um eine schriftliche Beantwortung, weshalb der von ihm genannte Streckenabschnitt nicht als Extrateilstück eingeteilt wurde.

Anfrage Herr Sieber zum Fußweg an der Haltestelle Heideweg

Herr Sieber informierte darüber, dass er in einem Planungsausschuss angeregt hatte, an der Haltestelle Am Heideweg in der Heidestraße in Nietleben 20 Meter Fußweg zu bauen, was jetzt erfolgt sei. Er fragte an, durch wen der Bau erfolgte.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, nahm die Frage auf. Er werde sich darüber informieren und den Stadtrat in Kenntnis setzen.

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Umstrukturierung SMG

Frau Dr. Brock berichtete, dass im Februar die Umstrukturierung der Stadtmarketing GmbH vom Stadtrat beschlossen wurde und es eine Vorlage dazu geben sollte. Sie fragte an, wann die Abwägungen zu den verschiedenen Umstrukturierungsmaßnahmen vorliegen werden.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing GmbH eine Beschlussfassung getroffen wurde, die Schwerpunkte des Stadtmarketing vorsehe. Es sei gelungen, aus der Gesellschafterversammlung heraus klare Ziele zur Umsetzung des Stadtmarketing durchzuführen. Derzeit werden die Unterlagen vorbereitet und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** werde diese in der nächsten Stadtratssitzung vorstellen.

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Umbenennung Emil-Abderhalden-Straße

Weiterhin fragte **Frau Dr. Brock** in Bezug auf die Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße an, wie die Verwaltung gedenke, diesen Prozess zu professionalisieren, um gegebenenfalls schnell zu einer Entscheidung beziehungsweise zu einem Vorschlag zu kommen.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, teilte mit, dass zum nächsten Kulturausschuss im Dezember ein Vertreter der Leopoldina und der Martin-Luther-Universität zu diesem Thema eingeladen werde.

Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Spielplätzen auf der Peißnitz

Herr Feigl fragte an, wann die vom Hochwasser beschädigten Spielplätze auf der Peißnitz wieder in Gänze hergestellt und voll nutzbar gemacht werden.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass die Verwaltung dabei sei, alle Spielplätze in diesem Gebiet so schnell wie möglich wieder herzustellen.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Turnhalle Montessori Schule

Herr Wehrich informierte darüber, dass seiner Fraktion ein Schreiben der Montessori Schule an die Stadtverwaltung vorliege, in welchem auf Probleme bei der Turnhallennutzung hingewiesen werde. Er fragte an, ob das Schreiben in der Verwaltung bekannt sei und ob schon nach Lösungen gesucht werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, merkte dazu an, dass ihm das Schreiben nicht bekannt sei und er wies darauf hin, dass durch Privatschulen das Geld vom Land auch für die Turnhallennutzung verwendet werden könne.

Herr Wehrich bat um Prüfung der Angelegenheit und um Mitteilung des Ergebnisses.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Beschwerde Landesverfassungsgericht

In Bezug auf den Nachtragshaushalt und die Beschwerde des Landesverfassungsgerichtes fragte **Herr Wehrich** an, ob in der Verwaltung schon eine Abstimmung vorgenommen und eine Entscheidung herbeigeführt wurde.

Herr Bürgermeister Geier führte dazu aus, dass in der Verwaltung eine inhaltliche Verständigung dazu stattfand und herausgearbeitet wurde, dass eine Argumentation, die für eine Verfassungsklage gebraucht werde, schwierig sei und es leichter wäre, über einen Antrag im Stadtrat abzustimmen.

zu 12 Anregungen

Anregung Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, zu Parkbänken in Heide-Süd

Herr Lange informierte darüber, dass im Park in Heide-Süd Parkbänke verunreinigt seien und er bat um schnellste Beseitigung.

Anregung Herr Sieber zum Bebauungsplan in Dölau

Herr Sieber regte an, dass die Verwaltung ernsthaft prüfe, das B-Planverfahren einzustellen, und eine ortsübliche Bebauung zuzulassen.

Zum gleichen Thema führte er aus, dass die Stadträte, die im Aufsichtsrat der GWG vertreten sind, auf die Einstellung des Projektes hinwirken.

Anregung Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Sortierung der Einwohnerfragen

Frau Dr. Brock regte an, bei der Einwohnerfragestunde darauf zu achten, die inhaltlichen Themen zu sortieren.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 48. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin